



## SCHWERPUNKT

Befunde zur Verbreitung  
rechtsextremer  
Einstellungen **4**

## VORDENKEN

Der FES-Kongress  
„Werte und Politik“ **15**

## MITWIRKEN

Spart sich Süd-  
europa zu Tode? **28**

## TEILHABEN

Zur Umsetzung der  
europäischen Men-  
schenrechtscharta **42**

## VERNETZEN

Transatlantische  
Wechselwirkungen **53**



**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**



**TRAUER UM  
PETER STRUCK**  
Seite 3

*Inhalt***FES-INFO 3/2012****SCHWERPUNKT**

Die Mitte im Umbruch – Befunde zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen .....	4
Gegen Abwiegung und Verharmlosung – Gespräch mit Hannelore Tiedke .....	7
Verleugnen, verharmlosen, entpolitisieren – Opfer rechter Gewalt seit 1990 .....	10
Rechte Netzwerke – Ländervergleiche in Osteuropa .....	14

*Vordenken***GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT /  
SOZIALE DEMOKRATIE**

Politik ohne Werte ist nichts wert – Der Kongress „Werte und Politik“ .....	15
Wie die Welt verändert wurde – FES Moskau eröffnet Egon-Bahr-Seminar .....	16
Gemeinsame Antworten erforderlich – Europäischen Migrations- und Asylpolitik .....	20
Fußball, Radio und Demokratie – Drei Auszeichnungen für Engagement .....	27

*Mitwirken***WIRTSCHAFT, ARBEIT, SOZIALES**

Spart sich Südeuropa zu Tode? – Gewerkschafter und Wissenschaftler zur Austeritätspolitik .....	28
Mehrwert oder notwendiges Übel? – Analyse der Marktmacht von Ratingagenturen .....	29
Wir-eG statt Ich-AG – Sind Genossenschaften die besseren Kapitalisten? .....	34
Gesetzeslücken schliessen – Konvention über Rechte von Hausangestellten .....	38

*Teilhaben***INTEGRATION, BILDUNG, KULTUR**

Handlungsbedarf offensichtlich – Europäische Menschenrechtecharta uneinheitlich umgesetzt .....	42
Noch 792 Jahre – Studie zu Frauen in Führungs- positionen im öffentlichen Sektor .....	43
New Music – New Business? – Managerkreis zum Wandel in der Musikindustrie .....	46

*Vernetzen***EUROPA UND DIE WELT**

Transatlantische Wechselwirkungen – FES-Washington und die U.S. Präsidentschaftswahlen .....	51
Enttäuscht, aber voller Energie – Hoffnungen und Ängste arabischer Frauen .....	57
Zwei-Staaten-Lösung nur durch Verhandlungen – Vernetzung von palästinensischen Politikern .....	58
Strategien gegen Machtvakuum – Diskussion über Sicherheit in Nord- und Westafrika .....	59
Pakistanische „Tribal Union of Journalists“ erhält den Menschenrechtspreis 2012 der FES .....	62

*Publikationen***PUBLIKATIONEN**

Neue Publikationen der FES.....	66
---------------------------------	----

**TEXTBEITRÄGE IN DIESER AUSGABE**

Merin Abbass; Henrike Allendorf; Judith Althaus; Joanna Andrychowicz; Christine Arbogast; Konstatin Bärwaldt; Jörg Bergstermann; Katrin Bieker; Max Brändle; Michael Braun; Matthes Buhbe; Pia Bungarten; Oliver Dalichau; Anja Dargatz; Olena Davlikanova; Knut Dethlefsen; Dietmar Dirmoser; Micky Drill; Helmut Elischer; Jan Henrik Fahlbusch; Philipp Fink; Michael Fischer; André Gärber; Florian Gawehns; Alex Geiger; Pit Gey; Pham Huong Giang; Martin Gräe; Rainer Gries; Julia Hempfling; Felix Henkel; Tina Hennecken; Mirko Herberg; Valeska Hesse; Jens Uwe Hettmann; Silke Hillesheim; Katharina Hofmann; Daniela Iller; Susan Javad; Marei John-Ohnesorg; Friederike Kamm; Birte Klemm; Ina Koopmann; Alberto Koschützke; Gregor Landwehr; Linda Larsson; Julia Lembke; Gertrud Lenz; Annette Lohmann; Johanna Lutz; Lisa Maas; Thomas Maettig; Bettina Malter; Katrin Matuschek; Marc Meinardus; Ralf Melzer; Stephan Meuser; und Julia Müller; Heiner Naumann; Johanna Niesyto; Stefan Pantekoek; Hannah Peters; Tim O. Petschulat; Robert Philipps; Johannes Platz; Toni Pritschke; Werner Rechmann; Jochen Reeh-Schall; Franziska Reiffen; Björn Reschke; Stefanie Ricken; Ingrid Ross; Patrick Rüher; Christina Schildmann; Joachim Schlüter; Bastian Sendhardt; Beyhan Sentük; Susanne Stollreiter; Nadine Sauer; Sonja Schirmbeck; Severin Schmidt; Bastian Schulz; Günther Schultze; Sebastian Serafin; Sebastian Sperling; Alfred Stoll; Susanne Stollreiter; Stephan Thalhofer; Yvonne Theemann; Maria Theodossiou; Rudolf Traub-Merz; Urban Überschar; Stefan Welker; Frederic Werner; Eva Váry; Sidonie Wetzig; Lothar Witte; Christof Wittmaack; Nicole Zeuner; Harald Zintl

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Kommunikation und Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149  
D-53175 Bonn  
Telefon: 0228/883-0  
Internet: [www.fes.de](http://www.fes.de)  
E-Mail: [presse@fes.de](mailto:presse@fes.de)

Redaktion: Peter Donaiki,  
Pressestelle Berlin  
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin  
Telefon: 030/269 35-7038  
Telefax: 030/269 35-9244  
E-Mail: [peter.donaiki@fes.de](mailto:peter.donaiki@fes.de)

Satz, Layout, Herstellung:  
Publix, H. Eschenbach, Berlin  
Druck: Saarländische Druckerei &  
Verlag GmbH, Saarwellingen  
Foto auf der Titelseite / Seite 2:  
[fotolia.com](http://fotolia.com) / [123rf.com](http://123rf.com)  
Titelgestaltung / Montage:  
Wolfgang Rabe, Berlin

Printed in Germany, Januar 2013  
Gedruckt auf 90 g matt gestrichen  
ISSN 0942-1351

# DR. PETER STRUCK

**\*1943 †2012**

*Der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Peter Struck, ist am Nachmittag des 19. Dezember 2012 an den Folgen eines Herzinfarktes überraschend verstorben.*

*Der ehemalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Bundesminister a.D. hatte das Amt des Stiftungsvorsitzenden seit Dezember 2010 inne. Mit seiner großen politischen Erfahrung, strategischem Weitblick und leidenschaftlichem Engagement für die Grundwerte der sozialen Demokratie hat er die Arbeit der Stiftung maßgeblich geprägt.*

*Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird Peter Struck ein ehrendes Andenken bewahren.*



## NACHRUF

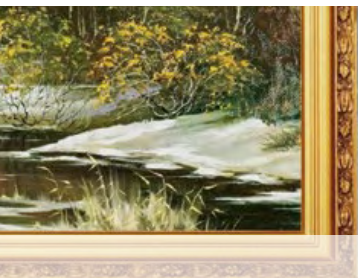
Peter Struck war das, was man leichthin ein politisches Urgestein nennt. Eingetreten 1964 in die SPD aus Verehrung für Willy Brandt, hatte er sein politisches Erweckungserlebnis im Kampf gegen die Atomkraft als Unterbezirksvorsitzender im Umfeld von Gorleben. Seine Laufbahn im Bundestag begann er 1980 in fester Entschlossenheit, den Nato-Doppelbeschluss zu verhindern. Reumütig hat er diese Gegnerschaft zwei Jahrzehnte später als seine größte politische Fehleinschätzung bezeichnet. Strucks Karriere nahm Fahrt auf, als er 1991 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion wurde. Sieben Jahre später übernahm er den Vorsitz der Fraktion, da ihn die Fraktion als Sachwalter ihrer Interessen empfand: weniger Programmierer als Pragmatiker mit der Aufgabe, den „Laden“ für den Kanzler zusammen zu halten – aber auch, die Regierung voran zu treiben. Bundeskanzler Schröder lernte von Peter Struck, dass kein Gesetzentwurf der Regierung so aus den Fraktionen und dem Parlament herauskommt, wie es von der Regierung hinein gegeben wurde – damit war das „Struck’sche Gesetz“ erfunden.

Eine wichtige Weichenstellung in seiner Laufbahn erfuhr Peter Struck 2002 mit der Übernahme des Amtes des Verteidigungsministers. Keinen Tag zögerte er, diese Herausforderung mit ganzer Kraft anzunehmen. Schon nach kurzer Zeit zeigte sich, dass er dieses Amt mit großer Souveränität ausfüllen würde. Er gab der Bundeswehr Selbstvertrauen und das Gefühl, ein ak-

zeptierter, wichtiger Teil der Gesellschaft zu sein. Obwohl nur gut drei Jahre im Amt wurde er zu einem der beliebtesten Minister in der Geschichte der Bundeswehr. Das Ansehen, das Struck in der Truppe, in den Parteien, in der Bevölkerung genoss, schien sich zu übertragen auf die Akzeptanz für den Einsatz am Hindukusch. Sein Satz „Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt“ war zwar umstritten, wurde jedoch von einer Mehrheit eher zustimmend aufgenommen.

So plötzlich, wie er ins Amt gekommen war, so plötzlich musste er es im Herbst 2005 wieder verlassen. Es war eine Premiere in der Geschichte der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, als Peter Struck als sein eigener Nach-Nach-Nachfolger an die Spitze der Fraktion zurückkehrte. Struck war maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Koalition erfolgreich arbeiten konnte. In freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Volker Kauder schmiedete er eine tragfähige und berechenbare Achse in dem Bündnis.

„Nix mache ich mehr“, gelobte er dem Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ in seinem Abschiedsinterview als Fraktionsvorsitzender. Wer ihn kannte, der wusste, dass dieser Satz schon beim Sprechen Verfallsdatum hatte. Und so tauchte er nach einem Jahr Pause in einem wichtigen Umfeld der Politik als Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder auf. Immer noch angetrieben von dem Willen, die soziale Demokratie und ihre Grundwerte zu stärken.



# RECHTSEXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND UND EUROPA



FES-Studie

## DIE MITTE IM UMBRUCH

### BEFUNDE ZUR VERBREITUNG RECHTSEXTREMER EINSTELLUNGEN

Seit Jahren weist die Friedrich-Ebert-Stiftung anhand eindeutiger empirischer Befunde darauf hin, dass rechtsextremes Denken in Deutschland kein Randproblem, sondern eines der Mitte der Gesellschaft ist. Die seit 2006 im Zweijahresrhythmus von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen „Mitte-Studien“ belegen, dass rechtsextreme Haltungen in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße anzutreffen sind. Auch 2012 wurde wieder eine bundesweite repräsentative Erhebung durchgeführt. Dafür sind vom Berliner Meinungsforschungsinstitut USUMA rund 2.500 deutschen Staatsangehörige

(ohne und mit Migrationshintergrund) sowie 95 Personen mit Migrationshintergrund ohne deutsche Staatsbürgerschaft befragt worden.

Bezogen auf ganz Deutschland ist im Vergleich zu 2010 ein Anstieg rechtsextremen Denkens (geschlossenes rechtsextremes Weltbild) von 8,2 auf 9,0% zu verzeichnen. Einem moderaten Rückgang in Westdeutschland (von 7,6 auf 7,3%), steht ein massiver Anstieg in Ostdeutschland (von 10,5 auf 15,8%) gegenüber.

Ausländerfeindlichkeit ist mit deutschlandweit 25,1% die am weitesten verbreitete rechtsextreme Einstellungsdimension. Einmal mehr be-

stätigt sich, dass Ausländerfeindlichkeit da besonders hoch ist, wo kaum Migranten leben. Bei Personen mit Migrationshintergrund ist rechtsextremes Denken insgesamt weniger ausgeprägt, nicht so jedoch bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur. In

### Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland

	Gesamt	West (N=1929)	Ost (N= 486)
Befürwortung Diktatur	3,5 %	3 %	5,4 %
Chauvinismus	19,4 %	18,4 %	23,5 %
Ausländerfeindlichkeit	25,1 %	21,7 %	38,7 %
Antisemitismus	8,6 %	8,2 %	10,4 %
Sozialdarwinismus	4,3 %	3,4 %	7,8 %
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,1 %	3 %	3,5 %

dieser Dimension wie auch beim Antisemitismus und der Verharmlosung des Nationalsozialismus finden sich zudem in der Gruppe der Befragten ohne deutsche Staatsbürgerschaft die größten Zustimmungswerte.

Erstmals in einer „Mitte-Studie“ wurde neben der Zustimmung zu „klassischen“ antisemitischen Aussagen auch sekundärer Antisemitismus gemessen („Antisemitismus trotz und wegen Auschwitz“). Beispielsweise stimmen 31,9 % der Deutschen dem Satz zu: „Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil aus.“ Durchgängig ist die Zustimmung zu sekundär-antisemitischen Aussagen noch höher als die zu primär-antisemitischen Aussagen. Beim primären Antisemitismus fällt auf, dass dieser in der muslimischen Bevölkerung am stärksten ausgeprägt ist. Islamfeindschaft und sachliche Islamkritik werden in der Studie differenziert erfasst, beide Phänomene lassen sich voneinander abgrenzen. Einzelnen islamfeindlichen Aussagen wird bis nahezu 60 % der Befragten zugestimmt.

„Die Friedrich-Ebert-Stiftung legt nicht nur den Finger in die Wunde“, betonte Peter Struck anlässlich der Vorstellung der Studie im November.

„Sie begreift die Ergebnisse ihrer kontinuierlichen Studien als Auftrag für politische Bildungsarbeit.“ So bietet „Die Mitte im Umbruch“ auch konkrete Empfehlungen an Entscheidungsträger und skizziert Handlungsfelder. Zum Beispiel muss die Vermittlung des Themas Holocaust im Unterricht, aber auch politische Bildung insgesamt stärker den Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft angepasst werden. Generell gilt, dass Bildung als „Schutzfaktor“ wirkt: Personen mit Abitur neigen prozentual deutlich weniger zu rechtsextremem Denken als Personen ohne Abitur. Personen mit höherer Bildung und höherem Einkommen sind zudem eher bereit, sich politisch zu engagieren. Je weiter die Gesellschaft also ökonomisch auseinanderdriftet, desto ungleicher verteilt sind auch politische Partizipation und Repräsentation. Ein unmittelbarer Zusammenhang besteht auch zwischen sozialer Spaltung und menschenfeindlichem Denken.

Während die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als Staatsform unter den Deutschen erfreulich hoch ist (94,9 %), liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik, wie sie tatsächlich funktioniert, nur bei 50,6 %. Außerdem wird von den Bundesbürgern Demokratie relativ wenig aktiv praktiziert. In besonderem Maße gilt das für Personen mit Migrationshintergrund: Demokratie wird häufig nicht als etwas erlebt, was einen selbst betrifft. Integration und Inklusion bleiben daher eine wichtige gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe.

#### ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

[www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf\\_12/ergebnisse\\_mitte\\_studie\\_2012.pdf](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/ergebnisse_mitte_studie_2012.pdf)

#### DIE STUDIE

*Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler et al.*  
*Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*  
 Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung  
 von Ralf Melzer  
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2012



# VON DER IDEE ZUM BESTSELLER

## ZUR ENTSTEHUNG DER AUSSTELLUNG „DEMOKRATIE STÄRKEN – RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN“

Die Ausstellung „Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen“ ist wohl eine der meist gezeigten Ausstellungen zu diesem Thema in Deutschland. Inzwischen gibt es insgesamt zwölf Exemplare in den verschiedenen Landes- und Regionalbüros der Stiftung.

Im Sommer 2007 entstand im Julius-Leber-Forum in Hamburg binnen weniger Monate eine weitere Ausstellung, mit der die Schwerpunkte zum Thema Rechtsextremismus auf - damals - 15 Tafeln heruntergebrochen wurden.

Sie soll nicht nur Lust machen, sich einmalig mit dem Thema zu beschäftigen, sondern will dazu anregen, längerfristig am Ball zu bleiben. Um das zu schaffen, haben bei der Erstellung nicht nur Wissenschaftler, die Polizei und der Verfassungsschutz mitgewirkt, sondern auch Journalisten und ein kreatives Grafikbüro. Immer wieder wurde auch der Rat von Pädagogen eingeholt.

Die Ausstellung hat eine so positive Resonanz erfahren, dass andere Arbeitseinheiten in der FES die Ausstellung für sich angenommen und überarbeitet haben. Eine regelmäßige Überarbeitung gibt nicht nur die Chance, Zahlen zu aktualisieren, sondern auch auf Trends der rechtsextremen Szene zu reagieren. Bei den Überarbeitungen kamen inzwischen auch Tafeln zu Frauen im

Rechtsextremismus, den Morden der NSU und den Todesopfern durch rechtsextreme Gewalt sowie zum Rechtspopulismus in Europa hinzu. Inzwischen ist die Ausstellung endgültig ein Gemeinschaftsprojekt der Stiftung geworden. Viele Mitarbeiter/-innen in fast allen Landesbüros haben ihre Ideen und Anmerkungen mit einfließen lassen.

Die Ausstellung kann in den einzelnen Landes- und Regionalbüros angefragt werden. Und sie kommt nicht allein: Eröffnungen, Workshops für Ausstellungsführungen und Begleitveranstaltungen, beispielsweise Lesungen, Vorträge oder Zeitzeugengespräche gehören dazu.

### MEHR ZUM THEMA:

*Mehr Informationen zur Ausstellung, Ausleihmöglichkeiten und Ansprechpartner finden Sie unter <http://ausstellung.fes-gegen-rechtsextremismus.de>*

*Eine Argumentationshilfe gegen rechte Sprüche bietet auch das Computerspiel „Antibla“ des Forums Jugend und Politik:*

*[www.fes.de/forumjugend/gegen-rechts/antibla.php](http://www.fes.de/forumjugend/gegen-rechts/antibla.php)*



*Anfang November 2012 war die Ausstellung an der Käthe-Kollwitz-Oberschule im brandenburgischen Mühlenbeck zu Gast. Der Shoah-Überlebende Salle Fischermann (Bild) war aus diesem Anlass eingeladen worden, den Schülerinnen und Schülern über seine traumatischen Erlebnisse im KZ Theresienstadt zu berichten.*

*Fischermann beantwortete viele persönliche Fragen der Schüler: Über den Alltag, über seine*

*Freunde im Getto und wie er die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Sehr humorvoll und zugleich authentisch berichtete Fischermann sowohl über seine Zeit im Lager als auch den geschichtlichen Kontext. Darüber hinaus hatte er klare Botschaften an die Schüler, die er sehr ergreifend formulierte: „Unter den Uniformen steckten Menschen wie wir. Unter unserer Haut steckt ein Teufel, der zu Allem in der Lage ist, lasst ihn niemals heraus kommen, niemals“.*

# GEGEN ABWIEGELUNG UND VERHARMLOSUNG

**GESPRÄCH MIT HANNELORE TIEDKE, SCHULLEITERIN DER SOPHIE LA ROCHE-REALSCHULE IM BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN BÖNNIGHEIM**

*Sie haben die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ im Juni 2012 ins Rathaus nach Bönnigheim geholt. Wie kam es dazu?* Immer wieder gab es auf dem Schulgelände Schmierereien an den Gebäuden mit rechtsradikalem Hintergrund. In Klassengesprächen im Unterricht zeigte sich außerdem, dass einzelne Jugendliche unserer Schule dem rechten Spektrum zuzurechnen sind. Entsprechende Kleidung, Provokationen im Unterricht, aber auch hilfeschende Eltern gehörten zum Schulalltag der vergangenen Schuljahre. Da wollten wir einfach ein Zeichen setzen. (...)

*Wie bewerten Sie im Rückblick das Ausstellungsprojekt. Was hat es gebracht? Welche Rückmeldungen haben Sie erhalten?*

Bei vielen Schülern, Lehrkräften und Besuchern wurde ein hohes Maß an Sensibilisierung und Bewusstsein erreicht. Durch die Unterstützung der Presse war die Ausstellung auch sehr gut besucht. Besonders die Arbeit der speziell ausgebildeten Schülerguides, die durch die Ausstellung geführt haben, wurde immer wieder lobend hervorgehoben. (...)

*Gab es auch Reaktionen aus dem rechtsextremen Spektrum auf die Ausstellung?*

Ja, leider gab es auch Anfeindungen und Provokationen. Die Schülerguides wurden beispiels-

weise bei Führungen gefragt: „Macht ihr auch eine Ausstellung gegen Überfremdung?“ Und in der Region hat sich nach den Sommerferien eine neue Gruppe Rechtsgesinnter gegründet. Auf dem Schulgelände sind auch schon wieder Schmierereien zu finden.

*Wo sehen Sie grundsätzliche Schwierigkeiten im Umgang mit dem Thema an ihrer Schule bzw. in Baden-Württemberg?*

Das, was wir sehen, ist nur die Spitze des Eisbergs. Vieles läuft verdeckt, heimlich nach der Schule, in den Pausen – auch in bestimmten Vereinen



*Schüler erklären Schülern die Tafeln der Ausstellung.*

oder Verbänden. Wir alle dürfen nicht müde werden aufmerksam zu bleiben, uns zu informieren und die Probleme offen anzusprechen. Oft wären finanzielle Unterstützungen für Klassenfahrten oder für spezielle Lektüre notwendig, um unserem Auftrag in der Schule gerecht zu werden.

## SCHULE GEGEN RECHTS

**SIEBEN WORKSHOPS DES FORUMS POLITIK UND GESELLSCHAFT**

Weil Neonazis versuchen, insbesondere junge Menschen für ihre Inhalte zu gewinnen, kommt Schulen bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus eine wichtige Stellung zu.

Bei einem Projekttag der FES und der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beschäftigen sich rund 120 Schülerinnen und Schüler in sieben Workshops mit Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland. In einem der Workshops über Rechtsextremismus

in den Medien wurde bemängelt, dass über den alltäglichen Rassismus in der Gesellschaft kaum berichtet werde. Entscheidend für die spätere Einstellung zur Demokratie sei, dass junge Menschen schon früh positive Erfahrungen mit Toleranz und menschlichem Miteinander machen könnten, betonte Sönke Rix, MdB und Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion, bei der abschließenden Ergebnispräsentation.

# AUSSTIEG ZUM EINSTIEG

## ZUSAMMENARBEIT MIT DEM XENOS-SONDERPROGRAMM

Das Projekt „Gegen Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vernetzte seit 2009 insgesamt 16 bundesweit aktive Projektträger, Initiativen und Institutionen, die in der Ausstiegsarbeit gegen Rechtsextremismus, Präventionsarbeit und sozialraumorientierten Arbeit aktiv sind. Die FES bringt dabei über internationale Großkonferenzen, Workshops, Seminare und Publikationen interne und externe (auch internationale) Expertise ein und trägt so zur Entwicklung modellhafter Ansätze der arbeitsmarktorientierten Ausstiegsarbeit bei.

Im Oktober 2012 ist die Projektträgerbroschüre „Tunnel Licht Blicke“ als ein Ergebnis der Zusammenarbeit in diesem XENOS-Netzwerk entstanden. Es war der Wunsch der Projektträger, sich in Form einer gemeinsamen Broschüre einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Mit dieser Publikation soll sowohl das bisher Erreichte dokumentiert als auch die Schwierigkeiten und Herausforderungen ihrer täglichen Arbeit beschrieben werden. Auch die arbeitsmarktpolitische Dimension des XENOS-Sonderprogramms wird dadurch deutlich.

### EIN BEISPIEL AUS DER ALLTAGSARBEIT IM NETZWERK

Der XENOS-Projektträger „Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt“ (ARUG) mit Sitz in Braunschweig und Wolfsburg arbeitet sehr intensiv mit

Betrieben der Region zusammen, um Aussteiger/innen aus der rechtsextremen Szene einen beruflichen Wiedereinstieg zu ermöglichen.

Bei dem Projektträger ist man auch mit Fällen konfrontiert, wo jemand vollmundig ankündigt er komme zu Beratung, aber die Termine platzen lässt. „Einige versuchen ihre Rolle zu relativieren“, so Reinhard Koch von ARUG. Andere haben die Vorstellung, es reiche, wenn sie an ihrem Außenbild arbeiten. Ein paar Facebookfreunde und Gruppen zu löschen ist nicht genug.

„Es ist selten, dass jemand bei Aktivitäten im Betrieb erwischt wird“, so Koch. Es seien eher soziale Netzwerke in denen die Personen auffallen, oder sie werden bei rechtsextremen Veranstaltungen gesehen.

Nach einem Hinweis wird zunächst geprüft, ob die Person um die es geht, bereits als rechtsextrem aktiv bekannt ist. In der Software der ARUG sind alle Aktivitäten und Akteure erfasst. Als zweiter Schritt wird der Betroffene in seinem Betrieben angesprochen, von Vermittlern, die durch Lehrgänge der ARUG entsprechend geschult sind.

In dem Gespräch positioniert sich das Unternehmen mit seinen Leitbildern und konfrontiert den Mitarbeiter mit den Vorwürfen. Der Mitarbeiter wird aufgefordert, sich zu überlegen, wie er die Lücke zwischen seiner Einstellung und den Grundwerten des Betriebes schließen will. Ist der betroffene Mitarbeiter kooperativ kommt der eigentliche Beratungsprozess in Gang. Dann beginne ein klassischer Ausstiegsprozess, so Reinhard Koch.

Etwa 200 Multiplikatoren in rund 100 Institutionen in ganz Niedersachsen hat die ARUG mittlerweile geschult. Dazu gehören nicht nur Unternehmen sondern auch Schulen, Ausbildungsstätten, Jugendämter und Sportvereine.

### AKTUELLE BESTANDSAUFNAHME

Im Kontext des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ wird im Mai 2013 ein neuer Europa-Sammelband des Projekts „Gegen Rechtsextremismus“ vorliegen (in Anlehnung und Fortsetzung des 2011 erschienenen Sammelbandes „Europa auf dem ‚rechten‘ Weg?“).

Mit diesem neuen Sammelband wird unter anderem eine Bestandsaufnahme der Situation in ausgewählten europäischen Ländern mit dem Schwerpunkt auf Süd- und Osteuropa vorgenommen.





# „NICHT WEGSCHAUEN, GESICHT ZEIGEN!“

**DER EHEMALIGE LEITER DES BAYERNFORUMS DER FES, HORST SCHMIDT, PRÄGTE MASSGEBLICH DIE ARBEIT GEGEN DEN RECHTSEXTREMISMUS**

*War von Anfang an klar, dass die Arbeit gegen Rechtsextremismus im BayernForum eine zentrale Rolle spielen sollte?*

Eigentlich nicht. Wirklich angefangen hat es nach dem rechtsextremen Anschlag im Januar 2001, als Skinheads einen Griechen halbtot geprügelt haben. Wir waren uns im BayernForum dann relativ schnell einig, dass wir auf diesem Gebiet weiterarbeiten wollen.

*Sie haben dann in der Folge die Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ mitkonzipiert und erarbeitet. Wie kam es zu dieser Idee?*

Wir haben ein Medium gesucht, das sowohl im Unterricht, aber auch in Museen oder Rathäusern gezeigt werden kann und weitgehend für sich selbst spricht. Wir haben festgestellt, dass das Medium Ausstellung insbesondere von Jugendlichen gut wahrgenommen wird und dazu anregt, sich weiter mit einem Thema zu beschäftigen.

*Welche inhaltlichen Schwerpunkte transportiert die Ausstellung?*

Wir wollten natürlich zunächst einen generellen Überblick über die rechtsextremen Strukturen in Bayern geben, also zum Beispiel die Parteien, die Jugend- und Frauenszene, aber ebenso die Musik und die Internetnutzung der rechtsextremen Szene beleuchten. Gleichzeitig ging es uns darum, die Ideologien und Denkmuster, die hinter diesen vordergründigen Erscheinungsformen stecken, aufzudecken. Als dritter Aspekt war uns wichtig zu zeigen, welche Möglichkeiten und Initiativen es gibt, gegen braunes Gedankengut vorzugehen.

*Die Ausstellung hat sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Sie wurde mittlerweile an fast 600 verschiedenen Orten gezeigt. Haben Sie mit einer solchen Resonanz gerechnet?*

Nein, sicherlich nicht. Sie war zunächst ein Experiment. Wir haben sie bei zwei, drei Lehrerfortbildungen gezeigt und durch die Mund-zu-Mund-Propaganda stieg die Nachfrage stetig an. Schließlich haben auch die FES-Büros in den anderen Bundesländern eigene erfolgreiche Ausstellungen „Rechtsextremismus bekämpfen – Demokratie stärken“ entwickelt.

*Das BayernForum arbeitet u. a. mit dem hochangesehenen Zeitzeugen Max Mannheimer zusammen. Warum ist es Ihrer Meinung nach so wichtig, dass vor allem Jugendliche aus erster Hand über das Dritte Reich und den Holocaust informiert werden?*

Es ist eine Sache, sich die Daten und Fakten im Geschichtsunterricht anzueignen. Aber es ist ebenso wichtig, dass diese mit persönlichen Schicksalen in Verbindung gebracht werden. Das Leben von Max Mannheimer ist ein Einzelschicksal, aber es steht exemplarisch für Millionen andere, die während der Zeit des Nationalsozialismus unterdrückt, verfolgt und ermordet



Prägte die Aufklärungsarbeit gegen Rechts: Horst Schmid, ehem. Leiter des Bayernforums

wurden. Um an dieser Stelle einmal Max Mannheimer selbst zu zitieren: „Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschehen ist. Aber ihr tragt Verantwortung dafür, was heute passiert.“

*Obwohl Sie mittlerweile im Ruhestand sind, engagieren Sie sich weiter gegen Rechts.*

Was den Kampf gegen Rechtsextremismus betrifft, so hat mich über all die Jahre dies immer geleitet: Nicht wegschauen! Sich informieren! Gesicht zeigen und sich mit anderen gemeinsam engagieren!

*Das Gespräch führte Sebastian Binder.*

## BÜROÜBERGABE IN MÜNCHEN

Horst Schmidt baute im Jahr 1999 das BayernForum und das Münchner Büro der FES mit auf, und war bis Juni 2012 dessen Leiter. Anlässlich der Übergabe des Büros an seine Nachfolgerin Alina Fuchs, würdigten u. a. die Generalsekretärin und der Vorsitzende der BayernSPD, Natascha Kohnen und Florian Pronold, Schmidts Einsatz für Demokratie und politische Bildung.

# VERLEUGNEN, VERHARMLOSEN, ENTPOLITISIEREN

## OPFER RECHTER GEWALT SEIT 1990

Leipzig, Sachsen, 24. Oktober 2010: Zwei Männer greifen den 19-jährigen Iraker Kamal K. in einem Park nahe des Hauptbahnhofs an. Die Täter prügeln und stechen mit einem Messer auf ihn ein. Einer der Täter hat auf seiner Schulter ein Hakenkreuz tätowiert, der zweite Angreifer trägt ein SS-Runen-Tattoo an seinem Schlüsselbein. Im Krankenhaus stirbt Kamal K. an seinen schweren Verletzungen. Er ist damit eines von 169 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 in der Bundesrepublik.

Einige dieser Schicksale bewegten die Öffentlichkeit. Sie führten, wie beispielsweise der rassistische Brandanschlag 1992 in Mölln, zu öffentlicher Empörung oder waren Anlass politischer



*Opfern ein Gesicht geben: Jede Ausstellungstafel steht für ein Menschenleben.*

Kontroversen. Viele andere jedoch wurden kaum zur Kenntnis genommen, vergessen sind die meisten. Die Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt“ gibt ihnen Namen und Gesichter.

Die Ausstellungstafeln, die dazugehörige Internetseite und der Ausstellungsflyer wurden 2011 und 2012 mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung überarbeitet bzw. ergänzt und aktualisiert.

Jede der Ausstellungstafeln steht für ein Menschenleben: Auf einigen der Tafeln ist ein Portrait der getöteten Person abgebildet. Auf allen Tafeln befinden sich Informationen zur Person und dem tödlichen Angriff. Alle Angaben basieren auf Medienberichten, wurde kein Bild des Opfers veröffentlicht, ist das Portrait durch eine leere Rasterfläche ersetzt. Die Idee und das Kon-

zept für die Ausstellung stammen von der Grafikerin Rebecca Forner, die ohne viele Worte „die Realität zeigen [will], an der sich der Kampf gegen Rechts messen muss“.

Ausgangspunkt war eine im Jahr 2000 erschienene Chronik, die 93 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 auflistete. Die Chronik führte zu einem politischen Aufschrei, da das Bundesinnenministerium für den gleichen Zeitraum nur 24 Todesfälle registriert hatte. In Reaktion darauf änderten im Mai 2001 die Innenminister von Bund und Ländern das System zur Erfassung rechter Straftaten.

Derzeit tauchen von den 169 Todesopfern rechter Gewalt nur 63 in den aktuellen Statistiken des Bundesinnenministeriums auf. Eine Sensibilisierung gegenüber rechter und rassistisch motivierter Gewalt blieb größten Teils aus, wie am Umgang mit den Familien der NSU-Opfer deutlich wurde. So müssen Angehörige nach wie vor erleben, wie Sicherheitsbehörden und politisch Verantwortliche rechte Gewalt verleugnen, verharmlosen und entpolitisieren.

Anzuerkennen, dass rechte, rassistische und antisemitische Weltbilder bei den Taten eine Rolle spielten, bedeutet auch die offizielle Anerkennung der Opfer.

Erstmals gezeigt wurde die Ausstellung im Mai 2002 am Bauzaun der Topografie des Terrors in Berlin. Seit 2004 war sie als Wanderausstellung an Schulen, Gemeindeverwaltungen, staatlichen Institutionen, Gewerkschaften und lokalen Initiativen sowie Bündnissen gegen Rechts in der gesamten Bundesrepublik zu sehen. Führungen und Workshops für Schulklassen und Jugendgruppen werden mit Hilfe der bereitgestellten pädagogischen Begleitmaterialien ermöglicht. Bis heute wurde die Ausstellung bundesweit an über 100 Orten gezeigt. Sie wird von der Opferperspektive Brandenburg e.V., als Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt und Betroffene rassistischer Diskriminierung im Land Brandenburg, in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung bereitgestellt.

MEHR UNTER:

[www.opfer-rechter-gewalt.de/](http://www.opfer-rechter-gewalt.de/)

# UNANGENEHME WAHRHEITEN

## HENNING HOMANN, MDL IN SACHSEN, FRAKTIONSEXPERTE IN SACHEN RECHTSEXTREMISMUS

*Haben Sachsen und Ostdeutschland ein besonderes Problem mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit?*

Das Aufkommen von Ungleichheitsvorstellungen in Form von Fremdenfeindlichkeit ist eine internationale Entwicklung. Eine Reduzierung des Problems auf Ostdeutschland wäre genauso falsch wie eine Betrachtung als Jugendphänomen. Dennoch zeigen die Praxiserfahrungen und wissenschaftliche Erhebungen wie die aktuelle FES-Studie „Die Mitte im Umbruch“, dass wir es in Ostdeutschland mit einer besonderen Qualität zu tun haben. Die Ursachen sind vielfältig. Zum einen fehlen vielen Bürgerinnen und Bürgern positive Demokratieerfahrung. Zum anderen müssen wir feststellen, dass Neonazis die ostdeutschen Bundesländer, insbesondere Sachsen, schon in den neunziger Jahren zu Schwerpunktgebieten erklärt haben.

*Was kann die Politik tun?*

Hauptansatzpunkt im Kampf gegen Rechtsextremismus und menschenfeindliche Einstellungen ist der Aufbau und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Projekte und Initiativen, die sich vor Ort für Demokratie und Zivilcourage einsetzen. So wichtig diese Arbeit ist, so bleibt die Bekämpfung von Rechtsextremismus und menschenfeindlichen Einstellungen eine gesellschaftliche

Querschnittsaufgabe. Wer Rechtsextremismus nachhaltig bekämpfen will, muss die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, nach gleichen Teilhabechancen aller Menschen, einem gerechten Bildungssystem und einer bedarfsgerechten Jugendhilfelandchaft stellen.

*Wie steht es um das Aktivierungsvermögen der Zivilgesellschaft?*

Seit Mitte der neunziger Jahre haben sich in den ostdeutschen Bundesländern hunderte Projekte, Initiativen und Vereine gegründet, die sich aktiv der Herausforderung stellen. Ihnen gilt großer Respekt, weil ihre Arbeit gegen Neonazis auch gefährlich sein kann. Deshalb ist es wichtig, die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Projekte voranzutreiben.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Sachsen hilft dabei aktiv mit, indem sie mit Veranstaltungen gezielt in die Hochburgen und Rückzugsräume rechtsextremer Strukturen geht und dabei versucht, sowohl politische Verantwortungsträger als auch die Zivilgesellschaft zu stärken. Für manche vor Ort mag das unangenehm sein. Die Friedrich-Ebert-Stiftung erweist sich dabei als ein wichtiger Partner, genau diesen Raum der Zusammenarbeit zu schaffen, in dem die unangenehmen Fragen gestellt werden können.

# MASSIVE PROBLEME VERDRÄNGT

## MODELLE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN SACHSEN

Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf attestierte seinen Landsleuten noch im Jahr 2000, sie hätten sich als völlig immun gegenüber rechtsradikalen Versuchungen erwiesen. Ein fataler Irrtum, denn derweil hatten Rechtsextremisten Sachsen längst zum Test- und Experimentierfeld für ihre braune Agitation und Aufbauarbeit gewählt. 2004 zog die NPD mit 9,2 Prozent der Stimmen in den Sächsischen Landtag ein. 2009 gelang ihr der Wiedereinzug. Rund 120 Mandate auf Kommunal-, Kreis- und Landesebene zeigen, wie engmaschig das braune Netz in Sachsen heute gestrickt ist.

Um das Jahr 2007 herum formierte sich die Struktur des „Freien Netzes“, eine Formation militanter und aktionsorientierter Neonazis. Aus ihren Reihen werden Konzepte und Ideen völlig neuer Aktionsformen geboren. Spontane Aufmärsche werden konspirativ geplant und unter Nutzung von Twitter und Facebook verbreitet. Trotz einschneidender Ereignisse, wie aktuell das Aufliegen des NSU, tun sich Teile der sächsischen Politik schwer damit, einzugestehen, dass es ein massives Problem mit Rechtsextremismus im Freistaat gibt.

Die Beschäftigung mit Strategien und Erscheinungsformen der extremen Rechten und damit verbunden das konsequente Engagement gegen Nazis und für Demokratie gehört für das Landesbüro Sachsen der FES zu einer wesentlichen Kernaufgabe politischer Bildung.

Das Landesbüro bietet Orientierung zu folgenden Themenkomplexen:

- Menschenverachtende Einstellungen/Rassismus
- Ideologie der extremen Rechten
- Strukturen und Strategien des Rechtsextremismus/Rechtspopulismus
- Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus

Gemeinsam mit kommunalen Kooperationspartnern – von kleinen Initiativen, größeren Bündnissen, über Schulen bis zu Landratsämtern – entstehen kontextbezogene Modelle gegen Rechts. Sie finden ihren Niederschlag in einer Vielzahl von Veranstaltungen.

Diese Arbeit konzentriert sich auf jene Regionen und Kommunen, die zu den Brennpunkten rechter Umtriebe gehören und die gezielt um Unterstützung bitten. So kann die Friedrich-Ebert-Stiftung durch ihre Veranstaltungen – unter jeweils erheblicher Polizeipräsenz – dazu beitragen, dass mehr Bürgerinnen und Bürger für die Problematik sensibilisiert werden.

*Drei Fragen an:*

## ES MANGELT AN SELBSTKRITIK

**BIANCA KLOSE, LEITERIN DER MOBILEN BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS BERLIN**



*Bianca, was sind die wesentlichen Ergebnisse unserer gemeinsamen Fachkonferenz über Rechtsextremismus und demokratisches Engagement im urbanen Raum?*

Es war wichtig, dass die Tagung eine ak-

tuelle Analyse spezifischer Erscheinungsformen von Rechtsextremismus in Großstädten ermöglicht hat. Darauf aufbauend wurden erfolgversprechende Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus diskutiert. Dabei wurde vor allem deutlich, dass es abgestimmter Handlungskonzepte bedarf, die auf die Realitäten der Städte reagieren, denn wir haben es hier mit kulturell heterogenen Gesellschaften zu tun.

*Sind auf Seiten des staatlichen Handelns gegen Rechtsextremismus aus dem „NSU“-Skandal inzwischen die richtigen Konsequenzen gezogen worden?*

Nein, im Gegenteil! Die Aktivitäten des Staates bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus weisen meiner Ansicht nach eine erhebliche Schiefelage auf: Während staatliche Strukturen, die nachweislich bei ihrer Arbeit versagt haben, nun ausgebaut werden, gängelt man zivilgesell-

schaftliches Engagement und stellt aktive Demokraten unter Extremismusverdacht. Engagierte Bürgerinnen und Bürger berichten uns häufig, dass Behörden ihr Handeln nicht ernstnehmen, rechtsextreme Angriffe verharmlosen oder ihnen gar eine Mitverantwortung zuschieben wollen. Der Staat sollte alles tun, um diese aktive und lebendige Zivilgesellschaft in ihrem Einsatz zu unterstützen, anstatt durch rechtsextreme V-Leute die Szene zu alimentieren.

*Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus betont immer wieder die Notwendigkeit, strukturellen Rassismus in unserer Gesellschaft zu bekämpfen.*

Ja, denn während es – gerade in Berlin – eine Vielzahl von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus gibt, ist die Auseinandersetzung mit alltäglichem und strukturellem Rassismus noch nicht weit gediehen. Hierbei kommt es in erster Linie darauf an, gesellschaftliche Verhältnisse, aber auch die eigene Lebenswelt kritisch zu überprüfen, inwieweit vorurteilsbeladene und rassistische Stereotypen transportiert oder unbewusst akzeptiert und reproduziert werden. Ohne eine solche selbstkritische Auseinandersetzung in der Mitte der Gesellschaft wird es nicht gelingen, alltagsrassistische Phänomene zu erkennen und zurückzudrängen.

*Die Fragen stellte Ralf Melzer, FES*

# WENN, DANN RICHTIG!

**GASTKOMMENTAR VON FABIAN VIRCHOW ZU NPD-VERBOTSVERFAHREN**

*Prof. Dr. Fabian Virchow leitet den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) an der Fachhochschule Düsseldorf. Erste Ergebnisse eines dort angesiedelten Forschungsprojektes zur Verbotspolitik in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber rechtsextremen Organisationen wurden 2012 auf einer gemeinsamen Konferenz mit dem Potsdamer Moses-Mendelssohn-Zentrum in der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgestellt.*

Mit dem Anfang Dezember von den Ministerpräsidenten der Länder gefassten Beschluss zeichnet sich ein neues Verbotverfahren gegen die neonazistische NPD ab; inwiefern das Verfahrenshindernis V-Leute, das zu Beginn dieses Jahrhunderts zum Abbruch des ersten Verbotverfahrens gegen die NPD geführt hat, tatsächlich beseitigt wurde, wird sich erweisen müssen. Dass die politisch verantwortlichen Innenminister nicht in jedem Fall ein entsprechendes Testat unterschreiben wollen, muss zu Bedenken Anlass geben.

Zu Recht wurde im Frühsommer im Rahmen einer gemeinsam von Friedrich-Ebert-Stiftung, Moses-Mendelssohn-Zentrum und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus durchgeführten Tagung darauf hingewiesen, dass ein NPD-Verbot das Problem rassistischer Einstellungen nicht berühre; das freilich ist bereits im Kern eine überzogene Erwartung. Ein Organisationsverbot zielt auf die Schwächung organisierter Menschenrechtsfeindlichkeit und eines gewaltaffinen neonazistischen Milieus. (...) Wenn in jüngster Zeit in skeptischer Absicht formuliert wurde, die Partei werde das Verbot-

verfahren in den kommenden Wahlkämpfen nutzen können, um sich als Märtyrer zu inszenieren und in einem gelegentlich als krisenhaft beschriebenen organisatorischen Zustand neue Unterstützung zu gewinnen, so lässt sich zumindest für bisherige Verbote gegen extrem rechte Vereinigungen eine solche Wirkung nicht als dauerhafter Effekt beobachten. Wichtiger ist freilich, dass demokratische Akteure bei entsprechenden Versuchen der NPD nicht passiv Zuschauende sein müssen oder dürfen. (...)

Wenn ein Verbotverfahren gegen die NPD Sinn machen soll, dann kann dieses nur Teil eines umfassenderen Handlungskonzeptes sein, das ernsthaft auch Alltagsrassismus und institutionellen Rassismus zum Gegenstand macht. Dabei kommt zivilgesellschaftlichen Akteuren und Projekten eine zentrale Rolle zu. Sie sind daher gesellschaftlich aufzuwerten und auch materiell und infrastrukturell zu stärken. Dies gilt nicht zuletzt für den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht dem Antrag auf Verbot der NPD folgt. Dann ist nämlich auch die demokratische Zivilgesellschaft dieses Landes gefordert zu kontrollieren, ob die verbotene Tätigkeit fortgesetzt wird. Und für einen gegenwärtig kaum einzuschätzenden Ausgang einer Anrufung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshof durch die NPD ist zu konstatieren, dass ein Entscheid zugunsten der NPD leichter zu tragen ist, wenn bis zu diesem Urteil (und darüber hinaus) die politische und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit extrem rechten, rassistischen und antisemitischen Einstellungen, Verhaltensweisen und Organisationen intensiviert wird.

# GEFÄHRLICHKEIT UNTERSCHÄTZT

**SEBASTIAN EDATHY, MDB, VORSITZENDER DES UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSSES DES BUNDESTAGES ZUR NEONAZI-MORDSERIE**

*Sebastian, Du hast auf zwei Veranstaltungen des FES-Projekts „Gegen Rechtsextremismus“ über die Tätigkeit des vom Bundestag einstimmig eingesetzten „NSU“-Untersuchungsausschusses berichtet. Dabei wurde deutlich: Das Entsetzen über das Versagen der Sicherheitsbehörden und der Wille zur Aufklärung sind fraktionsübergreifend. Hält dieser Konsens weiter an?*

Wir haben es mit einem besonderen Untersuchungsausschuss zu tun – er ist der Erste in der Geschichte des Bundestages überhaupt, der von allen Fraktionen gemeinsam eingerichtet wurde. Wir elf Abgeordnete im Ausschuss haben uns zu Beginn der Arbeit versprochen, wir wollen nicht untereinander Streit führen, sondern gemeinsam streiten für die Wiedergewinnung

*Drei Fragen an:*

verlorenen Vertrauens in die Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaates. Ich bin zuversichtlich, dass das bis zum Abschluss unserer Arbeit so bleibt. Bisher sind wir gerade wegen dieses Konsenses ausgesprochen wirkungsmächtig.



(Foto: Himsel)

*Ist es überhaupt möglich, das verloren gegangene Vertrauen in die Sicherheitsarchitektur in Deutschland wieder herzustellen?*

Das ist möglich, aber nur dann, wenn tatsächlich restlos aufgeklärt wird, wie es sein konnte, dass eine terroristische Gruppe 13 Jahre lang in der Illegalität leben, zehn Menschen ermorden, zwei Anschläge verüben und 15 Überfälle begehen konnte, ohne dass unsere Sicherheitsbehörden dieser Gruppe auf die Spur kamen. Dieser Aufklärungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Mein Zwischenfazit ist aber: Die

Gefährlichkeit eines zunehmend gewaltbereiter werdenden Rechtsextremismus wurde massiv unterschätzt. Zweitens: Die Ermittlungen waren von Vorurteilen gegenüber den Opfern geprägt, soweit es sich um Migranten handelte. Drittens: Unsere Sicherheitsarchitektur mit insgesamt 36 Behörden des Bundes und der Länder hat versagt, weil es zu wenig Kooperation gab. All das muss sich ändern.

*Welche Konsequenzen ergeben sich aus der bisherigen Ausschussarbeit für die Frage eines neuen NPD-Verbotsverfahrens?*

Es gab enge Kontakte zwischen dem Umfeld der Gruppe und einer Reihe von NPD-Funktionären. Ein stellvertretender NPD-Landesvorsitzender hat dem Trio zudem eine Waffe besorgt. Hier zeigt sich, wie in vielen anderen Fällen auch, die NPD hat eine erhebliche Nähe zur gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene und ist ihr Bündnispartner. Und das ist eines der Argumente für ein neues NPD-Verbotsverfahren.

*Die Fragen stellte Ralf Melzer*

## Studienreihe

# RECHTE NETZWERKE

## LÄNDERVERGLEICHE IM OSTEN EUROPAS

Rechtsextremismus ist kein auf Deutschland beschränktes Phänomen. Die extreme Rechte vernetzt sich zunehmend über Ländergrenzen hinweg, sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU. Rechtsextreme Parteien haben inzwischen in mehreren Staaten Mittel- und Osteuropas politische Erfolge erzielen können. Gruppierungen wie Ungarns „Jobbik“, die bulgarische „Ataka“ oder die ukrainische „Swoboda“ sitzen in den nationalen Parlamenten und beeinflussen die politische Debatte in ihren Ländern. Vielerorts versuchen Rechtsextremisten, sich vor dem Hintergrund tradiert Feindbilder gegenüber Minderheiten, autoritären Vorstellungen und einer teils desolaten wirtschaftlichen und sozialen Lage fest in Gesellschaft und Politik zu etablieren. Dabei können sie oftmals an die mit der politischen Wende 1989/90 begonnene Suche nach Wiedergewinnung oder Neukonstruktion nationaler Identität anknüpfen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt sich in einer Reihe von Länderstudien mit der Dynamik rechtsextremer Bewegungen in Mittel- und Osteuropa auseinander und bietet damit eine flä-

chendeckende aktuelle Bestandsaufnahme. Die englischsprachigen Studien folgen dabei alle einem festen Vergleichsraster: Unsere Autoren, Wissenschaftler und Journalisten aus den jeweiligen Ländern stellen zunächst die rechtsextremen Akteure vor und benennen deren Zielsetzungen, Orientierungen und Feindbilder. Der Schwerpunkt liegt dann auf der Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Handlungsstrategien, der sozialen Basis dieser Bewegungen und ihren Einflussmöglichkeiten auf das gesellschaftliche Klima und den politischen Diskurs. Alle Studien beschäftigen sich abschließend mit der Frage der Entwicklung geeigneter Gegenstrategien.

**BISHER ERSCHIENEN SIND DIE BEITRÄGE ZU** *Russland, Ukraine, Polen, Rumänien, Tschechische Republik.*

*Die Reihe wird fortgesetzt mit Analysen zu Ungarn, der Slowakei und Mazedonien, sowie Bulgarien und Serbien.*

# GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT / SOZIALE DEMOKRATIE

## V O R D E N K E N

### POLITIK OHNE WERTE IST NICHTS WERT

Kongress

#### DER KONGRESS „WERTE UND POLITIK“

Wertedebatten in der Politik – so scheint es – mussten in den letzten Jahrzehnten hinter behaupteter Alternativlosigkeit und vermeintlichen Sachzwängen zurücktreten.

Politik komme zwar, betrieben als pragmatischer Interessenausgleich, ohne Werte aus, erklärte die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles auf dem Podium, Fortschritt gäbe es aber ohne Werte nicht. „Fortschrittliche Politik kann daher nur als wertorientierte Politik funktionieren.“

Peter Struck ergänzte: „Nur wenn Politik auf einem klaren Wertefundament gründet, kann sie eine langfristige Perspektive für eine bessere Gesellschaftsordnung und Handlungsorientierung für komplexe Entscheidungen bieten. Wertorientierung macht politisches Handeln transparent und nachvollziehbar. Werte und Politik gehören in der demokratischen Gesellschaft untrennbar zusammen.“

Damit ist die Anregung von Wertedebatten auch eine Kernaufgabe der FES. Die Politische Akademie hat sich diesem Anliegen in ihrem diesjährigen Kongress „Werte und Politik“ im Oktober in Ber-

lin gewidmet: Wie ist es um das Verhältnis von abstrakten Werten und konkretem politischen Handeln bestellt? Was bedeuten die politischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität heute?

Die Fragen scheinen nicht nur in der FES vielen unter den Nägeln zu brennen: 500 Teilnehmende aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesell-



*Skeptiker und Verfechterin der Wertedebatte: Frank-Walter Steinmeier und Manuela Schwesig diskutierten kontrovers.*

schaft und Medien, fast 40 Referentinnen und Referenten, darunter der Parteivorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, und Tausende, die der Veranstaltung im Livestream zugeschaltet waren, belebten die Debatte während des zweitägigen Kongresses.

In einer Podiumsdiskussion plädiert Prof. Susan Neiman, Direktorin des Einsteinforums, flammend für eine stärkere Wertorientierung in der Politik. Sigmar Gabriel stimmt zu und ergänzt: „Am besten kann man die Wertorientierung in

den politischen Entscheidungen selber ablesen.“ Das Fazit des Kongresses in den Worten von Andrea Nahles: „Politik ohne Werte ist nichts mehr wert.“

[www.werteundpolitik.de](http://www.werteundpolitik.de)

Politikwerkstatt

## WIE DIE WELT VERÄNDERT WURDE

### FES MOSKAU ERÖFFNET EGON BAHR SEMINAR

Als ein besonders Geschenk zum 90. Geburtstag, startete die FES-Moskau die neue Reihe „Egon Bahr Seminar für europäisch-russische Verständigung“. An der Politikwerkstatt, benannt nach dem Vordenker und Architekten der „Neuen Ostpolitik“, nahmen neben Egon Bahr persönlich, 24 junge Führungskräfte aus Politik, Medien, Verwaltung und Wissenschaft aus Deutschland

Mit Egon Bahr über die „Verschiebung der weltpolitischen Gewichte“ zu diskutieren, wie er seinen Vortrag in Moskau betitelt hatte, war für die Teilnehmer/innen der Höhepunkt des diesjährigen Seminars. Nachdenklich merkte Egon Bahr an, „die Lage Europas zwischen Amerika und Russland ändert sich zwar nicht, aber die Interessen der Länder, das Eigene eingeschlossen, müssen unvoreingenommen und sorgfältig analysiert und dem Wandel angepasst werden“.

Im Rückblick auf den außenpolitischen Paradigmenwechsel, der von Egon Bahr und Bundeskanzler Willy Brandt Anfang der 70er Jahre in oft mühsamen, kleinen Schritten durchgesetzt wurde, betonte Peter Struck die Bedeutung politischer Visionen: „Am 12. August 1970, dem Tag der Unterzeichnung der



Reicher Erfahrungsschatz: Egon Bahr beschrieb die Verschiebung der weltpolitischen Gewichte.

und Russland teil. Im Sinne der visionären Außenpolitik, die ihren Anfang im „Wandel durch Annäherung“ vor über 40 Jahren nahm und aus der heute die „Modernisierungspartnerschaft“ zwischen Deutschland, der EU und Russland geworden ist, wird das Programm jährlich außenpolitischen Nachwuchs aus Deutschland und Russland vernetzen. Die Schirmherrschaft dafür hat Franz Thönnies übernommen, Berichterstatter für Russland in der SPD-Bundestagsfraktion.

Moskauer Verträge im Kreml, hätte die heutige Modernisierungspartnerschaft den meisten als kühner Traum gegolten. Anstelle der Konfrontation des Kalten Kriegs eine punktuelle Kooperation auf Feldern voranzutreiben, wo sich konkrete Interessen überschneiden, ist aus heutiger Sicht ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie eine politische Konzeption, aus dem visionären Denken eines einzelnen entstanden, allmählich ihren Weg nimmt und die Welt verändert.“

## „IM ZWEIFEL FÜR DIE FREIHEIT“

Die Jahre 2012 und 2013 sind von herausragender Bedeutung für die Erinnerung an Willy Brandt. Sein 20. Todesjahr (2012) und sein 100. Geburtsjahr (2013) geben Anlass, ihn in besonderem Maße zu ehren. Unter der Überschrift „Freiheit durch Demokratischen Sozialismus. Willy Brandts Überlegungen zum programmatischen Selbstverständnis der SPD“, stellte Prof. Dr. Klaus Schönhoven in diesem Zusammenhang in der

FES Bonn sein neuestes Buch vor. Im Zentrum standen Brandts Reflexionen über die demokratischen Grundüberzeugungen und emanzipatorischen Zielvorstellungen der Sozialdemokratie.

*Willy Brandt, „Im Zweifel für die Freiheit“. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte. hrsg. und eingeleitet von Klaus Schönhoven, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2012.*



# KEINE STABILITÄT OHNE WACHSTUM

PEER STEINBRÜCK UND EAMON GILMORE IM GESPRÄCH

Irland rutschte als allererstes Land der Eurozone in die Rezession und musste bereits 2010 auf ein Rettungspaket in Höhe von 85 Mrd. Euro, davon 45 Mrd. Euro von der EU, zurückgreifen. Auslöser für den Zusammenbruch der irischen Volkswirtschaft waren zum einen die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, aber zum anderen auch das Zerplatzen der überdimensionierten Blase des Banken- und Bausektors in Irland selbst. Direkt auf die Rezession folgten drastische Sparmaßnahmen, begleitet von sozialen Protesten und einem zunehmenden politischen Druck, der 2011 zu Neuwahlen und der Bildung einer linksliberalen Regierung unter Beteiligung von Labour führte. Die neue irische Regierung setzte zwar stark auf Einsparungen, jedoch anders als in Griechenland ohne Steuererhöhungen, um das Wirtschaftswachstum nicht zu behindern. Zudem versuchte sie, durch gezielte Anreize und Investitionen das Land zu sanieren. Mit Erfolg: 2011 wuchs die Wirtschaft in Irland erstmals wieder um 1,4%.

„You cannot have stability without growth“, war daher die eindeutige Mahnung des stellvertretenden Premierministers und Außen- und Handelsminister Irlands Eamon Gilmore mit Blick auf die Überwindung der Eurokrise. Das konnte sein Gesprächspartner in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bundesfinanzminister a. D. Peer Steinbrück, nur unterstreichen: Allein ein Konsolidierungsprogramm in Form von Rettungspakten

reiche nicht. Wichtig sei, so Steinbrück vor allem auch die Umsetzung des Fiskalpaktes inklusive der darin enthaltenen Wachstumsstrategie, eine verstärkte Zusammenarbeit zur Umsetzung wirtschaftlicher Förderprogramme, eine Bankenaufsicht und die Einrichtung eines Banken-



Zwischen Gastgeber und Gesprächspartner: Irlands Außen- und Handelsminister Eamon Gilmore mit Dr. Roland Schmidt und Peer Steinbrück. (Foto: S. Schmidt)

rettungsfonds, in den die Banken selbst einzahlen. Gilmore ergänzte, dass die EU-Bürger zwar von den bedeutendsten Errungenschaften der Europäischen Union wie Frieden und Sicherheit profitierten, aber wichtig sei für sie angesichts der Krise vor allem das, was die EU ihnen noch bieten könne: Arbeitsplätze und eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Deshalb wird Irland die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen zur Priorität seiner EU-Ratspräsidentschaft 2013 machen.

Das Gespräch zwischen Eamon Gilmore und Peer Steinbrück auf FES-Youtube: <http://youtu.be/nKVS-GUhgpc>

## KURZ, KNAPP UND KLAR

Am 12. September ist das neue Lesebuch: Geschichte der Sozialen Demokratie zur Eröffnung der bundesweiten FES-Wanderausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“ ([www.fes.de/150jahre](http://www.fes.de/150jahre)) erschienen. Nach wenigen Wochen war es trotz Rekordauflage (30.000 Exemplare) vergriffen. Seit Mitte Dezember ist die 2. Auflage verfügbar, die Hörbuchfassung erscheint Anfang 2013. Ebenfalls im Dezember in 2. Auflage erschienen ist das Lesebuch 3: Sozialstaat und Soziale Demokratie.

Die Lesebücher der Sozialen Demokratie sind für fünf Euro gedruckt oder als Hörbuch bzw. kostenlos als PDF erhältlich. Für das Lesebuch

Geschichte der Sozialen Demokratie gibt es ein Sonderpaket für die politische Bildungsarbeit.

*Lesebuch: Geschichte der Sozialen Demokratie, Michael Reschke, Christian Krell, Jochen Dahm u. a. (2012), Lesebücher der Sozialen Demokratie, 2. Auflage, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.*

*Lesebuch 3: Sozialstaat und Soziale Demokratie, Alexander Petring u. a. (2012), Lesebücher der Sozialen Demokratie, Band 3, 2. Auflage, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.*

Alle Infos unter [www.fes-soziale-demokratie.de](http://www.fes-soziale-demokratie.de)

Workshop

# GEGEN DIE UMVERTEILUNG VON UNTEN NACH OBEN

## EUROPÄISCHES GEWERKSCHAFTSTREFFEN IN MADRID

Es ist ein vertrautes Bild: Wo auch immer in Südeuropa die Regierungen schmerzhaft Struktur-reformen und Kürzungen von Löhnen und sozialen Leistungen durchsetzen, werden diese von Demonstrationen und Streiks begleitet. Auch in Spanien, wo es im Vergleich zu Griechenland

Trabajadores de España) und die CC.OO. (Confederación Sindical de Comisiones Obreras), am 25. September mit Unterstützung der FES einen Workshop durch, in dem die Möglichkeiten einer europaweiten Mobilisierung der Gewerkschaften erörtert wurden. Neben den General-

sekretären der beiden spanischen Dachverbände und des Europäischen Gewerkschaftsbundes nahmen Präsidenten bzw. Generalsekretäre von Gewerkschaften aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Irland, Italien, Griechenland, Portugal, Polen und Tschechien an der Konferenz teil.

In der Debatte wurden Ansätze für eine gemeinsame europäische Strategie gegen die Umverteilung

von Unten nach Oben entwickelt. Denn bei dem Angriff auf die sozialen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte handelt es sich nicht allein um ein Problem der Mittelmeeranrainer, auch in anderen europäischen Ländern ist der Sozialstaat gefährdet.



*Bislang auf Südeuropa beschränkt: Gewerkschaften protestieren gegen Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen*

und Portugal lange Zeit ruhig blieb, haben die Gewerkschaften im Jahre 2012 bereits zweimal zum Generalstreik aufgerufen.

Da die südeuropäischen Regierungen auf nationale Proteste bislang kaum reagiert haben, führten die beiden größten spanischen Gewerkschaftsverbände, die UGT (Union General de

Tagung

# ALLE MÖGLICHKEITEN AUSSCHÖPFEN

## KLAUSURTAGUNG DER EUROPAPOLITISCHEN ARBEITSKREISE

Der Austausch über Sichtweisen aus der Berliner und Brüsseler Perspektive ist das Ziel der jährlichen gemeinsamen Klausurtagung der europapolitischen Arbeitskreise der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unterschiedlichen Fachressorts von Bundes- und Landesministerien, Bundestag, Europaparlament, Gewerkschaften, Wissenschaft, EU-Verwaltung sowie aus dem Spektrum europäischer Verbände erörterten Szenarien für die Zukunft der Eurozone.

Große Übereinstimmung fand sich im Wunsch nach einer Ergänzung der Europäischen Wirtschaftsunion um eine politische und soziale Union, einschließlich einer viel stärkeren demokratischen Legitimierung durch die Parlamente. Gegenwärtig sollten zunächst jedoch die mit

dem Lissabon-Vertrag geschaffenen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Hierzu gehört u. a. auch die verstärkte Zusammenarbeit einer kleineren Gruppe von Mitgliedstaaten, in der ohne eine risikoreiche Ratifizierungsphase in allen Mitgliedstaaten die Integration weiter vertieft werden kann.

Daneben wurde dafür plädiert, die Ausgestaltung einer Sozialunion zu konkretisieren. Es wurde deutlich, dass auf europäischer Ebene Bedarf für die sozialdemokratischen Kräfte besteht, an der Formulierung gemeinsamer Politikansätze zu arbeiten. Die Vorbereitungen eines europäischen Grundsatzprogrammes im Vorfeld der Europawahlen 2014, könnten dabei einen großen Beitrag leisten, noch stärker den sozialen Bezug auf verschiedene EU-Politikfelder herauszuarbeiten.

## FAIRER KAPITALISMUS ALS ZIEL

### SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN IN ISRAEL UND EUROPA

Im Sommer 2011 erfasste eine Serie sozialer Proteste Israel, an denen sich auf ihrem Höhepunkt nicht weniger als 400.000 Demonstranten beteiligten. Gleichzeitig plagt Europa eine Finanzkrise, die in vielen Ländern in eine alarmierende soziale Krise umgeschlagen ist.

Die sozialen Herausforderungen Israels und Europas waren Gegenstand einer Paneldiskussion, die das Israeli European Policy Network (IPEN) und die Friedrich-Ebert-Stiftung aus Anlass eines Besuchs der Vorsitzenden der israelischen Arbeitspartei Shelly Yacimovich in Brüssel organisierten. Zum Auftakt forderte Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, eine Debatte über eine gerechte Vermögensverteilung, die in Europa immer mehr in eine Schieflage gerate. Eine Schieflage, die auch zunehmend in Israel zu beobachten sei, wo 40% der Bevölkerung es als schwierig empfinden, von ihrem Einkommen angemessen leben zu können, ergänzte Yacimovich. Wachsende Einkommensunterschiede gebe es auch in Großbritannien, wo die

konservative Regierung in Steuerkürzungen für Wohlhabende den Schlüssel für Wachstum und wirtschaftlichen Aufschwung sehe, so Patrick Diamond, Senior Fellow beim Policy Network und früherer Berater von Tony Blair.



*Shelly Yacimovich traf in Brüssel auch mit Martin Schulz zusammen.*

Alle drei Redner sprachen sich für einen „fairen Kapitalismus“ und einen aktiven Wohlfahrtsstaat aus. Die wachsende gesellschaftliche Polarisierung und das schwindende Vertrauen der Bürger in die Gestaltungsfähigkeit von Politik seien eine ernsthafte Bedrohung für jede Demokratie.

## ISRAELISCHE LINKE WIRD PRAGMATISCH

### FES-STUDIE ZUR POLITISCHEN PRÄFERENZVERSCHIEBUNG

Die zionistische Linke befand sich nach den letzten Wahlen zum israelischen Parlament im Jahr 2009 in einer tiefen Existenzkrise. Die Wahlergebnisse machten deutlich, dass die Sozialdemokratie des Landes dramatisch an politischem Gewicht verloren hatte.

Die Situation heute ist eine ganz andere. Die soziale Protestbewegung vom Sommer 2011 hat sozialdemokratische Kernfragen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gestellt. Beide sozialdemokratische Parteien, Avoda und Meretz, haben neue Führungen gewählt und es wurden innerparteiliche Diskussions- und Reformprozesse angestoßen. Die Linke ist auf dem Weg, wieder ein gewichtiger Akteur in der israelischen Politik zu werden.

Eine im Auftrag der FES durchgeführte Umfrage und Analyse soll dabei helfen, politische Strategien für die israelische Sozialdemokratie zu erarbeiten. Es wurden 896 Personen befragt, die sich selbst politisch der Linken, der gemäßigten Linken oder dem politischen Zentrum zugehörig

fühlen. Es ist die soziale Situation, die schlechte wirtschaftliche Lage, das gespannte Verhältnis zwischen der sekularen und orthodoxen Bevölkerungsgruppe und die ansteigende Gewalt in der israelischen Gesellschaft, die laut Umfrageergebnissen im Mittelpunkt linker Politik stehen sollte. Denn dies, und nicht etwa der fehlende Friedensprozess mit den Palästinensern oder gar die iranische Bedrohung, seien zurzeit die brennendsten Probleme Israels.

Aus diesem Grund versucht auch die Parteichefin der Avoda, Shelly Yacimovich, der Partei ein gemäßigtes Image zu verleihen. Sie meidet wenn möglich Themen zur Außen und Sicherheitspolitik, mit der Begründung, sie lenkten nur ab von dem, was zur Zeit die Israelis am meisten beschäftigt – der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Mit linken Positionen in diesen Fragen könne man Stimmen der politischen Mitte gewinnen, eine zu starke regierungskritische Position in der Friedenspolitik führe dagegen voraussichtlich zu einer Schwächung der Partei.

# GEMEINSAME ANTWORTEN ERFORDERLICH

## EUROPÄISCHEN MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK

Die europäische Migrations- und Asylpolitik pendelt zwischen Sicherheits-, Schutz- und Abwehrinstinkten einerseits und den notwendigen europäischen humanitären Ansprüchen und Verpflichtungen für Frieden und Entwicklung in der Welt andererseits. Hinzu kommen vermehrt auch wirtschaftliche Erwägungen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Europa. Ein schlüssiger EU-Gesamtrahmen für Zuwanderung ist daraus jedoch noch nicht ent-

standen und die bestehenden EU-Regelungen zu Aufnahmebedingungen von Flüchtlingen sowie Asylverfahren und -qualifizierung werden zu Lasten der Betroffenen sehr unterschiedlich in den Mitgliedstaaten umgesetzt und angewendet. Gleichzeitig führen die begrenzten Möglichkeiten der legalen Zuwanderung zu einem steigenden Druck auf irreguläre Wege der Einreise und zu einer stärkeren Kriminalisierung durch Schleuser und Menschenhandel.

Es ist daher dringend notwendig, einheitliche Asylstandards in Europa und eine Ausweitung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu erreichen.

Insbesondere Widerstände im Rat machten es jedoch überaus schwierig, die europäische Perspektive auf die Asylproblematik mit nationalen Befindlichkeiten in Einklang zu bringen. Dies wurde in Gesprächen mit Vertreter/innen der EU-Institutionen und NGOs im Rahmen eines Dialogprogramms des Europabüros der Friedrich-Ebert-Stiftung für deutsche Multiplikatoren im Oktober 2012 deutlich. Binnenmigration, Arbeitsmigration, irreguläre Migration sowie die Koordination der Asyl-, Flüchtlings- und Integrationspolitik erfordern gemeinsame Antworten der EU, können durch fehlende Zuständigkeit der EU aber nur sehr bedingt grenzübergreifend geregelt werden.

Staat	Asylbewerber	Asylbewerber pro Mio. Einwohner	Anteil positiver Entscheide
Griechenland	15.925	1.415	1,1 %
Spanien	3.005	65	7,8 %
Frankreich	47.625	740	14,3 %
Belgien	21.645	2.015	20,3 %
Ungarn	4.665	465	21,6 %
Österreich	15.785	1.890	21,7 %
Großbritannien	30.290	490	26,9 %
EU-27	260.730	520	27,3 %
Schweden	24.175	2.610	29,6 %
Norwegen	17.140	3.570	30,7 %
Finnland	4.915	925	36,2 %
Deutschland	31.810	390	36,5 %
Italien	17.470	290	38,4 %
Polen	10.595	280	38,4 %
Schweiz	15.900	2.065	47,5 %
Dänemark	3.725	675	47,9 %
Niederlande	16.140	980	48,3 %

Quelle: Eurostat

# RECHT AUF SOZIALE SICHERHEIT

## FES-GENF ZU UN-MENSCHENRECHTSSYSTEM

Am 18. Juli 2012 erließ das Bundesverfassungsgericht ein Urteil, welches den Gesetzgeber verpflichtet, die Bezüge von Asylbewerbern auf das Niveau des in Deutschland festgelegten Existenzminimums anzuheben. Es begründete die Entscheidung unter anderem auf Basis internationaler Menschenrechtsverpflichtungen. Konkret bezieht sich das Urteil in Paragraph 94 auf den Artikel 9 des UN-Sozialpaktes: das Recht auf soziale Sicherheit. Dieses Beispiel belegt die konkrete Bedeutung des UN-Sozialpaktes in nationaler Rechtsprechung und Politik. Es zeigt auch, dass die Arbeit des UN-Menschenrechtssystems

in Genf dazu beiträgt, die reale Situation von benachteiligten Menschen zu verbessern. Bei einem Symposium des FES-Büros Genf mit den Mitgliedern des zuständigen UN-Ausschusses, internationalen Experten und Diplomaten wurde die Aktualität des Themas nicht nur für Deutschland, sondern für das Menschenrechtssystem an sich deutlich. Auch wird in naher Zukunft ein Individualbeschwerdeverfahren zum Sozialpakt in Kraft treten, welches erlaubt, diese Rechte auf internationaler Ebene einzufordern, wenn sie von nationalen Gerichten nicht durchgesetzt werden.

# NEUE FORMEN DER EINMISCHUNG

## BÜRGERBETEILIGUNG ALS SCHWERPUNKTTHEMA DES FES-BÜROS IN MAINZ

Um einer zunehmenden Demokratiemüdigkeit zu begegnen, erfährt das Thema Bürgerbeteiligung zunehmende Aufmerksamkeit. „Mehr Bürgerbeteiligung“ lautete deshalb die Überschrift einer vom FES-Büro Rheinland-Pfalz in Mainz durchgeführten Veranstaltung.

Im Rahmen eines World-Cafe ging es u. a. um Teilhabemodelle und Direktdemokratie sowie um die Rolle der Medien für Demokratie und Bürgergesellschaft.

Ansprechpartner aus Politik und Justiz – Martin Haller, MdL und Mitglied der Enquete-Kommission für Bürgerbeteiligung im Landtag und Dr. Lars Brocker, Präsident des Landesverfassungsgerichtshofs – nahmen an der Diskussion teil. Inke Ried-Neumann brachte als Sprecherin der Bürgerinitiative Ludwigstraße in Mainz den Standpunkt der Bürgerbewegungen in die Debatte ein. Die Moderation dieser Auftaktveranstaltung wie auch der beiden Folgeveranstaltungen hatte Ralph Szepanski vom ZDF übernommen.

Die Veranstaltung machte eine Reihe von Problemen deutlich: Neben einem unterschiedlichen Verständnis, was Bürgergesellschaft leisten soll und kann, stand die Frage im Vordergrund, in wieweit neue Formen der Bürgerbeteiligung zur Privilegierung gesellschaftlicher Gruppierungen beitragen, die ohnehin schon Meinungsführer im politischen Diskurs seien.

Das gravierende Problem einer unzureichenden Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte an politischen Entscheidungsprozessen, stand im Mittelpunkt einer Folgeveranstaltung im November. Am 5. Dezember ging es schließlich um die Frage, welche Auswirkungen die „Bürgerbeteiligung im Netz“ auf die Politik haben kann, sei es durch basisorientierte Initiativen oder durch eine veränderte Dialogform zwischen Verwaltung, Politik und Bürger/innen. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Michael Hartmann, und Edgar Wagner, Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Rheinland-Pfalz, nahmen Bezug auf die Impulsreferate von Niklas Treutner, Vorstandsmitglied von Liquid Democracy e.V., und Valentina Kerst, Geschäftsführerin von topiclodge, Strategische Internetberatung, Köln.

Hartmann und Wagner warnten vor einer Überbewertung der neuen Interaktionswege. Vielmehr müssten neben allen Chancen auch die Risiken im Blick bleiben, die mit der Nutzung des Internet und großer digitaler Plattformen wie Facebook verbunden seien: Die Gefahr eines Datenmissbrauchs vor allem durch die Privatwirtschaft und die Marginalisierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen.

Für 2013 ist die Fortsetzung der Reihe mit einer Veranstaltung zum Thema „Bürgerbeteiligung bei der Realisierung von staatlichen und privaten Großprojekten“ geplant.

## KONZEPT DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS

Einen wichtigen Beitrag zur Diskussion des Konzepts des demokratischen Sozialismus lieferte Prof. Dr. Stefan Berger, seit 2011 Leiter des Instituts für soziale Bewegungen in Bochum. In dieser Funktion beschäftigte er sich unter anderem auch mit den deutsch-britischen Beziehungen. In einem Vortrag am 22. November in der FES Bonn, stellte er das Verhältnis von SPD und Labour Party zu Konzepten und Praxis des demokratischen Sozialismus dar. Dabei machte er deutlich, dass beide Parteien trotz zum Teil ganz anderer gesellschaftlicher Kontexte ähnliche Politikvorstellungen entwickelten, wobei sie grundlegend die Bedeutung der Demokratie im und für den Sozialismus unterschätzten.

## DIALOGPROGRAMM IN BRÜSSEL

Unter Leitung des ehemaligen tschechischen Premierministers Vladimir Spidla sowie der ehemaligen slowakischen Finanzministerin Brigitta Schmögnerova nahmen Absolventen der Akademie für Soziale Demokratie aus Bratislava und Prag an einem Dialogprogramm in Brüssel teil. Das Programm diente zum einen dem Kompetenzgewinn in zentralen europäischen Politikfeldern und zum anderen der Vernetzung mit den Entscheidungsträgern und Ansprechpartnern in den verschiedenen EU-Institutionen und Organisationen.

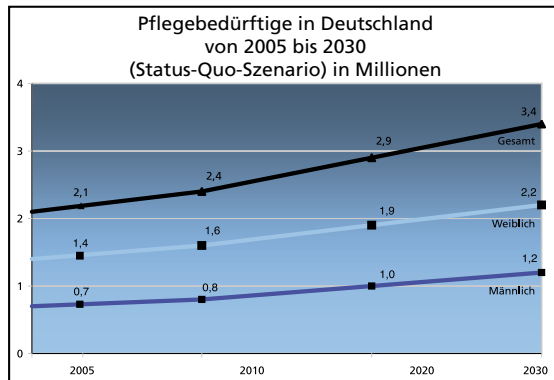
*Kurz notiert*

# WEICHENSTELLUNG FÜR NEUE PFLEGE

## VERGLEICH DER PFLEGESYSTEME IN SKANDINAVIEN UND DEUTSCHLAND

Die Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelt gemeinsam mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) ein Gesamtkonzept für eine Neuausrichtung der Pflegepolitik in Deutschland.

Ziel ist es, im Jahr 2013 eine handlungsorientierte Umsetzungsstrategie für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff vorzulegen. Dieser umfasst nicht nur physisch, sondern auch psychisch-ko-



gnitiv eingeschränkte (demente) Menschen und ermöglicht diesem wachsenden Personenkreis eine angemessene Versorgung.

Es geht um die Frage, ob in Deutschland eine professionelle Pflegeinfrastruktur ausgebaut

oder weiterhin primär auf private Arrangements gesetzt wird. Diese Arrangements umfassen im häuslichen Bereich die Arbeit von Familienangehörigen, ambulante Pflegedienste und – oft informelle – Beschäftigung von Migrantinnen. Die Zukunftsfähigkeit dieses Systems darf bezweifelt werden: Immer weniger Familienangehörige können oder wollen ihre Angehörigen pflegen. Zudem wächst die Zahl der allein lebenden Personen und die Beschäftigungsverhältnisse der Pflegekräfte in Privathaushalten sind unter sozialpolitischen Gesichtspunkten nicht hinnehmbar.

Wie es anders gehen könnte, zeigt die FES-Studie „Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem“, die die Pflegesysteme von fünf nordischen Staaten und Deutschland vergleicht. Die nordischen Staaten setzen auf eine leistungsfähige kommunale Infrastruktur, gute Arbeitsverhältnisse und einen hohen Anteil öffentlicher Finanzierung.

### WEITERE STUDIEN

[www.fes.de/wiso](http://www.fes.de/wiso)

### FES-Analyse

## BEISPIEL SCHWEDEN

### EHEGATTENSPLITTING ALS SCHRITT ZUR GLEICHSTELLUNG

Die deutsche Debatte zur Gleichberechtigung homosexueller Lebenspartner bei der Besteuerung, warf mal wieder generelle Zweifel an dem deutschen System des Ehegattensplittings auf. In

Schweden ist das Splittingverfahren schon lange Geschichte. Dort hatten bereits in den 70er Jahren Frauen gegen die gemeinschaftliche Besteuerung protestiert und bewirkt, dass diese abgeschafft wurde. Wie auch hier wurde in Schweden argumentiert und statistisch nachgewiesen, dass die gemeinschaftliche Besteuerung vor allem die männliche Alleinverdiener-Ehe in Familien mit hohem Einkommen begünstigte und so die Teilhabe verheirateter Frauen am Erwerbsleben verhinderte. Die Einführung der Individualbesteuerung in Schweden war daher ein entscheidender Schritt hin zur Gleichstellung von Mann und Frau. Ein Schritt, der in Deutschland noch vollzogen werden muss.

Anita Nyberg, Professorin für Gender Perspektiven in Arbeit und Wirtschaft an der Stockholm Universität, analysiert in der FES-Analyse mit dem Titel „Hintergründe zur Individualbesteuerung in Schweden“.

### Kurz notiert

### GUTES LEBEN IM ALTER

Die deutsche Bevölkerung wird immer älter, der demographische Wandel ist allgegenwärtig. Unsicher sind die Effekte der alternden Gesellschaft auf die Sozialsysteme. Über „Bedingungen für ein gutes Leben im Alter“ sprachen Franz Müntefering und Daniela Kolbe, MdB, im Rahmen einer Podiumsveranstaltung der FES in Leipzig. Bislang würden die zentralen Fragen der alternden Gesellschaft isoliert betrachtet, so Franz Müntefering. Aus seiner Sicht bedarf es vor allem fairer Löhne, um die Rentenkassen zu stabilisieren, der Stärkung Älterer am Arbeitsmarkt und besserer Vorsorge für zukünftig pflegebedürftige Menschen.

# VISIONEN FÜR GERECHTE KLIMAPOLITIK

Lernprojekt

## PLANSPIEL ZUR POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

Wie würde eine nachhaltige Klimapolitik aussehen, wenn die „junge Generation“ das Sagen hätte? Das internationale Lernprojekt „Shaping Globalization!“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, gab 33 jungen Nachwuchskräften aus Parteien, Gewerkschaften sowie jungen Wissenschaftler/innen und Aktivist/innen aus NGOs und Jugendorganisation die Gelegenheit, Visionen zu internationaler Klimapolitik und Nachhaltigkeit zu entwickeln.

Die Jugendlichen aus 17 Ländern – von Algerien bis zu den USA – würden sich beispielsweise auf eine verbindliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 60 Prozent bis 2050 für Industrienationen und um 35 Prozent für Entwicklungsländer festlegen. Die Entwicklung und der Ausbau von erneuerbaren Energien würde durch den Einsatz eines Klimafonds finanziert und ein Technologietransfer angestrebt.

Die Projektwoche startete mit einem Planspiel über die politische Entscheidungsfindung in der internationalen Klimapolitik. Die zähen und teilweise dramatischen Verhandlungen erinnerten an die reale Diplomatie. Den Jugendlichen fiel es nicht leicht, sich von den eigenen politischen Überzeugungen zu lösen, wenn beispielsweise ein US-Amerikaner in die Rolle des chinesischen Premierministers schlüpfen musste. Und obwohl ein gemeinsamer Vertrag ratifiziert wurde,

waren nicht alle mit den Ergebnissen ihres Verhandlungsgeschicks zufrieden. Artur aus Polen resümierte: „Die Simulation macht mir Angst. Wenn wir als Umweltaktivistinnen und -aktivisten schon solche Entscheidungen treffen, wie ist es dann erst um die wirklichen Diplomaten bestellt?“



*Den Jugendlichen fiel es nicht immer leicht, in fremde Rollen schlüpfen zu müssen (Foto: Schicke).*

In einer Ideenwerkstatt entwickelten die Teilnehmer/innen Konzepte zur Reform der Vereinten Nationen und zur Durchsetzung einer „Green Economy“. Die Ergebnisse werden in einer „Young Agenda on Climate Change“ zusammengefasst. Zahlreiche hochrangige Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft begleiteten das Projekt als Gesprächspartner und berichteten u. a. von ihren eigenen Verhandlungserfahrungen bei vergangenen Klimagipfeln.

## ANPASSUNGSPLAN GEGEN DEN KLIMAWANDEL

Seminarreihe

### REGIONALWORKSHOPS IN DER UKRAINE

Nach jüngsten Prognosen zum Klimawandel zeichnet sich für die Ukraine eine Erwärmungstendenz ab, die zu schweren Dürren und erhöhten Hitzewellen führt. Gleichzeitig werden Überschwemmungen und extreme Frostperioden erwartet.

Der Klimawandel ist in der Ukraine mehr als ein Umweltproblem, es ist auch eine Frage der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Sicherheit. Wenn der Staat nicht in der Lage ist, erfolgreich Herausforderungen wie Überschwem-

mungen, Dürre und Bodenerosion zu meistern, kann es zu Katastrophen und gesellschaftlicher Instabilität führen.

Ein nationaler Anpassungsplan an den Klimawandel fehlt in der Ukraine. Spät ist sich die Regierung der Dringlichkeit von Maßnahmen bewusst geworden. Die FES-Ukraine hat seit Mitte 2012 deshalb in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Agentur für Umweltinvestitionen eine Serie von regionalen Workshops organisiert, in denen Behörden, Wissenschaftler und Bürger-

initiativen über Anpassungsstrategien, die für jede Region anders aussehen müssen, beraten haben. Am Ende der Seminarreihe stehen die Ausarbeitung von praxisorientierten Bausteinen

zum nationalen Aktionsplan und Empfehlungen für lokale Behörden, die für eine wirksame nationale und lokale Politik auch ein Beitrag zur nachhaltigeren Entwicklung des Landes sein können.

### Workshop

## COP, REED+, RIO UND CO

### JUNGE JOURNALISTEN ENTWIRREN DAS KLIMAKAUDERWELSCH

Deklarationen von internationalen Megakonferenzen (sei es das Thema Klima, Wüstenbildung oder Biodiversität) lesen sich grundsätzlich holprig: Wir, die Staats- und Regierungschefs bekräftigen, fordern, erkennen an und bestärken. Aus dem diplomatischen und administrativen Kauderwelsch genau abzuleiten, was nun eigentlich beschlossen wurde, ist nicht einfach. Dass sich die NGO-Community, die diese Konferenzen begleitet und analysiert, dem Fachjargon der Konferenzen angepasst hat und ihre Verlautbarungen verklausuliert, macht es gerade jungen Journa-

listen schwer, sich in die Materie einzuarbeiten. Hier setzte der Workshop an, den die Friedrich Ebert Stiftung in São Paulo für Jungjournalisten, Blogger und PR-Experten von sozialen Bewegungen organisierte. Ziel war es, zu vermitteln, wie die komplexen Verhandlungsstrukturen in-

*Hartnäckigkeit und Studieneifer sind gefragt, will man sich in den Abkürzungen und politischen Hintergründen der internationalen Klimaverhandlungen zurechtfinden.*



### Kurz notiert

### KOMPLEXE THEMEN VEREINFACHEN

Eine Gruppe deutscher Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten hatte während eines viertägigen Aufenthalts im FES-Europabüro in Brüssel u. a. Gelegenheit, in Gesprächen mit Brüsseler Korrespondenten Einblicke in deren Arbeitserfahrungen zu erhalten. Dabei wurde deutlich, dass eine zentrale Hürde für die EU-Berichterstattung darin besteht, sehr komplexe Themen vereinfacht darzustellen und einen Bezug zum Alltagserleben einer breiten Öffentlichkeit herzustellen. Weitere Hintergrundgespräche bildeten die Grundlage für eigene Beiträge im Rahmen einer Schreibwerkstatt unter professioneller Anleitung.

### ECHTER DIALOG

Experten aus den Bereichen Klima-, Energie- und Sozialpolitik tauschten sich bei einer Tagung des „International Centre for Sustainable Development“ (ICTSD) und dem Genfer FES-Büro über mögliche alternative Entwicklungsmodelle Chinas aus. Der Mix aus Fachleuten direkt aus China und anderen internationalen Experten gründete die Basis für einen echten Dialog mit fundierten und teilweise auch überraschenden Beiträgen. Inhaltliche Denkanstöße der Veranstaltung:

[www.bridges-china.com/sites/](http://www.bridges-china.com/sites/)

ternationaler Klima- und Nachhaltigkeitsregime funktionieren und wie man sich im journalistischen Alltag kritisch mit dem Nachhaltigkeitsthema auseinandersetzen kann.

„Kritisch sein, das ist gar nicht so einfach“, gibt Thaís Brianezi zu – selbst Journalistin und Workshopmoderatorin. „Das setzt voraus, dass man das Gesamtsystem versteht, die vorhandenen Fakten und Positionen analysieren und gegeneinander abwägen kann.“

Es ging es auch um Bewusstseinsbildung: „Klima und Nachhaltigkeit sind für mich weniger ein Thema, als ein Blickwinkel auf unsere politische Realität. Die Nachhaltigkeitsbrille sollte nicht nur zu den Grosskonferenz herausgeholt werden, sondern das journalistische Schaffen generell begleiten“ unterstreicht Carolina Derivi, freie Journalistin mit Fokus auf Umweltpolitik. Am Ende des Workshops konnte die Pressemeute ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen und brachte Aron Belinky, der sich von der Umweltorganisation Vitae Civilis als Experte für eine Pressekonferenz zur Verfügung gestellt hatte, mit ihren Fragen ganz schön ins Schwitzen. Eine Auswahl der so entstandenen Artikel lässt sich auch im Blog von [www.fes-sustainability.org](http://www.fes-sustainability.org) finden.



# ECHE UND GEFÜHLTE BEDROHUNG

## REFORMEN FÜR MEHR SICHERHEIT IN LATEINAMERIKA

Öffentliche Sicherheit, Schutz vor Gewalt und Kampf vor allem gegen die organisierte Kriminalität stehen in allen Ländern Lateinamerikas ganz weit oben auf der politischen Agenda. Selbst in Staaten mit vergleichsweise geringer Kriminalität, wie etwa in Costa Rica, Chile oder Uruguay, gibt es eine „gefühlte Bedrohung“ in der Bevölkerung, die, verstärkt durch die Sensationspresse, Beifall für Law-and-Order-Parolen garantiert.

Fortschrittliche Parteien, die in langfristigen Konzepten auch Prävention, Rehabilitation und sozialpolitische Maßnahmen in den Blick nehmen, geraten rasch in den Verdacht, die Angst der Bevölkerung nicht ernst zu nehmen – eine in Wahlzeiten vernichtende Kritik.

Die Büros der FES in Zentralamerika bearbeiten seit langem in nationalen und regionalen Foren Fragen der öffentlichen Sicherheit. Dabei soll die erfolglose, rein repressive Kriminalpolitik in um-

fassendere Reformkonzepte eingebettet werden: Reformen von Justiz, Polizei, Gefängnissen, Opferschutz, Rehabilitation.

Nicht nur in Lateinamerika sind vor allem Frauen besonders schutzlos gegenüber öffentlicher und privater Gewalt. Das Bewusstsein einer speziellen Gefährdungssituation von Frauen ist selbst bei Experten nur gering. Ein Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Frauen und öffentliche Sicherheit“ in Costa Ricas Hauptstadt San José, war ein wichtiger Schritt, um Sensibilität bei den Vertretern der Sicherheitspolitik für einen genderspezifischen Fokus überhaupt erst zu fördern. Dass neben Parlamentarierinnen und Wissenschaftlerinnen auch die Vizeministerin für Sicherheit und Polizei die Relevanz dieses Themas unterstrich, belebt die Hoffnung auf eine zukünftig wirklichkeitsnähere Sicherheitsstrategie.

# „NEUE VÄTER“ BRAUCHT DAS LAND

## ELTERNZEIT IN ISLAND UND SCHWEDEN

Island gilt bezüglich Elterngeld und –zeit als fortschrittlichstes Land. Grundstein hierfür war ein Gesetz aus dem Jahr 2000, das die Elternzeit auf neun Monate verlängerte und die 3-3-3-Regelung einführt: Drei nicht übertragbare Monate für den Vater, drei nicht übertragbare Monate für die Mutter und drei Monate, die zwischen den Eltern nach eigenem Wunsch aufgeteilt werden können. Dadurch hat sich der Anteil der Väter in Elternzeit deutlich erhöht. Ebenso haben Väter auch im Anschluss meist generell ihre Arbeitszeit reduziert und mehr im Haushalt mitgearbeitet, berichtete der Sozialwissenschaftler Ingólfur V. Gíslason im Rahmen einer Veranstaltung zur Elternzeit von Vätern bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Joa Bergold vom schwedischen Gewerkschaftsdachverband LO und Thomas Johansson, Prof. für Bildung an der Universität Göteborg, berichteten von den schwedischen Erfahrungen zur Elternzeit. In Schweden ist es gesellschaftlich kaum akzeptiert, die 16 Monate der Elternzeit nicht gleichmäßig aufzuteilen. Allerdings

stehen Arbeitgeber den Vätermönaten immer noch eher negativ gegenüber, vor allem wenn sie zwei Monate übersteigen. Aber welcher Typ Vater nimmt eigentlich mehr als zwei „Papamonate“? Es sind vor allem Männer mit flexiblen Arbeitszeiten und Männer, deren Frauen mehr verdienen als der Mann.

Volker Baisch von der Väter GmbH betonte, dass in Deutschland die Väter meist gar nicht wissen, welche Rechte sie vor allem gegenüber ihrem Arbeitgeber haben. Wie könnte man also eine Reform, wie in Island auch in Deutschland umsetzen? Christina Schildmann von der Friedrich-Ebert-Stiftung fasste dazu eine Aussage von Ingólfur Gíslason passend zusammen: „Der Leistungsdruck muss groß sein, sie darf nichts kosten, sie muss von einer konservativen Regierung eingeführt werden, um auch die Zustimmung der traditionell denkenden Bevölkerungsteile zu bekommen, dann kann eine solche 3-3-3-Regelung wie in Island auch hier erfolgreich sein“.

Expertinnen-  
gespräch

## SCHLUSS MIT GEWALT

### EUROPÄISCHE POLITIK IM VERGLEICH

Das Thema Gewalt gegen Frauen hat in den vergangenen Jahren auch auf europäischer Ebene an Aufmerksamkeit gewonnen. Einer von fünf Frauen in der EU widerfährt häusliche Gewalt; jede zehnte wird vergewaltigt oder zu sexuellen Handlungen gezwungen.

So rufen das Europäische Parlament und der Ministerrat dazu auf, eine europäische Strategie und einen Aktionsplan zu entwickeln. Unter Federführung der Europäischen Frauenlobby

(EWL) und mit Unterstützung des Europabüros der FES, kamen Anfang Oktober Expertinnen aus ganz Europa zusammen, um Vergleiche nationaler und europäischer Politik anzustellen. Das Treffen bot zudem Gelegenheit die Publikation „Barometer on Rape 2013“ weiter auszuarbeiten. Das Barometer soll im kommenden Jahr vorgestellt werden und will mehr Transparenz in die Vergewaltigungsstatistiken in Europa bringen.

Gedenk-  
veranstaltung

## MANN DES DEUTLICHEN WORTES

### WÜRDIGUNG KURT SCHUMACHERS

Die Kurt-Schumacher-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel war ein angemessener Ort, um die politische Arbeit Kurt Schumachers an dessen 60. Todestag, dem 20. August, zu würdigen. **Prof. Dr. Peter Brandt, Mitglied des Vorstandes der FES** (Bild), be-

schrieb Schumacher als einen Mann des deutlichen Wortes. Unvergessen sei seine mutige und scharfe Rede im Deutschen Reichstag gegen die Nationalsozialisten, die schärfste Attacke in der deutschen Parlamentsgeschichte. „Wenn wir irgendetwas beim Nationalsozialismus anerkennen, dann ist es die Tatsache, dass ihm zum ersten Mal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist“, so Schumacher im Februar 1932. Demokratie sei für Schumacher nur als parlamentarische Demokratie denkbar gewesen. Und: Schumacher sei ein Patriot gewesen, der sich der Einheit Deutschlands verpflichtet gefühlt habe. Gerade in den letzten Lebensjahren sei sie für ihn das Maß aller Dinge gewesen, schloss Brandt.



(Foto: Hering-Heidt)

## NEUE BLICKWINKEL

Mit neueren Forschungsansätzen der Industrie- und Arbeitergeschichte beschäftigte sich eine Tagung des Archivs der sozialen Demokratie Mitte November in Bonn. Untersucht wurden die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und den verschiedenen Interessengruppen innerhalb von Wirtschaftsbetrieben: Belegschaft, Unternehmensleitungen und Aufsichtsräten, der innerbetrieblichen Bürokratie und Experten.

Betrachtet wurde aber auch der Wandel der Stellung von verschiedenen Beschäftigtengruppen und die Auswirkungen auf betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Organisation. Welchen Veränderungen unterlagen betriebliche Strategien der Gewerkschaften zur Rekrutierung der verschiedenen Gruppen von Beschäftigten? Und wie passten auf der anderen Seite Akteure aus den verschiedenen Gruppen ihre Strategien an geänderte Arbeitswelten an, um ihre (Selbst-) Organisation voranzutreiben und zu stärken?

Die Tagung war eine Kooperation der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung. Beide Stiftungen arbeiten gemeinsam an dem Projekt „Jüngere und jüngste Gewerkschaftsgeschichte“.

# FUSSBALL, RADIO UND DEMOKRATIE

## DREI AUSZEICHNUNGEN FÜR ENGAGEMENT

Schon zum sechsten Mal wurde der Engagementpreis vergeben. Bewerben konnten sich die verschiedensten nationalen und internationalen Initiativen sowie ehrenamtliche Projekte. Einzige Bedingung: Das Engagement von ehemaligen oder aktuellen FES-Stipendiat/innen sollte maßgeblich für das jeweilige Projekt sein. Überreicht wurden die Preise von Peter Struck, der die Übereinstimmung des Engagementpreises mit den Zielen der FES betonte: „Die drei Gewinner des diesjährigen Engagementpreises verfolgen in beeindruckender Weise die Ideale Friedrich Eberts: Sie fördern die internationale Verständigung, ermöglichen soziale Teilhabe oder unterstützen demokratische Prozesse.“

Den ersten von drei Preisen erhielt das Projekt „Discover Football 2013 – Mädchen-camp“. Das Projekt des Vereins „Fußball und Begegnung e.V.“ ist eine Initiative, die die internationale Begegnung von fußballspielenden Frauen fördert. Anlass für das gesellschaftspolitische Engagement war das erste öffentliche Spiel der iranischen Frauen-Nationalmannschaft in Teheran nach der Revolution von 1979 im Jahr 2006. „Für uns ist der Preis eine tolle Auszeichnung und Anerkennung

für die ehrenamtliche Arbeit“ freut sich die ehemalige FES-Stipendiatin Sara Schlote, die seit 2009 den internationalen Kultur-Austausch von Fußballerinnen mit organisiert und auch selbst kickt. Den zweiten und dritten Preis haben die Initiativen „Radio+“ und „Lokale Demokratie beleben“ erhalten. Die Initiative „Radio+“ hat zum Ziel, afrikanische und deutsche Studierende



Für das Projekt „Discover Football 2013 – Mädchen-camp“ überreichte Peter Struck den Engagementpreis an Fritzi Faust und Sara Schlote.

zusammenzubringen, die sich in Universitätsradios engagieren. „Lokale Demokratie beleben“ ist eine Initiative aus Sachsen, deren Mitglieder sich für eine bessere Bürgerbeteiligung stark machen.

MEHR INFOS  
[www.engagementpreis.de](http://www.engagementpreis.de)

## „EIN FREIWILLIGES SOZIALES JAHR“

Nach meinem Abitur im Sommer 2011 beschloss ich, einen Freiwilligendienst abzuleisten, um auch Erfahrungen außerhalb von Schule und Universität sammeln zu können. Da ich mich schon immer sehr für Politik interessierte, hielt ich ein Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben für eine gute Möglichkeit, diese Erfahrungen zu gewinnen. Dabei reizte mich gerade die Arbeit bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, da ich mir erhoffte, Einblicke in die Schnittstelle zwischen Politik und Gesellschaft zu bekommen. So bekam ich die Möglichkeit für ein Jahr Teil des Teams des Landesbüros Sachsen-Anhalt in Magdeburg zu sein.

Zu Beginn meines Jahres wurde die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ in die Arbeit des Landesbüros aufgenommen, und sie wurde zu einer meiner Hauptaufgaben (...). Am Anfang entwickelten wir einen Leitfaden, mit dem wir interessierte Schülerinnen und Schüler dazu ausbildeten, Mitschüler durch die Ausstellung zu führen und mit ihnen über die verschiedenen Themen diskutieren zu können. Außerdem richteten wir Einführungsseminare aus, die ich immer selbständiger durchführte. Dabei zeigte ich engagierten Schülerinnen und Schülern die Ausstellung und gab Tipps und Anregungen zur Führung. (...)

In einigen Schulen gestaltete es sich zunächst schwierig, Diskussionen in Gang zu bringen. Andersorts wiederum schafften wir es kaum, alle Tafeln zu besprechen, da wir ständig in Diskussionen über Rechtsextremismus, Toleranz und Demokratie abschweiften. (...)

*Christof Wittmaack*

# WIRTSCHAFT, ARBEIT, SOZIALES MITWIRKEN

*Erfahrungsaustausch*

## SPART SICH SÜDEUROPA ZU TODE?

**GEWERKSCHAFTER UND WISSENSCHAFTLER ZUR AUSTERITÄTSPOLITIK**

„Wir laufen Gefahr, am Ende nicht mit weniger Aufwand mehr leisten zu können, sondern für weniger Leistung noch mehr aufwenden zu müssen“, so fasste Richard Pond vom Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) jene Sorge zusammen, die im Zentrum eines zweitägigen internationalen

Workshops zur Krise in der Eurozone und den Folgen der Sparpolitik für den öffentlichen Sektor stand. Dazu hatten die Abteilungen Internationaler Dialog und Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES Wissenschaftler und Gewerkschaftsvertreter aus Deutschland, Polen, Spanien und Ungarn im September nach Berlin eingeladen.

Der länderübergreifende Erfahrungsaustausch offenbart bei aller Variation im Detail eine weitgehende Vergleichbarkeit im Ganzen: Die Sparmaßnahmen zu denen einige Länder angehalten werden, konzentrieren sich vorrangig auf den öffentlichen Sektor und die öffentliche Versorgung (Gesundheit, soziale Sicherung, Renten), ohne dass eine Folgenabschätzung vorgenommen wird. In Südeuropa zeichnet sich bereits ab, dass die unmittelbaren Einsparungen bereits mittelfristig durch höhere gesellschaftliche Folgekosten konterkariert werden.

So war es auch einer Gruppe portugiesischer Gewerkschaftsvertreter wichtig, während ihres einwöchigen Dialogprogramms in Brüssel gegenüber europäischen Gewerkschaftsverbänden immer wieder eindrücklich klarzustellen, dass ein reines Austeritätsprogramm ohne Wachstumsimpulse, auch Portugal in eine fatale Abwärtsspirale führt.

*Kurz notiert*

### HINTERGRUNDGESPRÄCHE ZUR FINANZKRISE

Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung setzte sich in seinen Hintergrundgesprächen insbesondere mit Aspekten der Euro- und Finanzkrise, sowie der wirtschaftspolitischen Programmatik der SPD auseinander. Zu den Gesprächspartnern zählten u. a. Bundesbankpräsident Jens Weidmann, der sich der Diskussion um seine kritischen Positionen zum Krisenmanagement der Europäischen Zentralbank stellte. Martin Blessing, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank, der Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte kommentierte sowie Hubertus Heil, der das Konzept einer starken, zukunftsorientierten, sozialdemokratischen Industrie- und Arbeitsmarktpolitik darstellte.

# MEHRWERT ODER NOTWENDIGES ÜBEL?

## DIE MARKTMACHT VON RATINGAGENTUREN

„Euro-Rettungsschirm verliert sein Spitzenrating“. Mit dieser Ankündigung haben die Ratingagenturen für Unmut bei den deutschen und europäischen Politiker gesorgt, die daran arbeiten, die Ursachen der Finanzmarkt- und Refinanzierungskrise zu bekämpfen. Der Einfluss der „Großen Drei“, den Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch, wird auch im Managerkreis der FES sehr kritisch gesehen. In einer Analyse der Arbeitsgruppe Finanzpolitik hinterfragen die Autoren die Marktmacht der Ratingagenturen. Vor dem Hintergrund der Ende November abgeschlossenen Verhandlungen von Europäischem Rat, Parlament und der Kommission zur weiteren Regulierung von Ratingagenturen, diskutierten Vertreter der Finanzwirtschaft, der europäischen Institutionen und Think Tanks mit Mitgliedern des Managerkreises in Brüssel über den Nutzen von Ratingagenturen.

Die ausgewogene Bewertung von komplexen Finanzprodukten benötigt ein hohes Maß an

Fachwissen, das kleine und mittlere Investoren und Finanzinstitutionen nicht selbst sammeln können. Diese Gruppen sind daher auf externen Sachverstand, also auf Dienstleistungen der Ratingagenturen, angewiesen. Kritisch werde es jedoch, wenn die Bewerter gleichzeitig auch eigene

Finanzprodukte verkauften oder aufgrund ihrer Eigentümerstruktur nicht objektiv bewerten können. Auch das bestehende Bezahlmodell, bei dem nicht die Investoren sondern die Emittenten für externe Einschätzungen zahlen, sorgt für einen inhärenten Interessenskonflikt. Während die Diskutanten den Ratings allgemein durchaus einen wichtigen Nutzen zuschreiben, wird deren Urteil beispielsweise als Voraussetzung zum Halten von Wertpapieren, sehr kritisch beurteilt.



### DIE ANALYSE

„Ratingagenturen – Sind sie notwendig, überflüssig, notwendiges Übel oder schädlich?“

[http://managerkreis.de/media/MK\\_Ratingagenturen\\_November2012.pdf](http://managerkreis.de/media/MK_Ratingagenturen_November2012.pdf)

# EINIG IM ZIEL – UNEINIG ÜBER DEN WEG

## ZUKUNFTSSZENARIEN EUROPAWEIT DISKUTIERT

An 15 Orten in Europa hat die Friedrich-Ebert-Stiftung vier Zukunftsszenarien für die Eurozone in Dialogveranstaltungen mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutiert und weiterentwickelt.

Die schwerste Krise der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion lässt vier unterschiedliche Zukunftsszenarien bis ins Jahr 2020 möglich erscheinen:

„**Muddling through**“: Das Krisenmanagement wurstelt sich durch; die Eurozone bleibt ein Haus ohne schützendes Dach.

„**Auseinanderbrechen**“: Staaten verlassen die Eurozone; das Euro-Haus fällt in sich zusammen.

„**Kerneuropa**“: Aufspaltung in zwei Integrationsgruppen innerhalb der Eurozone; ein kleines und stabiles, doch exklusives Euro-Haus entsteht.

„**Vollendung**“: Die Währungsunion wird durch eine fiskalische und politische Union ergänzt, das Dach des Euro-Hauses ist repariert und die Bauarbeiten sind beendet.

In den Debatten an 15 europäischen Orten bestand große Einigkeit darin, dass ein Szenario (B) des Auseinanderbrechens der Eurozone verhindert werden müsse. In den meisten Ländern wurde Szenario (A) des „Durchwurstelns“ als ak-

tuelle Zustandsbeschreibung des dominierenden Krisenmanagements empfunden. Während man auf den Veranstaltungen in den Krisenländern Griechenland, Spanien und Portugal, aber auch in Deutschland, Szenario (A) als Sackgasse bewertete, das mittelfristig in einen Zerfall der Währungsunion münden muss, wurden in Polen, Slowenien und Frankreich Stimmen laut, die sich für ein ambitionierteres, doch weiterhin schrittweises Krisenmanagement aussprachen. Szenario (D) einer Vollendung der Währungsunion durch eine Fiskal- und politische Union ist

quer durch Europa das bevorzugte Szenario, zugleich wird es aber als großer Integrationsschritt als unrealistische Perspektive eingestuft. Nur in einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten mit einer zeitweise voranschreitenden Avantgarde bestünde die Chance zur Verwirklichung von Szenario (D). Ein Workshop in London kam zu dem paradoxen Ergebnis, dass Großbritannien zwar weitere vertiefende Integrationsschritte ablehnt und einen Austritt aus der EU erwägt, zugleich aber den Ausbau der heutigen Währungsunion zur Fiskalunion befürwortet. Die Möglichkeit der Ausbildung eines harten Integrationskerns innerhalb der Eurozone, wie es Szenario (C) beschreibt, war heftig umstritten: So wurde in Finnland und Estland offen die Idee einer eigenen, nordischen Währungsgemeinschaft diskutiert, während in den meisten süd- und osteuropäischen Staaten eine Aufspaltung in Kern und Peripherie als Vorstufe zum Auseinanderbrechen der Eurozone gesehen wurde.



Die Debatten über die Zukunftsszenarien wurden in 15 Städten Europas geführt.

ANIMATIONSVIDEO  
IM FES-YOUTUBE-KANAL  
[www.fes.de/lnk/kd](http://www.fes.de/lnk/kd)

Gerechtigkeits-  
woche 1

## DAS ENDE EINES KRANKEN SYSTEMS?

### KONSEQUENZEN DER GRIECHISCHEN SPARPOLITIK

„Gerechtigkeit? Das gibt es nicht.“ Dieses Resümee zog Elias Tsolakidis, Held der Kartoffelbewegung, in der Diskussion über die griechische Sparpolitik, die am 26. November den Auftakt für die Gerechtigkeitswoche der FES bildete. Dass gespart werden muss, hätten die meisten Griechen längst akzeptiert. Die Sparmaßnahmen betreffen die griechische Bevölkerung aber höchst unterschiedlich und damit drohen drastische Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft. Über die Konsequenzen diskutierten Bürgerrechtler Tsolakidis, die Bundestagsabgeordnete Elke Ferner, Claudia Menne vom Europäischen Gewerkschaftsbund und der griechischen Wissenschaftler Dimitris Sotiropoulos.

Besonders hart würden etwa Bauern und kleine Selbständige von den Einsparungen getroffen; Unternehmer sowie Angestellte in Staatsbe-

trieben oder Behörden hätten bislang keinerlei Veränderung zu spüren bekommen, so Sotiropoulos. Als höchst problematisch sahen alle Diskutanten die weit verästelte Vetternwirtschaft und Korruption. Es sei natürlich kein Zufall, dass beispielsweise alle Beschäftigten auf der Akropolis aus demselben kleinen Ort stammen, bemerkte Tsolakidis. Und dass viele Selbständige, vom Discobesitzer bis hin zum Anwalt, bei ihrem zu versteuernden Jahresgehalt absurd niedrige Summen angaben, sei ebenso allgemein bekannt gewesen. Elke Ferner pflichtete bei, dass auch große deutsche Unternehmen vom Prinzip des Wegschauens in Griechenland profitiert hätten. Tsolakidis konstatierte: „Wir alle sind mitverantwortlich dafür, dass das kranke System so lange überleben konnte.“

# UNTERSCHIEDLICHE PRIORITÄTEN

Kooperations-  
veranstaltung

## FÜNFTER RUSSISCH-DEUTSCHER SOZIALDIALOG

Einen Widerspruch zwischen der Budgethoheit des Parlaments und einem zivilgesellschaftlichen Drängen auf Mitsprache in Haushaltsangelegenheiten muss es nicht geben. Wenn Verbände konsultiert und deren Empfehlungen angemessen berücksichtigt werden, gewinnt die Gesetzgebung und die Legitimität des Parlaments steigt. So fasste der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Eichel die Rolle zivilgesellschaftlicher Gruppen bei der Haushaltsplanung zusammen.

Mit deren Bedeutung befasste sich der fünfte russisch-deutsche Sozialdialog, den der Moskauer Think Tank INSOR, das Institut für moderne

Entwicklung und die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam im November in Moskau organisierten. Für Russland stellten mehrere Redner die Sinnhaftigkeit einer zivilgesellschaftlichen Beteiligung generell in Frage. Eine Demokratie brauche Steuerzahler – und daran, nicht an irgendwelchen Mitbestimmungsrechten, kranke die russische Gesellschaft. Die vorgestellten Beispiele von Bürgerhaushalten deutscher Kommunen hinterließen aber kaum Eindruck. Für die russischen Teilnehmer standen auf der kommunalpolitischen Problemliste die Eindämmung von Korruption und infrastrukturelle Grund Sicherung an erster Stelle.

# MUSTERLAND IM NORDEN

Expertengespräch

## DIE KRISE AUS ESTNISCHER SICHT

Die Folgen der Verschuldungskrise für die Stabilität des Euro und den Zusammenhalt in der EU standen am 30. November auf der Tagesordnung einer internationale Konferenz in Tallin, Estland, organisiert von dem Estonian Foreign Policy Institute und der FES-Estland.

Die Wirtschaftsprofessorin Maria Joao Rodrigues, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zukünftige Szenarien für die Eurozone entwickelt hat, diskutierte mit Vertretern der Regierung, des Parlaments und der estnischen Zentralbank über die Risiken von Anleihekäufen durch die Europäische Zentralbank und die Vor- und Nachteile von Eurobonds.

Es wurde deutlich, dass Estland nur begrenzt bereit ist, Länder wie Griechenland oder Spanien zu unterstützen. Estland hat den Arbeitsmarkt liberalisiert – mit allen bekannten Nachteilen für die Arbeitnehmer. Der stellvertretende Direktor der estnischen Zentralbank sowie der Direktor für EU-Angelegenheiten im Präsidentenbüro rechtfertigten die harten Einschnitte. Sonst hätte Estland keine Chancen gehabt, die Krise zu bewältigen, die Stabilitätskriterien zu erfüllen und wieder eine relativ hohe Wachstumsrate zu erreichen. Die estnischen Vertreter waren parteiübergreifend der Meinung, dass ihre Politik auch in anderen Ländern zu Stabilität und Wachstum führen würde.

# NICHT ALLES GOLD

Gerechtigkeits-  
woche 2

## SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN IN DEN NORDISCHEN STAATEN

Hohe Steuern und hohe Sozialausgaben – Was ist dran an dem Mythos des Steuermodells der nordischen Staaten? So einfach wie es scheint, ist es nicht, erläuterten deutsche und nordische Expertinnen und Experten im Rahmen der Gerechtigkeitswoche auf der Veranstaltung „Vorbild Skandinavien: Gerechte Steuerpolitik ist möglich!“. Die hohen Sozialausgaben der nordischen Staaten erwiesen sich allerdings nur als ein Teilaspekt. Viel entscheidender sei dort die so genannte administrative Sozialpolitik in Form von staatlichen

Behörden, die soziale Dienstleistungen in Familien-, Gesundheits- und Jobcentern o.ä. anbieten. Diese Form der sozialen Dienstleistungen genießt in den nordischen Staaten ein hohes Maß an Akzeptanz und dient in ganz herausragendem Maß der Herstellung von Gleichheit. Heute seien allerdings auch im Norden die Folgen der „permanent austerität“ in Form von Konsolidieren, Sparen und Rückführen zu beobachten. Nicht immer ist der Norden noch ein Vorbild – manchmal muss man jetzt auch dort genauer hinsehen.

# FREIWILLIG GENÜGT NICHT

## UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG UND TRANSPARENZ

Immer mehr Unternehmen erstellen freiwillig Nachhaltigkeitsberichte, in denen sie über die ökologischen und sozialen Aspekte ihres Handelns berichten. Bei näherem Hinsehen weisen diese freiwilligen Berichte jedoch Defizite hinsichtlich ihres Informationsgehaltes, ihrer Aussagekraft und ihrer Vergleichbarkeit auf. Fehlende gesetzliche Vorgaben und Standards verleiten die Unternehmen offenbar dazu, möglichst positiv und offenbar nicht immer vollständig zu berichten. „Eine gesetzliche Verpflichtung zu mehr Transparenz wäre ein Schritt vorwärts“, schlussfolgert daher Dr. Gisela Burckhardt, Vertreterin im CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung und Verfasserin einer FES-Studie über soziale Indikatoren in Nachhaltigkeitsberichten.

Dass es bereits Anknüpfungspunkte zu einer gesetzlichen Verankerung entsprechender Offenlegungspflichten im deutschen Recht gibt, zeigt eine weitere FES-Studie: „Verantwortung braucht Transparenz“, erstellt von ein Projektteam unter der Leitung der Arbeitsrechtsexpertin Prof. Eva Kocher. Je nach Ausgestaltung als Auskunftspflicht, Informations- oder Berichtspflichten wären entsprechende Ergänzungen im Verbraucher-, Wettbewerbs- oder Gesellschaftsrecht möglich. Am Ende wird es entscheidend sein, dass auch Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen eine vollständige Offenlegung bestehen.

Zur Diskussion über die Notwendigkeit, aber auch über die Hürden und Probleme gesetzlicher Offenlegungspflichten luden die FES und das WSI in der Hans-Böckler-Stiftung im November nach Berlin ein. Während Micha Heilmann, Justiziar und Leiter des Hauptstadtbüros der Gewerkschaft NGG, hervorhob, dass gesetzliche Offenlegungspflichten fairen Wettbewerb förderten, warnte Heribert Jöris, Geschäftsführer beim Handelsverband Deutschland, vor einer Überforderung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen durch zu hohen bürokratischen Aufwand.

### Kurz notiert

## EUROPÄISCHEN DIALOG DER GEWERKSCHAFTEN

Wie kann das Credo von Deregulierung und Privatisierung überwunden werden? Zum dritten Mal in Folge brachten die Hans-Böckler-Stiftung, der Deutsche Gewerkschaftsbund, das Europäische Gewerkschaftsinstitut und die Friedrich-Ebert-Stiftung Brüssel ein breites Spektrum an Vertreter/innen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft zum Europäischen Dialog der Gewerkschaften zusammen. Vor allem die Gleichzeitigkeit von Privatisierung und Deregulierung wurde als besonders problematisch angesehen. Es gelte zu verhindern, dass die kurzfristigen Gewinne privatisiert und die langfristigen Risiken vergemeinschaftet werden.

### DIE STUDIEN IN DER REIHE WISO-DISKURS

*Gisela Burckhardt: Soziale Indikatoren in Nachhaltigkeitsberichten: freiwillig, verlässlich, gut?*

*Eva Kocher, Alexander Klose, Kerstin Kühn, Johanna Wenckebach: Verantwortung braucht Transparenz: die rechtliche Verankerung unternehmerischer Pflichten zur Offenlegung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen*

## GIBT ES ETHIK IN DER WIRTSCHAFT?

Unternehmen, die ihre Strategien und ihr tägliches Handeln an ethischen Prinzipien orientieren, werden langfristig erfolgreich am Markt sein, so die übereinstimmende Einschätzung des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Dr. Werner Müller und Nikolaus Schneider, Vorsitzender des Rates der EKD in Köln. Auf Einladung des Managerkreises NRW der FES diskutierten sie am 30. November 2012 in Köln unter der Fragestellung „Ethische Unternehmensführung – Ein Gewinn?!“, über die Anforderungen an Unternehmen, Politik und Wirtschaft in Zeiten der Wirtschafts-, Banken- und Finanzkrise. Präses Schneider appellierte insbesondere an die Politik, die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen, um unethisches Handeln in Form von schlechten Arbeitsbedingungen, unfairem Welthandel oder schädlichen Kartellen weitgehend einzudämmen. Laut Werner Müller erkenne die Wirtschaft selbst, dass moralisches Handeln Teil guter Unternehmens- und Mitarbeiterführung sei.



# ARBEITSMARKT NEU JUSTIEREN

## BEFUNDE DES ERSTEN GLEICHSTELLUNGSBERICHTS

Die Frage, wie wir zukünftig leben wollen, lässt sich nicht trennen von der Frage, wie wir zukünftig arbeiten werden. Welche Gestaltungsspielräume und Handlungsalternativen auf betrieblicher, gesellschaftspolitischer sowie eigenverantwortlicher Ebene möglich sind, beleuchtete das zweite Fortschrittsforum Niedersachsen unter Leitung von Edelgard Bulmahn, MdB. Angestoßen wurde die Debatte durch Prof. Dr. Ute Klammer, Vorsitzende der Sachverständigenkommission Gleichstellung der Bundesregierung, die anhand ihrer Befunde, die sie im Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung 2011 veröffentlicht hat, Probleme sowie anregende Maßnahmen vorstellte.

Zu beobachten ist, dass Frauen ungewollt immer häufiger in die Teilzeitbeschäftigung rutschen, während sich bei Männern die Überstunden auf-türmen, so Prof. Klammer. Aus ihrer Sicht gibt es eine große Diskrepanz zwischen dem, was sich Menschen wünschen und dem, was die Arbeitsmarktmöglichkeiten in Deutschland bieten. Um die Situation auf dem Arbeitsmarkt sozialer und im Sinne einer „Work-Life-Balance“ zu gestalten, müsse sich das Arbeitsverhältnis an den Lebensphasen und familiären Anforderungen der Beschäftigten orientieren. Nur so sei es möglich einen „Work-Family-Conflict“ zu umgehen. Sie schlägt eine tarifliche und gesetzliche Regelung vor, die die Unternehmen zum Handeln zwingt.

*Empfehlung*

# KREATIVE FÖRDERN

## STUDIE DES ARBEITSBEREICHS NACHHALTIGE STRUKTURPOLITIK

Mehr als eine Million Menschen arbeitet in Deutschland in der Kreativbranche und generiert inzwischen einen jährlichen Umsatz von 132 Milliarden Euro. Grund genug für den Arbeitskreis Nachhaltige Strukturpolitik der FES im November eine neue Studie vorzustellen, die untersucht, wie Kreative und Künstler wirtschaftlich gefördert werden können. Zu ihnen zählen neben Bildhauern, Malern und Schriftstellern auch Designer, Filmemacher, Architekten, Werber und nicht zuletzt Computerspiele-Entwickler und Software-Programmierer. Sie alle bilden einen Wirtschaftsbereich, der für die moderne Wissensgesellschaft unverzichtbar geworden ist. Sehr viele Kreative arbeiten jedoch in prekären Verhältnissen, der Wettbewerb vor allem in den großen Städten ist enorm. Nicht selten sind die selbstständigen Kreativen nicht in der Lage ihre Altersversorgung zu planen oder Rücklagen zu bilden. Der planlose Künstler, der keine Ahnung hat, wie man einen Businessplan erstellt, ist genauso Kli-

schee wie wahr. Um Kreativen die Angst vor dem Gespenst Ökonomie zu nehmen, sollte es unternehmerische Begleiter geben, meint zumindest Matthias Rewig. Der Sounddesigner ist mit seinem Unternehmen nhb inzwischen weltweit



aufgestellt und kennt den steinigen Weg des Gründers. „Die wenigsten Kreativen haben ein wirtschaftliches Händchen, deswegen sind sie ja kreativ“, sagt er.

Die Autoren der Studie empfehlen der Politik, bürokratische Hürden abzubauen, die Vergabeverfahren einfacher zu formulieren und schneller zu bearbeiten. Kreative sollten ihre Energie in die Umsetzung ihrer Gründungsidee stecken können und im wirtschaftlichen Bereich kompetent

betreut werden. „Wir haben in Deutschland Probleme mit dem Unternehmertum. Wir müssen damit anders umgehen. Wir müssen den jungen Leuten auch sagen, dass Unternehmer nichts Böses sind“, sagt Prof. Rolf Heinze, Soziologe an der Ruhr-Universität Bochum und Koautor der Studie.

# WIR-EG STATT ICH-AG

## SIND GENOSSENSCHAFTEN DIE BESSEREN KAPITALISTEN?

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Interesse am „anderen Wirtschaften“ der Genossenschaften neu erwachen lassen. Aber wie unterscheiden sich Genossenschaften von anderen Unternehmensformen? Im Rahmen der Gerechtigkeitswoche der FES wurden vor 120 deutschen und internationalen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und Politik die Ergebnisse einer vom AK Mittelstand in Auftrag gegebenen Studie über „Genossenschaften und ihre Potentiale für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftsweise“ präsentiert. In der anschließenden Podiumsrunde wurde die positive Rolle von Genossenschaften herausgestellt: Genossenschaften stünden in vieler Hinsicht für ein „anderes Wirtschaften“, das sich vom alleinigen Prinzip der Gewinnmaximierung abhebe. Insbesondere die demokratischen Un-

ternehmensstrukturen, die feste Verankerung in regionalen Bezügen und die Orientierung am Mitgliedernutzen zeichneten Genossenschaften positiv aus.

### WISO-DIREKT

*Dr. Johannes Blome-Drees, Wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt Shareholder Value: das genossenschaftliche Geschäftsmodell*

*Walter Vogt, Wir-eG statt Ich-AG: solidarische Ökonomie hat Zukunft*

*Bösche, Burchard, Warum brauchen wir eine „Kleine Genossenschaft“?*

### WISO-DISKURS

*Dr. Herbert Klemisch/Walter Vogt, Genossenschaften und ihre Potentiale für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftsweise*

### Kurz notiert

#### INTERNATIONALE IDEENWERKSTATT

„Gemeinsam erreichen, was alleine nicht geht“, darin waren sich die 20 Teilnehmenden einer internationalen Ideenwerkstatt zur Zukunft der genossenschaftlichen Idee einig. Die FES hatte in Kooperation mit der ILO und dem Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband afrikanische Experten und Nachwuchskräfte nach Deutschland eingeladen. Neben der Produktion einer eigenen Radiosendung im offenen Kanal ALEX wurde auch der genossenschaftlich organisierten Tageszeitung „taz“ ein Besuch abgestattet. „Genossenschaften stehen für ein wer-tegebundenes Wirtschaften“, resümierte Fanta Kamissoko Kouyate, Mitarbeiterin des malischen Ministeriums für soziale Angelegenheiten.

*Mehr Informationen unter [www.fes.de/Afrika](http://www.fes.de/Afrika)*

#### ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG

Das Thema soziale Gerechtigkeit hat derzeit in Israel einen besonders hohen Stellenwert. Die Unzufriedenheit mit der Sozial- und der Wirtschaftspolitik fand ihren Ausdruck in landesweiten Protesten im Sommer 2011. Mehr als ein Jahr später wurden nun die Auswirkungen der Protestbewegung auf die Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen und die Beschäftigungspolitik untersucht. Im Oktober dieses Jahres veranstaltete die FES Israel in Kooperation mit der Internatio-

nalen Arbeitsorganisation (ILO) eine zweitägige Konferenz zum Thema „Atypische Beschäftigungsverhältnisse“.

Wenn auch das Bewusstsein in Israel derzeit besonders geschärft ist, stellen atypische Beschäftigungsverhältnisse ein weltweites Phänomen dar. Dr. Ozer Carmi vom Ono Academic College beschrieb dessen eigentliche Wurzeln im Globalisierungsprozess und den damit zusammenhängenden Flexibilitätsanforderungen auch an die Arbeitnehmer.

#### DIALOGPROGRAMM IN BRÜSSEL

„Vergrabt ein Bierfass und lasst danach suchen!“ So konkret können Hinweise zur Mitgliederwerbung für Gewerkschaftsnachwuchs ausfallen – in diesem Falle aus dem Erfahrungsschatz der organisatorisch starken belgischen Gewerkschaften. Die Inspirationen bei einem Dialogprogramm der FES in Brüssel für Gewerkschaftsvertreter/innen aus sieben mittel- und osteuropäischen Staaten gingen jedoch wesentlich weiter. Das neu gesammelte Wissen dient der Delegation zur Stärkung in der schwierigen Lage mittel- osteuropäischer Gewerkschaften, die mit sinkenden Mitgliederzahlen, interner Erneuerung und abnehmendem Verständnis der Gesellschaft für die Bedeutung gewerkschaftlicher Arbeit konfrontiert sind.

# GUTE ARBEIT – WELTWEIT!

## WELTTAG FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT

Am Welttag für menschenwürdige Arbeit, dem 7. Oktober, tauschten sich in Berlin mehr als 250 internationale Gäste über die Verletzung von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten aus. Kinderarbeit, die Zunahme prekärer Arbeit sowie die Rechte von Gewerkschaftern und Hausangestellten standen im Fokus der gemeinsamen Konferenz von DGB und FES.

93 Jahre alt ist die Botschaft zum Welttag für menschenwürdige Arbeit und doch aktueller denn je: „Frieden kann auf Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden“, so zitierte Susanne Hoffmann (ILO) in ihrem Grußwort die Präambel der ILO-Verfassung. Diese hatte bereits im Jahr 1919 Prinzipien wie gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Gewerkschaftsfreiheit, den Schutz von Kindern und den Schutz von im Ausland tätigen Arbeitnehmer/innen festgeschrieben.

„Wir stehen vor einer großen Entordnung von Arbeit“, sagte IGB-Präsident Michael Sommer zum Auftakt der Tagung. „Griechenland, Portugal oder Spanien sollen zum Versuchslabor für schlechte Arbeit gemacht werden, für den Abbau von Arbeitnehmerrechten, für die Senkung von Löhnen und für die Einschränkung sozialer Rechte.“

Die schlimmste Form prekärer Arbeit bleibt die Kinderarbeit mit weltweit 220 Millionen arbeitenden Mädchen und Jungen. Mit der Initiative „Bildung statt Kinderarbeit“ will die GEW einen

Beitrag leisten, dem Millenniumsziel „Bildung für alle Kinder bis 2015“ ein Stück näher zu kommen. Eine Stärkung ihrer Rechte erhoffen sich auch die rund 100 Millionen Hausangestellten durch die Verabschiedung der neuen ILO-Konvention 189, die erstmals zentrale soziale und Arbeitnehmer-



Warnte vor Versuchslabor für schlechte Arbeit: IGB-Präsident Michael Sommer bei der FES in Berlin (Foto: Neumann/DGB)

rechte regelt. Allerdings wurde das Übereinkommen bislang erst von wenigen Mitgliedsstaaten ratifiziert.

Die Bedeutung internationaler Standards und deren Umsetzung in nationales Recht unterstrich Miriam Saage-Maaß (ECCHR) im Rahmen des Abschlusspanels anhand des Beispiels der Deutschen Telekom, die den Beschäftigten ihrer Tochter T-Mobile den Gewerkschaftsbeitritt in den USA verweigert. Zwar seien internationale Standards vorhanden, jedoch müsse geprüft werden, wie gut die Mechanismen ausgereift sind, um Arbeitnehmerrechte auch national durchzusetzen und Rechtsverletzungen zu ahnden.

# VERHEERENDE FOLGEN BEFÜRCHTET

## ARBEITSMARKTPOLITIK IN DER KRITIK

Die Arbeitswelt entwickelt sich zunehmend auseinander. So gibt es auf der einen Seite eine Vielzahl von Menschen, die von ihrer Arbeit sehr gut leben können, auf der anderen Seite nimmt der Anteil der im Niedriglohnsektor Beschäftigten konstant weiter zu. Wie stark viele Menschen das Thema beschäftigt, zeigte einer Diskussionsveranstaltung, die das FES-Büro Mainz am 22. Oktober im Karl-Marx-Haus in Trier durchgeführt hat. Zu den Gästen zählte Malu Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Demographie und zum Zeitpunkt der Veranstaltung schon desi-

gnierte Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Der Leiter des Bereichs Arbeitsmarktpolitik beim DGB, Wilhelm Adamy skizzierte zunächst die insgesamt eher negativen Entwicklungen in der Arbeitswelt und machte deutlich, dass die Arbeitsmarktpolitik der amtierenden Bundesregierung nicht ansatzweise zur Bewältigung der Probleme beigetragen habe. Wenn das Problem prekärer Beschäftigungsverhältnisse nicht sehr bald nachhaltig angepackt werde, können für die sozialen Sicherungssysteme verheerende Folgeprobleme entstehen, prognostizierte die Ministerin.

## ZU NEUEN UFFERN

### GEWERKSCHAFTER STEMMEN SICH GEGEN DEN NIEDERGANG

Anfang November kamen finnische, dänische, schwedische, deutsche und estnische Gewerkschafter auf Einladung des Regionalprojektes Arbeitsbeziehungen und Sozialer Dialog Ostmitteleuropa in der estnischen Hauptstadt Tallinn zusammen. Es sollte ein Projekt evaluiert werden, das auf die Anregung des finnischen Metallgewerkschafters Mika Häkkinen zurück geht, der auf einer FES-Konferenz in Kaliningrad Fragen aufgeworfen hatte:

Warum sehen wir zu, wenn in den baltischen Staaten „Lohndumping-Zonen“ auch für finnische Großbetriebe eingerichtet werden und gleichzeitig die baltischen Gewerkschaften durch dramatischen Mitgliederschwund und durch zersplitterte Strukturen fast nicht mehr handlungsfähig sind?

Im September 2011 lag das Konzept vor, eine Ko-Produktion nordischer, deutscher und nordamerikanischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Es ging um das „Organising“, um die nachhaltige Erhöhung der Mitgliederzahl und um den Aufbau aktionsfähiger Strukturen in den baltischen Gewerkschaften. Es wurde die „Baltic Organising Academy“ gegründet. Mittlerweile lag die Federführung beim FES-Regionalprojekt. Nun folgte der schwierigere Teil: Zunächst sollten je zwei bis drei estnische, litauische und

lettische Branchengewerkschaften überzeugt werden, eine gemeinsame Abteilung für das Organising aufzubauen. Hier schaffte das vertrauensvolle Verhältnis der FES und der nordischen Gewerkschaften zu den baltischen Kollegen einen ersten Zugang.

In einem ersten Schritt stellten die estnischen Gewerkschaften die zukünftigen Organisierer ein. Es wurde jemand eingeworben, der auf Menschen an den Werkstoren zugehen musste, der zuhören sollte statt Lösungen zu präsentieren, der erkennen sollte, wer unter den Arbeiterinnen und Arbeitern eine wichtige Rolle spielt.

Studien zu jedem der Zielbetriebe wurden erstellt. Mit diesem Wissen ausgestattet fanden die ersten Begegnungen an den Werkstoren statt. In den meisten Fällen gab es große Schwierigkeiten: Die Angesprochenen ignorierten die Organisierer, hatten begründete Angst, beobachtet und gekündigt zu werden. Erst bei Hausbesuchen konnten die Beschäftigten unbefangen über ihre Sorge, Ängste und Nöte sprechen.

Fünf Monate nach den ersten Kontakten gab es 84 neue Mitglieder. Bei 16 Kolleginnen und Kollegen wurde schnell klar, dass man zukünftige Organisierer vor sich hatte. Sie nahmen das Angebot mit großem Interesse an.

## STARKE HELFEN SCHWACHEN

### FES VERNETZT ARBEITNEHMERVERTRETER VON KIA/HYUNDAI

Ihre Wachstumsraten, ihr Anteil am BIP, aber auch tausende Arbeitsplätze machen die Automobilindustrie zum dominierenden Wirtschaftszweig in den Ländern Ostmitteleuropas. Durch das aggressive Vordringen der asiatischen Automobilwerke KIA/Hyundai in die europäische Fahrzeugproduktion, wird eine andere Unternehmenskultur und damit eine Radikalisierung der Management-Arbeitnehmer-Beziehung nach Europa gebracht. Die grundsätzliche Abneigung der Konzernleitung gegenüber Gewerkschaften im KIA/Hyundai-Konzern erfordert Gegenstrategien, die sowohl die konkreten Bedürfnisse der Beschäftigten als auch die rigoros antigewerkschaftliche Haltung des Arbeitgebers berücksichtigen.

Seit 3 Jahren betreibt das FES-Regionalprojekt „Arbeitsbeziehungen und Sozialer Dialog“ von Bratislava und Warschau aus in Zusammenarbeit mit dem Globalen Gewerkschaftsprojekt der FES die Vernetzung der Arbeitnehmervertreter von KIA/Hyundai. Letztlich geht es darum, strategische Hilfe zu leisten: Die relativ starke Position der Gewerkschaften in Europa wird zur Unterstützung der anderen, schwächeren Partnergewerkschaft herangezogen. Gemeinsame Kampagnen und solidarischen Hilfen werden mit Kollegen aus Staaten mit schwächeren Gewerkschaften vereinbart um auch in KIA/Hyundai-Ländern wie USA, Brasilien, Türkei oder Indien zu wirken.

Auch die Gründung eines gemeinsamen Europäischen Betriebsrats (EBR) ist auf dem Weg. Der

EBR würde Möglichkeiten der Information und Konsultation eröffnen, mit denen die Gründung eines Konzernbetriebsrates in greifbare Nähe rückt.

Um die Gewerkschaftsbewegung im Betrieb zu spalten und dafür zu sorgen, dass derzeit keine Vereinbarungen zur EBR-Gründung verhandelt werden können, erklärte dagegen das Management Hyundai und KIA zu zwei unabhängigen Konzernen.

Das KIA/Hyundai-Arbeitnehmernetzwerk trägt weltweit Informationen über verschiedenste Rechts- und Vertragsverletzungen des Konzerns zusammen und schafft so eine Datenbank, deren gesammelte Fälle bei Gericht verwendet werden können. Derzeit sind bereits 24 Prozesse gegen die Konzernleitung anhängig. Parallel wird gerade ein Rechtsgutachten über die Konzernstruktur u. a. auch mit Hilfe der Vertretung der FES in Korea auf den Weg gebracht.

## KLEINE STUNDE SOZIALER ARCHÄOLOGIE

*Gewerkschafts-  
seminar*

### GEWERKSCHAFTER NICARAGUAS ERMITTELN MENSCHENWÜRDIGEN LOHN

Debatten über Sozialhilfesätze oder Mindestlohn werden auch im bundesdeutschen Sozialstaat höchst kontrovers geführt. Das trifft umso mehr in den zentralamerikanischen Gesellschaften zu, in denen menschenwürdige Mindeststandards in der Sozial- und Lohnpolitik fehlen – auch wenn in praktisch allen Länder ein „Mindestlohn“ festgelegt ist.

Ein neues Konzept, das die gewerkschaftlichen Kämpfe der kommenden Jahre nachdrücklich prägen wird, wurde jüngst auf einer Konferenz der FES-Nicaragua mit etwa 70 Gewerkschaftsvertreter/innen entwickelt: der „menschenwürdige Lohn“, also eine Bezahlung, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Dass ein solcher Lohn deutlich über den Mindestlohnsätzen liegen muss, zeigt ein Blick auf die geltenden

Löhne. In Nicaragua stützt sich der Mindestlohn auf Kalkulationen des nationalen Statistikinstitutes eines „Lebensmittel-Mindestwarenkorbs“. Jeglicher über Essen und Trinken hinausgehende Bedarf ist ausgeschlossen, schon Haareschneiden oder Seife ist Luxus.

In fünf Arbeitsgruppen nahmen die Seminar Teilnehmer die komplexe Aufgabe in Angriff, zusammenzustellen, was nach ihrer Erfahrung den Monatsbedarf einer Musterfamilie (2 Erwachsene, 2 heranwachsende und zwei kleinere Kinder) ausmacht.

Die Teilnehmerinnen waren erstaunt, wie sich ihr auf Plakatwänden abgebildeter realer Monatskonsum zusammensetzte und was er kostete! Eine kleine Stunde sozialer Archäologie, ein Spiegelbild des eigenen, anspruchslosen Alltags.

## ZERSPLITTERUNG AUFHEBEN

*Neuorientierung*

### GEWERKSCHAFTLICHE REFORMBEMÜHUNGEN

Weniger Gewerkschaften – mehr Mitglieder: Nicht nur in Zentralamerika soll nach diesem Prinzip die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften dadurch erhöht werden, indem die Zersplitterung der Gewerkschaftsszene überwunden wird.

Die FES begleitet Gewerkschaften unterschiedlicher politischer Orientierung bei ihren Reform- und Modernisierungsbemühungen. Ein schwieriger und langwieriger Weg, der in Costa Rica nach über 18 Monaten zur Gründung der Nationalen Föderation der Beschäftigten in der Agrarindustrie geführt hat. Dieser Gewerkschaftsver-

band vereint Arbeiterinnen und Arbeiter der Bananen- und Ananasproduktion und schließt auch die Beschäftigten der Transportunternehmen und Seeschifffahrt mit ein. Der Gründungskongress der neuen „Federación Nacional de Trabajadores de la Agroindustria y Afines“ fand am 22. November im Sitz des Regionalbüros der Weltarbeitsorganisation in Costa Ricas Hauptstadt San José statt.

Dass sich jetzt vier Gewerkschaften in einem gemeinsamen Verband zusammenfinden, kann als Erfolg im Ringen um gewerkschaftliche Einheit gewertet werden.

# GESETZLÜCKEN SCHLIESSEN

## KONVENTION ÜBER RECHTE VON HAUSANGESTELLTEN

In Brasilien gibt es 7 Millionen Hausangestellte. Fast Dreiviertel von ihnen leiden unter prekären Arbeitsbedingungen und Rechtsunsicherheit. Als Hausangestellte arbeiten vor allem Frauen schwarzer Hautfarbe. Sie sind häufig Diskriminierungen bis hin zu sexuellen Übergriffen ausgesetzt.



*Sogar auf Schürzen forderten die brasilianischen Aktivistinnen die Ratifizierung der Konvention für menschenwürdige Arbeit von Hausangestellten*

Die Konvention 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) könnte ihre Rechte nun stärken. Das Dokument wurde im Juni letzten Jahres auf der 100. IAO Konferenz verabschiedet. Es sieht unter anderem einen Mindestlohn sowie das Recht auf Ferien vor. Damit die Konvention in Kraft tritt, muss sie jedoch innerhalb eines Jahres von mindestens zwei Ländern ratifiziert werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat deshalb die Kampagne 12x12 ins Leben gerufen: 12 Länder sollen in 12 Monaten ratifizieren. Brasilien zählt zu den Ländern, auf die sich die IGB-Kampagne konzentrieren soll. Über die schwierige Interessenvertretung, Rechtslücken sowie Chancen der Konvention 189 für Brasilien

diskutierten über 40 gewerkschaftlich organisierte Vertreterinnen der Hausangestellten aus ganz Brasilien mit Experten der Dachverbände, der IAO und des gewerkschaftlichen Forschungsinstituts DIESSE. Das Seminar in Brasilia veranstaltete die FES gemeinsam mit dem IGB, den drei größten brasilianischen Gewerkschaftsdachverbänden und der Gewerkschaft für Handel und Service.

Im Unterschied zu der Situation in Brasilien konnte in Bolivien die Gewerkschaft der Hausangestellten bereits 2003 den Beschluss eines Gesetzes zum Schutz der Arbeitsrechte für Hausangestellte durchsetzen. Die wichtigsten Rechte, die die Konvention 189 fest schreibt, sind also bereits auf nationaler Ebene gesetzlich geregelt. Nichtsdestotrotz ist die Ratifizierung

für die etwa 120.000 Arbeiterinnen ein wichtiger Erfolg: Es berechtigt die IAO, kritisch nachzufragen, wie es um die Umsetzung der Norm steht. Denn dies ist die Krux in der gesamten bolivianischen Arbeitswelt: Die gesetzlichen Normen sind zufriedenstellend bis sehr gut – aber ihre Einhaltung wird nicht kontrolliert. Die FES Bolivien ist Mitglied im Unterstützungskomitee der Konvention 189 und hat den Gewerkschafterinnen wesentlich dabei geholfen, ihre politischen Forderungen zu formulieren und dem Arbeitsministerium vorzutragen. Eine der wichtigsten Forderungen ist die Durchführung von Arbeitsplatzinspektionen durch das Arbeitsministerium – auch in privaten Haushalten.

– auch in privaten Haushalten.

## BEWUSSTSEIN FÜR SOZIALE SICHERHEIT

Gesellschaftliche Solidarität und umfassende Programme zur sozialen Sicherheit sind bisher keine besonderen Merkmale der Länder des südlichen Afrikas. Dies zu ändern ist das Ziel einer Arbeitslinie im Regionalprojekt der FES. In Kooperation mit der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem SADC-Sekretariat, einem von der FES ins Leben gerufenen Netzwerk von Sozialpolitik-Experten aus den Ländern des südlichen Afrikas und einem interdisziplinär arbeitenden Forschungsinstitut aus Südafrika, sollen sozialpolitische Programme stärker in das Bewusstsein der politischen Eliten der Region gebracht werden. So erarbeiteten 60 Wissenschaftler, Politiker und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen aus zehn Ländern Ende Oktober in Lusaka, Sambia, Vorschläge zur geschlechterspezifischen Ausgestaltung von sozialpolitischen Programmen.

Ebenfalls in Lusaka wurden Mitte November den Vertretern fast aller 18 gewerkschaftlichen Dachverbände der Region die Empfehlungen des International Labour Council der ILO bei der Gestaltung nationaler Programme zur sozialen Sicherheit nahe gebracht.

# SCHUTZ FÜR 1,5 MILLIARDEN MENSCHEN

Symposium

## SOZIALE SICHERUNG IN SÜDASIEN

Rund ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in Südasien. Der größte Teil dieser Menschen ist jedoch nur ungenügend sozial abgesichert. Angesichts der Erosion traditioneller Strukturen sozialer Sicherung, vor allem der Familie, steht der Staat in der Verantwortung, umfassende soziale Sicherungssysteme einzuführen, um die eigene Bevölkerung vor Verwundbarkeiten und Armut zu schützen.

Mit der „Universalisierung von sozialer Sicherung in Südasien“ beschäftigte sich daher im Oktober 2012 ein hochrangiges regionales Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung und des South Asia Centre for Policy Studies in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu. Die Teilnehmer/innen aus sieben Ländern waren sich vor allem darin einig, dass universelle soziale Sicherheit keine Frage von Wohlfahrt, sondern eine Pflicht des Staates sei, seine Bürger bei Verlust des Einkommens, Krankheit, im Alter oder bei Invaliderität zu schützen.

Aus den Beiträgen ging jedoch hervor, dass die sozialen Sicherungssysteme in Südasien einen Großteil der Bedürftigen nicht oder nur unzureichend schützen, und an beschränkten Finanzmitteln, einer starken Fragmentierung der Pro-

gramme und einer mangelhaften Koordinierung der Behörden krankten.

Die im Rahmen des Symposiums vorgestellten innovativen Beispiele geben allerdings Grund zur Hoffnung. Dazu gehören zum Beispiel die Entwicklung des freiwilligen und beitragsbezogenen Rentensystems für Kleinbauern und Fischer in Sri Lanka, das Mikrokreditmodell in



*Sichtweisen aus sieben Ländern: Erfahrungsaustausch über die soziale Sicherung in Südasien*

Bangladesch, die Beschäftigungsgarantiemaßnahme in ländlichen Gebieten in Indien sowie die universelle Gesundheitsversicherung auf den Malediven. Das Symposium bildete den Auftakt für eine regionale Arbeitslinie der FES in Asien, durch die der Auf- und Ausbau umfassender sozialer Sicherungssysteme gefördert werden soll.

## EIN LAND IM UMBRUCH

Bestandsaufnahme

### DER AUFBAU EINES SOZIALEN BASISCHUTZES IN MOSAMBIK

Mosambik ist innerhalb Afrikas nicht nur ein Vorzeigeland für den Friedenserhalt und damit politische Stabilität, sondern auch eines der Länder mit hohem Wirtschaftswachstum und makroökonomischer Stabilität. Das Land hat es bisher jedoch nicht geschafft, die Armut weiter zu reduzieren, nachdem sie zunächst von fast 70 Prozent im Jahr 1994 auf 54 Prozent im Jahr 2003 gesunken war. In den letzten zehn Jahren aber blieb eine weitere Reduzierung aus. Laut dem Ministerium für Planung und Entwicklung gibt es dafür drei zentrale Gründe: die niedrige Produktivitätsrate der Landwirtschaft; die Anfälligkeit des Landwirtschaftssektors für Naturkatastrophen und der Anstieg der Lebensmittelpreise. Es ist zu befürchten, dass soziale Ungleichheit in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Große Vorkommen an Kohle und Gas werden

internationale Investoren anziehen und weitere Einkommenszuwächse für die Wirtschaftseliten zur Folge haben. Aufgrund der zu erwartenden Einnahmen kürzen viele Geber gleichzeitig ihre Entwicklungshilfe. Die Herausforderung für die mosambikanische Regierung und ihre internationalen Partner besteht darin, diese Gewinne im Sinne des Gemeinwohls zum Aufbau eines sozialen (Grund-)Sicherungssystems zu verwenden. Seit dem Jahr 2009 engagiert sich die mosambikanische Regierung in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation, den UN, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond für den Aufbau eines „Social Protection Floor“. Die FES-Maputo hat dazu eine Veranstaltung organisiert, die den Stand dieses Aufbauprozesses darstellte und nach nächsten Schritten fragte.

# WENN „RADAUBRÜDER“ AUF „GANOVEN“ TREFFEN

## GEWERKSCHAFTER-PARLAMENTARIER-FORUM IN NIGERIA

Man denkt oft wenig schmeichelhaft voneinander: In den Augen von Nigerias Parlamentariern sind Gewerkschafter „Radaubröder“, die das Land durch Streiks lahmlegen oder mit rüden öffentlichen Statements in die Medien gelangen. Die Arbeitnehmervertreter denken nicht besser über „ihre“ Parlamentarier: Nigerias hochbezahlte Politiker sind demnach meist „Ganoven“, die sich den Staat zur Beute machen, während ihnen die kleinen Leute egal sind.

Die Folge: Man arbeitet in Afrikas bevölkerungsreichstem Land weitgehend aneinander vorbei. Gewerkschafter werden nicht einbezogen, wenn arbeitsrelevante Gesetze verhandelt werden. Und Arbeitnehmervertreter organisieren lieber aufwändige, aber kurzfristige Protestaktionen, anstatt durch gute Lobbyarbeit ihre Interessen im Parlament durchzusetzen. Dabei gäbe es genug zu tun: Arbeitnehmerrechte werden in Betrieben untergraben, ein unregulierter informeller Sektor beschäftigt Abertausende zu unmenschlichen Bedingungen und der mühsam verhandelte Mindestlohn wird in vielen Landesteilen noch immer nicht umgesetzt.

Doch die Wahlen des Jahres 2011 – die ersten halbwegs freien und fairen nach dem Ende der Militärdiktatur – haben Chancen zur Zusammenarbeit eröffnet. Das Parlament ist selbstbewusster geworden und sucht ein eigenes Profil. Gewerk-

schafter konnten sich bei Direktwahlen gegen alteingesessene Politeliten durchsetzen. Die FES besitzt in beiden Institutionen hohes Ansehen. Als neutraler Vermittler konnte sie Gewerkschafter und Parlamentarier aus dem Arbeitsausschuss daher im Oktober zu einem zweitägigen Seminar ins süd-nigerianische Uyo einladen. Das Ziel: Über die Diskussion von arbeitnehmerrelevanten Themen die gegenseitigen Rollen verstehen und in Zukunft besser zusammenzuarbeiten. Mit dabei: MdB Klaus Brandner, der ehemalige Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und erfahrene Gewerkschafter brachte deutsche Erfahrungen ein. „Ich habe die Rolle als Gewerkschafter, Parlamentarier und Mitglied der Regierung in meinem politischen Leben seit den siebziger Jahren kennengelernt. Es war immer meine feste Überzeugung dass die Kommunikation zwischen diesen drei Ebenen funktionieren muss, damit man zu einem gerechten Gemeinwesen kommt“, so Brandner.

Im Abschlusscommuniqué sagten die Parlamentarier zu, die Gewerkschaften frühzeitig im Gesetzgebungsprozess einzubinden und sie bei öffentlichen Anhörungen prominent zu Wort kommen zu lassen. Gewerkschafter wollen dagegen mit Parlamentariern diskutieren und ihnen Dokumentationen über die Verletzung von Arbeitsstandards zur Verfügung stellen.

# ZIMT, ZWIEBELN UND HÜHNCHEN

## AFRIKAS LANDWIRTSCHAFT IM WELTHANDEL

Die Landwirtschaft gehört nicht zu den Bereichen, denen viel entwicklungspolitisches Potential zugetraut wird. Aber eine sinnvolle Landwirtschaftspolitik macht satt und sichert Arbeitsplätze; vor allem in Afrika. Auf der diesjährigen Veranstaltung des Genfer FES-Büros beim WTO Public Forum ging es deshalb um afrikanischen Zimt, Zwiebeln und Hühnchen.

Innerhalb des Welthandelssystems berufen sich Staaten auf internationale Gesundheitsstandards, die sich auf Einfuhrmöglichkeiten von Produkten aus anderen Ländern auswirken. Für

Zimt aus Afrika, sah es eine Zeit lang recht düster aus, wusste Fanny Coustaline von der französischen NGO Rongead zu berichten. Zu hoch waren die Werte des Stoffes Coumarin, der unter dem Verdacht stand, krebserregend zu sein. Dieser Verdacht wurde zwar nie hundertprozentig wissenschaftlich nachwiesen, doch er führte zu einem de facto Einbruch des Exportes afrikanischen Zimts nach Europa.

Für feuchte Augen sorgen Zwiebeln im Senegal; und zwar vor Freude. Dort ist es gelungen, nicht nur den heimischen Markt für das Allzweckge-



müse zu stärken. Zwiebeln sichern zusätzlich Einnahmen als Exportware und dass sowohl regional wie auch global. Beide Aspekte sind für afrikanische Erzeugnisse keine Selbstverständlichkeit. Der Anteil afrikanischer Agrarprodukte am Welthandel beträgt nach wie vor magere 3,6 Prozent (Stand 2011, WTO) und der innerafrikanische Handel ist mit unter einem Prozent verschwindend gering. Ein immense Verantwortung tragen gerade die afrikanischen Regierungen selbst, erklärte Aimable Uwizeye Mapendano von der UNCTAD. Sie müssen selbst die Handelsbarrieren senken.

Bernard Njonga aus Kamerun, der die dortige Bürgerbewegung zur Verteidigung des kollektiven Interesses (ACDIC) leitet, beschrieb, wie sein Land mit dem Beitritt zur WTO 1995 auf einen Schlag die Grenzen für alle Waren geöffnet hatte – obwohl dies keinesfalls Vorgabe zur WTO-Mitgliedschaft ist. In der Folge wurde Kamerun durch eine Welle von Hühnchen regelrecht überschwemmt. Die einheimischen Bauern wurden ihrer ohnehin dürftigen Lebensgrundlage beraubt. Es dauerte immerhin bis 2007, als endlich ein Einfuhrverbot von Hühnchen in Kraft trat und bis heute gilt.

## GEWERKSCHAFTEN IN DER TÜRKEI

Seit Juli organisiert die türkische Branchengewerkschaft Tümtis (Verkehr und Logistik) einen Streikposten vor der DHL-Niederlassung in Istanbul. Gefordert wird die Wiedereinstellung von 21 Beschäftigten, die offenbar wegen ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft entlassen worden waren. Anfang November besuchte eine ver.di-Delegation die Streikenden und informierte sich bei der FES in Istanbul über die Situation der Gewerkschaften in der Türkei. Diese haben vor allem mit den weiter verschärften gesetzlichen Hürden für ihre Anerkennung zu kämpfen. Die FES engagiert sich u. a. mit Tümtis weiterhin für eine Verbesserung von Arbeitnehmerrechten und dokumentiert die bestehenden Defizite, wie z.B. im gerade veröffentlichten „Gewerkschaftsbericht Türkei“

## KINDER ALS KONSUMENTEN

Die Wirkweise von Werbung und Marketing auf Kinder und die Frage, wie Kinder als besonders „verletzliche“ Verbraucher geschützt werden müssen, war Thema einer Fachkonferenz der FES im Oktober. In Deutschland verfügen Kinder zwischen 6 und 13 Jahren inzwischen über eine Kaufkraft von fast 6 Milliarden Euro. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Summen, die Unternehmen in das Umwerben von Kindern investieren, immer weiter ansteigen. 600 Millionen Euro lässt die Industrie sich allein die Werbung für Süßigkeiten kosten. Die Mehrheit der Diskutanten war sich einig: Kinder müssen besser geschützt werden, denn ihr Organismus ist empfindlich und ihre Gesundheit beeinflusst maßgeblich ihre Startchancen ins Leben.

*Kurz notiert*

# TATORT UNTERNEHMEN

## PRÄSIDENT DES BUNDESKRIMINALAMTES ZU GAST

Ein Blick auf die Kriminalstatistik zeigt: Zwar sind nur 1,3 % der jährlichen Straftaten in Deutschland der Wirtschaftskriminalität zuzuordnen, dennoch verursacht diese einen bundesweiten Schaden von über 4 Milliarden Euro, nahezu 52% der Gesamtschäden.

Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, hatte sich am 22. Oktober 2012 auf Einladung des Landesbüros Sachsen-Anhalt die Zeit genommen, um in Halle zum Thema „Tatort Unternehmen – Wie kann Wirtschaftskriminalität bekämpft werden?“ zu referieren.

Fachlich unterstützt wurde er durch Dr. Ute Jähner, Geschäftsführerin „Recht und Fair Play“

bei der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau und Klemens Gutmann, Präsident der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt. Die Moderation übernahm Katrin Budde, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Die Palette im Bereich der Wirtschaftskriminalität reicht von Korruption und Bestechung über Industriespionage und Insiderhandel bis hin zu Insolvenzdelikten.

Insbesondere durch das „Phishing“, dem Auspähen von Daten, ist die „Cyberkriminalität“ in den Fokus der Ermittler gerückt. „Phishing ist der Bankraub des 21. Jahrhunderts“, so Ziercke.

*Vortrag*

# INTEGRATION, BILDUNG, KULTUR

## TEILHABEN



### *Dialogprogramm*

## HANDLUNGSBEDARF OFFENSICHTLICH

### EUROPÄISCHE MENSCHENRECHTECHARTA UNEINHEITLICH UMGESETZT

2013 ist das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger. In einer Umfrage gaben 66% der Befragten an, sie würden gerne mehr über ihre Rechte und Freiheiten in der EU wissen. Das Jahr sollte genutzt werden, um europaweit über die europäischen Bürgerrechte und die europäische Grundrechtecharta zu informieren.

Der Schutz der Grund- und Menschenrechte sind mit der Europäischen Grundrechtecharta verbindlich für die EU verankert. Darüber hinaus werden in zahlreichen Richtlinien Gleichstellungsfragen, Diskriminierungsverbote, Minderheitenschutz, Datenschutzbestimmungen oder auch der grenzüberschreitende Schutz von Gewaltopfern weiter konkretisiert. Trotz gemeinsamer Vorgaben erfolgt deren Umsetzung und Anwendung zum Teil sehr unterschiedlich. Einige Mitgliedsstaaten haben sogar eine Befreiung von der verbindlichen Anwendung der Grund-

rechtecharta ausgehandelt. Ein Dialogprogramm des Europabüros der FES gab deutschen Multiplikatoren Gelegenheit, die Bemühungen der Europäischen Union zum Schutz und zur Stärkung von Grundrechten in ausgewählten Bereichen zu erörtern, Potentiale für dessen Weiterentwicklung zu identifizieren und Möglichkeiten für die Umsetzung zu diskutieren.

Es wurde deutlich, dass der Bezug auf die Charta in der europäischen und nationalen Rechtsprechung um 50% angestiegen ist, so der Jahresbericht 2011 der EU Kommission zur Umsetzung der Grundrechtecharta.

Als wichtige Themenbereiche des Schutzes von Grundrechten in der EU wurden die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sowie die Gleichstellung der Geschlechter näher betrachtet. Hier wurde Handlungsbedarf offensichtlich.

### *Ergebnissammlung*

## MEHR KULTURELLE VIELFALT

### STRATEGIEN FÜR GELUNGENE ÖFFNUNGSPROZESSE

„Eine Gewerkschaft kann nur dann den Anspruch haben, alle Gruppen zu vertreten, wenn sie diese auch in der Mitgliedschaft hat. Sonst

haben wir ein Legitimationsproblem“, so Christiane Benner, geschäftsführendes Vorstandmitglied der IG Metall. Doch fühlen sich Bürger/in-

nen mit Migrationshintergrund in Deutschland willkommen heißen von den Volksparteien, den Traditionsgewerkschaften, von amnesty international, Greenpeace oder attac? Die Struktur von politischen Mitgliederorganisationen bei den Haupt- und Ehrenamtlichen entspricht in seltenen Fällen den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland.

Die neu erschienene Broschüre „Diversitätspolitik: Strategien für mehr kulturelle Vielfalt in politischen Mitgliederorganisationen“ der Akademie Management und Politik (MuP) zeigt auf, wie politische Mitgliederorganisationen sich erfolgreich und nachhaltig interkulturell öffnen

können. Es werden die wichtigsten Ergebnisse einer MuP-Fachtagung 2012 zusammengefasst und u. a. Strategien und Werkzeuge für die Veränderung von Organisationskultur, eine kulturell sensible Öffentlichkeitsarbeit, interkulturelle Trainings oder das Aufbrechen von Machtstrukturen angeboten.

*Anne Haller und Valérie Lange*  
*Diversitätspolitik: Strategien für mehr kulturelle Vielfalt in politischen Mitgliederorganisationen, Akademie Management und Politik, Bonn, 2012.*  
*Bestellung: mupinfo@fes.de*  
[http://2013.fes-mup.de/ft\\_diversitaetspolitik.php](http://2013.fes-mup.de/ft_diversitaetspolitik.php)

## NOCH 792 JAHRE

### FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN IM ÖFFENTLICHEN SEKTOR

Alle reden über den Frauenmangel in Führungspositionen in der Privatwirtschaft, aber kaum jemand spricht über Frauen im öffentlichen Sektor. Um das zu ändern präsentierte das Forum Politik und Gesellschaft in Kooperation mit dem Managerkreis der FES im November eine Studie zu Frauen in Führungspositionen in der öffentlichen Wirtschaft und der Verwaltung. Knapp

die Hälfte der Beschäftigten in diesem Sektor sind Frauen, aber das spiegelt sich bislang kaum in den Führungspositionen wider. Die Studie beleuchtet die Topetagen des öffentlichen Sektors, sie zeigt, welche Bereiche nahezu frauenfrei sind und warum das so ist. Gleichzeitig lenkt sie den Blick auf bemerkenswerte Erfolge. Das größte Notstandsgebiet ist der öffentliche Finanzsektor: In den Vorständen der größten öffentlich-

rechtlichen Banken und Sparkassen etwa arbeiten derzeit gerade einmal 2,5 Prozent Frauen und damit noch weniger als in den Vorständen von Dax-Unternehmen (3 Prozent). Bei derzeitiger

Beschäftigte gesamt	Beschäftigte im höheren Dienst	Alle Leitungsfunktionen	Unterabteilungsleitung	Abteilungsleitung	Beamtete Staatssekretäre
49%	36%	23%	18%	14%	3%

Entwicklung würde es „792 Jahre bis zur Gleichstellung in den Geldhäusern dauern“, sagte die Autorin der Studie, Julia Schimeta vom DIW.

**DIE STUDIE**  
*Julia Schimeta – Einsam an der Spitze. Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor*  
<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09512.pdf>

Studie

## UNZUREICHENDE ERGEBNISSE

### DEUTSCH-ITALIENISCHER ERFAHRUNGSUSTAUSCH ZUR GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Weibliche Exzellenz stärken, Frauenmacht fördern – dies war das Leitmotiv der Tagung, zu der am 17. September 2012 in der Casa Internazionale delle Donne in Rom Parlamentarierinnen, Wis-

senschaftlerinnen und Gewerkschafterinnen aus Deutschland und Italien zusammentrafen. Ihr Befund: Zwar hat sich sowohl in Deutschland als auch in Italien in den letzten Jahren einiges

Tagung

bewegt, doch insgesamt sind Frauen von effektiver Gleichstellung noch weit entfernt, egal ob in den Parteien, in den politischen Institutionen, in den Unternehmen oder in den Universitäten. Deutlich wurde, dass auch die Durchsetzung zahlreicher Normen zur Gleichstellung bisher nur beschränkte Ergebnisse brachte. Und weiterhin gibt es Zusammenhänge, in denen Frauen gar nicht präsent sind – zum Beispiel in den rein männlich besetzten italienischen Regionalparla-

menten von Kalabrien und der Basilikata. Deshalb können nur stringendere Normen sicherstellen, dass in den politischen Institutionen endlich effektive Parität hergestellt wird; zentral sind hierbei vor allem die Bestimmungen des Wahlrechts. Die tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise droht bisher Erreichtes zu gefährden, der Kurs rigider Sparpolitik verengt drastisch die öffentlichen Handlungsspielräume für innovative Politik.

## UKRAINE: GENDER IN DER BILDUNG

Die Ukraine hat sich, wie viele andere Staaten auch, zur Gleichstellung der Geschlechter verpflichtet. Allerdings werden viele positive Initiativen behindert. Deshalb ist es immer noch wichtig, das Bewusstsein für Genderfragen zu entwickeln.

Seit dem Jahr 2011 unterstützt FES Kiew in diesem Kontext die Initiative zum Aufbau von „Gender Education Centers“ (GEC) an Universitäten.

Die Einführung von Genderansätzen in den Curricula von Lehrfächern wie Geschichte, Politologie usw. erlaubt es, soziale und historische Entwicklungen eingängiger zu erklären und die Auswirkungen von geschlechtsspezifischen Aspekten in bestimmten politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Bereichen aufzuzeigen.

Bis Ende 2012 ist das Netzwerk stark gewachsen und umfasst 18 Genderzentren in acht Universitätsstädten. Mit Formaten wie z.B. Gender-Kino und Flash-Mobs, ist es gelungen mehrere tausend Studenten in verschiedenen Regionen zu erreichen. Darüber hinaus wurde ein Kurs über Genderstudien in den Lehrplan der humanitären pädagogischen Akademie in Kharkiv aufgenommen und Gender-Aspekte zu den Lehrgängen in Psychologie, Linguistik, ukrainischer Literatur, Politologie festgelegt.

*Kooperations-  
veranstaltung*

## TEUFELSKREIS DURCHBRECHEN

### BILDUNG UND KULTUR IM ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN KONFLIKT

Bildung und Kultur können Konflikte thematisieren, gar maßgeblich beeinflussen und damit zu ihrer Lösung beitragen. So kann mit einer angemessenen Bildungsförderung einer Radikalisierung junger Menschen entgegengewirkt werden. Im israelisch-palästinensischen Konflikt werden diese zwei Verständigungselemente nicht angewendet. Jüdische und arabische Bürger Israels nehmen die jeweils andere Gruppe vermehrt als Bedrohung wahr.

Die FES-Israel und das Netanya Academic College versuchten deshalb im Oktober mit der gemeinsamen Konferenz „Culture, Education and Intellectuals in the Israeli-Palestinian Conflict“, neue Perspektiven der Konfliktlösung zu eröffnen. Mit einem bewegenden Ausschnitt aus dem

Dokumentarfilm *Entangled* von Amir Har Gil mit sehr persönlichen Geschichten von sechs Menschen, deren Leben eng mit dem Konflikt verwoben sind, konnte ein gelungener Anstoß zur Selbstreflexion unter den Teilnehmer/innen gegeben werden.

In ihrem Grundtenor waren sich alle Beteiligten darin einig, dass der klassische Teufelskreis aus Opferrolle und Hass von den Konfliktparteien nur von innen her durchbrochen und gelöst werden kann. Bisher lernt jede Seite nur ihre eigene Sicht der Dinge kennen und kommt zum Schluss: Wir haben Recht. Gerade hier können (Schul-) Bildung und Kultur ansetzen, da sie das Potenzial besitzen ein Fundament mit zu schaffen, das ein friedliches Zusammenleben ermöglicht.

# PRESSEFREIHEIT IN GEFAHR

*Konferenz*

## ENTWICKLUNGEN AUF DEM TÜRKISCHEN MEDIENSEKTOR

Nach einer Vielzahl von Reformen, die die türkische Regierung unter Ministerpräsident Tayyip Erdogan in ihrer ersten Amtszeit umgesetzt hat und die u. a. zur Herausbildung einer diversifizierten und dynamischen Zivilgesellschaft geführt haben, ist der Reformwind in den vergangenen Jahren deutlich abgeflaut. In einigen Bereichen sind inzwischen sogar Rückschritte zu verzeichnen. Besonders besorgniserregende Signale kommen aus dem Mediensektor. In internationalen Rankings der Pressefreiheit ist die Türkei in den letzten beiden Jahren regelrecht abgestürzt und rangiert nun im untersten Viertel. Eine extrem strenge Antiterrorgesetzgebung hat zu einer Verhaftungswelle unter Journalisten geführt und scheint dabei zunehmend auch nicht mehr zu differenzieren zwischen tatsächlich staatsfeindlichen Aktivitäten oder journalistischer Professionalität bei kritischer Berichterstattung. Hinzu kommt eine Eigentümerstruktur,

bei der sich Medienorgane als Randsparten großer Industriekonglomerate wiederfinden und sich entsprechend den Geschäftsinteressen unterordnen müssen. Unabhängige Berichterstattung ist somit heute bereits eine Ausnahmeerscheinung in der Türkei. Das FES-Büro in Istanbul hat diese Entwicklung auf einer Konferenz am 24. November mit türkischen Teilnehmern und internationalen Gästen aufgegriffen. Die OSZE-Repräsentantin für Medienfreiheit, Dunja Mijatovic, sowie die türkische Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Isil Karakas, forderten die türkische Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen und diesen bedrohlichen Tendenzen schnellstmöglich entgegen zu wirken. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der EU-Beitrittsverhandlungen sei dies unabdingbar. Vertreter aus dem türkischen Medienbereich betonten die Wichtigkeit, weiter auch von internationaler Seite Druck auszuüben.

# ZEITUNGEN ALS ÜBERSETZER

*Diskussionsrunde*

## 4. MITTELDEUTSCHER MEDIENDIALOG DER FES IN LEIPZIG

Über die „Die Zukunft der lokalen und regionalen Medien“ diskutierten Ende Oktober neben Bernd Preuße, Geschäftsführer des Mitteldeutschen Druck- und Verlagshauses auch Katrin Budde, Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD in Sachsen-Anhalt, Jan Emendörfer, Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, René Falkner, Geschäftsführer Sachsen Fernsehen und Oliver Radtke, Geschäftsführer der Sächsischen Zeitung.

Obwohl der Trend und das Interesse zunehmend in Richtung Lokales ginge, sinke die Auflage der lokalen und regionalen Tageszeitungen stetig, erklärte der LVZ-Chefredakteur Jan Emendörfer. Der Leser sei nur in Verbindung mit der entsprechenden Hardware, wie Tablet-Computer und SmartPhone, zu erreichen, so Oliver Radtke für die Sächsischen Zeitung. Entscheidend sei seiner Ansicht nach der Mobilitätsgedanke, mit dem sich Service-Formen anbieten ließen, für die auch eine Zahlbereitschaft der Leser bestünde. Katrin Budde, die auch Mitglied im ZDF-Fernsehrat ist, wünschte sich mehr Diversität auf dem Medienmarkt mit mehr Hintergrundinformationen.

Die Printzeitung müsse auch als Übersetzer für Themen dienen, die sich abseits der Schlagzeilen bewegen, so Budde.

## EINZIGARTIGES PROJEKT IN AFRIKA

*Kurz notiert*

Seit 2008 haben das FES-Büro in Tansania und die Bibliothek der FES zusammen mit Partnern in Tansania ein früheres Vorhaben neu belebt: Den Auf- und Ausbau sowie die Professionalisierung der Bibliothek der Regierungspartei CCM (Chama Cha Mapinduzi) in der Hauptstadt Dodoma. Dieses in Afrika wohl einmalige Projekt dient dazu, Geschichte und politische Kultur des Landes systematisch zu erschließen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Besuche von tansanischen Kollegen in Archiv und Bibliothek der FES sowie Marcus Sommerstange von der Bibliothek der FES identifizierte in Dodoma Bedarf und Ansätze für eine weiterführende Kooperation und bot vor Ort Beratung und Schulung zum modernen Bibliotheks- und Informationsmanagement an.

## NEW MUSIC – NEW BUSINESS?

### MANAGERKREIS ZUM WANDEL IN DER MUSIKINDUSTRIE

Die Digitalisierung und Vernetzung im Internet haben die Musikindustrie umgekrempelt. Die Künstler können dank der digitalen Technik ihre Musik mit geringen Kosten selber produzieren und online anbieten. Garagenbands können so zu Publikumshelden werden. Viele Klicks und Downloads garantieren aber noch keinen finanziellen Erfolg. Wie kann man mit guter Musik auch gutes Geld verdienen? Welche neuen Geschäftsmodelle eignen sich dafür? Und welchen

die fortschreitende Digitalisierung. Zwischen 1999 und 2005 habe die deutsche Musikindustrie fast 50 Prozent ihres Umsatzes verloren. Für die Bereitstellung legaler Downloadangebote haben die Unternehmen sechs Jahre gebraucht. Auch bei einem weiteren neuen Geschäftsmodell, dem Streaming, hinke Deutschland hinterher, so Renner. Beim Streaming geht es nicht darum, die Musik herunterzuladen und zu besitzen, sondern auf sie zugreifen zu können. Offene Lizenzfragen hatten den Start von Musik-

Streaming-Diensten wie Spotify in Deutschland verzögert. „Wir müssen den gordischen Knoten lösen und dürfen uns nicht an alten Geschäftsmodellen festklammern“, fasste Tim Renner zusammen.

Björn Böhning erläuterte, wie der Berliner Senat ab 2013 mit dem



Auf der Suche nach neuen Geschäftsmodellen: Diskussionsrunde im Rahmen der Berlin Music Week (Foto: Bollhorst).

Stellenwert nimmt Berlin als internationaler Standort für die Entstehung und Vermarktung neuer Musik und Kultur ein?

Vertreter der Musikbranche und der Politik waren im Rahmen der Berlin Music Week auf Einladung des FES-Managerkreises zusammen gekommen, um über diese Fragen zu diskutieren. Die Gäste auf dem Podium waren Tim Renner, Geschäftsführer von Motor Entertainment, der Country Manager von Spotify, Stefan Zilch, Björn Böhning, Chef der Berliner Staatskanzlei und die ehemalige Bundesjustizministerin Brigitte Zypries. Geleitet wurde die Diskussion von Diane Hielscher, Moderatorin beim Radiosender FluxFM. Tim Renner erläuterte den Wandel der Musikindustrie durch

Musicboard die Musikbranche fördern möchte. Im Jahr 2013 stellt der Senat 1 Million Euro zur Verfügung, um professionelle Künstler auf ihrem Karriereweg zu unterstützen und sie über Berlin hinaus bekannt zu machen. Brigitte Zypries räumte ein, dass die Politik die Kreativwirtschaft zu spät als einen relevanten Wirtschaftsbereich entdeckt hat: Es sei u. a. deren Aufgabe, sich der sozialen Situation der Künstler anzunehmen. So müssten Urheberrecht und künstlerische Leistung im digitalen Zeitalter geschützt werden, so Zypries.

EINE ZUSAMMENFASSUNG DER DISKUSSION:  
<http://youtu.be/6bbIOqpcJw>

## DAS REINSTE KINDERSPIEL?

### NETZWERK BILDUNG ZUR FRÜHKINDLICHEN BILDUNG

Mit dem Jahr 2013 haben auch Kinder unter drei Jahren ein Anrecht auf einen Kitaplatz. Bund, Kommunen und eine Vielzahl nichtstaatlicher Träger arbeiten mit Hochdruck daran, bis August 2013 eine ausreichende Zahl an Betreuungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Ob der Ausbau fristgerecht gelingt, ist angesichts der finanziellen Belastung der Kommunen offen, zumal sich ein deutlich höherer Bedarf abzeichnet, als zunächst

angenommen. In der aktuellen Diskussion um Plätze und finanzielle Mittel wird häufig ausgeblendet, dass die Qualität frühkindlicher Bildung von der Aus- und Weiterbildung des Personals abhängt. Bei der Fachtagung des Netzwerk Bildung zu „Personalkompetenzen in der frühkindlichen Bildung“ am 3. Dezember 2012 wurde deutlich, dass daneben auch der Personalschlüssel als wesentliche Stellschraube für Qualität gilt.

Der Ausbau der Kitas für Kleinstkinder, die Umsetzung von Inklusion, Sprachförderung sowie veränderte Bedürfnisse von Eltern, führen zu einer Flut von Anforderungen an die Erzieher/innen. Insbesondere die Kleinkindbetreuung war

in der Vergangenheit nicht Gegenstand der Ausbildung. Gleichzeitig führt die Finanzknappheit dazu, dass der Großteil der Weiterbildungsaktivitäten sich auf ein bis drei Tage beschränkt: Eine weitere Professionalisierung ist nötig.

## SCHULABSCHLÜSSE OHNE WERT

*Länderstudien*

### ARBEITSMARKTCHANCEN VON JUGENDLICHEN

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat traurige Rekordwert erreicht. Konservative Regierungen setzen weiterhin vor allem auf altbekannte Rezepte: Zum einen sollen Deregulierungen das Heuern und Feuern noch einfacher machen. Zum andern wird unterstellt, dass arbeitslose Jugendliche lediglich mehr Bereitschaft zur Fortbildung und zum Arbeiten für geringere Löhne an den Tag legen müssten, um ihr Schicksal selbst zu verbessern.

Das Projekt „Jugendarbeitslosigkeit in Europa“ der FES geht das Problem systematisch an und hat zwölf Länderstudien in Auftrag gegeben. Dabei wurde unter anderem deutlich, dass diejenigen jungen Europäer/innen, die in den letzten Jahren einen Job ergattern konnten, überdurchschnittlich häufig mit einem so genannten prekären Beschäftigungsverhältnis Vorlieb nehmen mussten. Damit schließt sich der Kreis, da prekär Beschäftigte überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Deshalb können die Deregulierungen des Arbeitsmarktes und die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse in Europa nicht als Teil der Lösung, sondern müssen als Teil des Problems Jugendarbeitslosigkeit angesehen werden.

In Berlin trafen am 29. November einige Autoren der Länderstudien mit MdB Klaus Barthel, Thomas Maes, dem Generalsekretär der europäischen Jungsozialisten sowie die Bundesjugendsekretäre von DGB und ÖGB zu einem Podiumsgespräch zusammen.

„Die Arbeitsmarktrisiken von gering qualifizierten Jugendlichen haben sich in Deutschland extrem verschärft. Selbst ein guter Hauptschulabschluss ist kaum noch etwas wert“, stellte Bernd Kohlrausch vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen fest. Hinzu aber komme, dass die Bildungschancen junger Menschen ebenfalls wieder mehr und mehr von der sozialen Herkunft abhängen. „Wenn wir heute über Jugendarbeitslosigkeit in Europa reden, reden wir über soziale Ungleichheit und darüber, wo jemand herkommt: aus welcher Familie, welchem Bildungsstand, welcher Region“, fasste auch Hans Dietrich vom Institut Arbeitsmarkt- und Berufsforschung eines der wichtigen Ergebnisse zusammen, die im Rahmen seiner eigenen, europaweit angelegten Referenzstudie erarbeitet wurden.

### DIE LÄNDERSTUDIEN

[www.fes.de/lnk/youthunemployment](http://www.fes.de/lnk/youthunemployment)

## MIT LANGEM ATEM

*Problemanalyse*

### SPRACHBILDUNG IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Wie gelingt durchgängige Sprachbildung dort, wo Deutsch nicht Muttersprache ist oder so schlecht und so wenig gesprochen wird, dass den Kindern zentrale Bausteine beim Erwerb der Bildungssprache fehlen? Das Modellprogramm FÖRMIG arbeitet seit über zehn Jahren an solchen Fragen und hat es geschafft, den Austausch zwischen zehn Bundesländern sicher zu stellen. Die Schlussfolgerung aus der praktischen Erfahrung: Sprachbildung geht alle in allen Bereichen den ganzen Tag lang an: Die Erzieher/innen, die

Lehrer/innen, die Sozialpädagog/innen und die Familienangehörigen. Durchgängige Sprachbildung braucht einen langen Atem, weil die Umsetzung in den Bildungsaltag in Kita und Schule mindestens drei Jahre in Anspruch nimmt, bevor erste Erfolge sichtbar werden. Mit der Sprachbildung in der Einwanderungsgesellschaft beschäftigte sich eine zweitägige Veranstaltung des Arbeitsbereichs BerlinPolitik im Forum Berlin, an der auch der Berliner Staatssekretär für Bildung, Mark Rackles, teilnahm.

# ABWÄRTSSPIRALE AUFHALTEN

## GESPRÄCHSKREIS MIGRATION UND INTEGRATION ZUR SOZIALEN ARBEIT

Quartiere, Stadtteile, Städte und Gemeinden sind in der Regel die räumlichen Einheiten, auf die sich staatliche und kommunale Programme

vorstellungen nicht deckungsgleich sind mit der Lebenswelt und den Netzwerken von Zu- und Einwanderern. Es existieren vielfältige Kommu-

nikationskanäle und Verbindungen, die über die Nationengrenzen hinausreichen. Die Soziale Arbeit müsse sich in ihren Konzepten auf die religiöse, ethnische, kulturelle und soziale Vielfalt moderner Gesellschaften einstellen.

Um „Sozialraumorientierung und Interkulturalität in der Sozialen Arbeit“ ging es bei der Konferenz am 15. Oktober 2012 in Berlin. Dilek Kolat, Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen zeigte kein



Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat beim Gesprächskreis Migration und Integration (Foto: Zensen).

beziehen. Ludger Pries von der Universität Bochum wies während einer gemeinsamen Fachkonferenz des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt und des Gesprächskreises Migration und Integration der FES darauf hin, dass diese Raum-

Verständnis dafür, dass die Bundesmittel im Programm „Soziale Stadt“ drastisch gekürzt worden sind. Dadurch werde es schwieriger, die soziale Abwärtsspirale in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten.

# VOM PROBLEMFALL ZUM MUSTERBEISPIEL

## DER LANGE WEG DER RÜTLI-OBERSCHULE

Die ehemals als hoffnungsloser Problemfall angesehene Rütli-Oberschule in Berlin-Neukölln ist ein Ort geworden, an dem Bildung neu gedacht wird: Wo der Leitsatz „Kein Kind darf verloren gehen!“ oberste Maxime ist, wo die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen auf dem heutigen „Campus Rütli“ miteinander und im Sinne des Kindes und seiner ganz individuellen Bedürfnisse gestaltet wird. Auf dem Campus findet man in enger Zusammenarbeit Kita, Grundstufe, Sekundarstufe in Form einer Gemeinschaftsschule, eine El-

terninitiative, ein Elterncafé, die Jugendfreizeiteinrichtung Manege und eine Lernwerkstatt. Über die enge Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement wirkt die Schule in den Stadtteil hinein. Getragen wird diese Gemeinsamkeit durch zeitintensive „Beziehungsarbeit“, die durch externe Moderatoren betreut wird. Finanziert werden diese Prozesse, durch die Freudenberg Stiftung, die sich verbindlich für 10 Jahre auf dem Campus Rütli engagiert und den Quadratkilometer Bildung initiiert hat.

Mit dem Campus Rütli ist eine Bildungslandschaft entstanden, die einen Bezirk mit besonderem Entwicklungsdarf zu einem Leuchtturm gemacht haben. Und so hat der Arbeitsbereich BerlinPolitik im Forum Berlin auch die Frage gestellt, „Ist Campus Rütli – CR<sup>2</sup> übertragbar?“ Die Antwort lautete: Verfahren und Strukturen sind dann übertragbar, wenn den Beteiligten klar ist, wie viel Arbeit, wie viel Reden, Aushandeln und Aushalten auf dem Weg zu solchen Erfolgen nötig ist.

### DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG TRAUERT UM DR. MICHAEL BÜRSCH (1942-2012)

Als Vorsitzender der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ im Deutschen Bundestag rief Michael Bürsch den „Arbeitskreis Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ gemeinsam mit der FES ins Leben und leitete ihn über mehr als zehn Jahre mit großem Geschick, Leidenschaft und politischer Weitsicht. Wir sind ihm sehr dankbar.

DOKUMENTATION DER VERANSTALTUNG:  
[www.fes-forumberlin.de/content/bildung\\_archiv.php](http://www.fes-forumberlin.de/content/bildung_archiv.php)



# TREFFGENAUE VORHERSAGEN

## BERLINER SCHÜLER SIMULIEREN US-WAHL

New Jersey kommentiert der Botschafter selbst. „Das ist mein Home State“, sagt Philip D. Murphy, US-Botschafter in Berlin. „Und ja, dort wird wahrscheinlich Obama gewinnen.“ Murphy wird am nächsten Tag recht behalten, ebenso wie die meisten der 116 Englischkurse Berliner Oberschulen, deren Vertreter am Vortag der US-Präsidentenwahl in der FES Wahlvoraussagen für alle 50 Staaten der USA trafen.

Im Rahmen des Election School Projects waren den Schülern per Los US-Staaten zugeteilt worden. Die politischen Rahmenbedingungen in „ihrem“ Staat behandelten die Kurse dann über vier Wochen hinweg im Unterricht. Die Ergebnisse ihrer Arbeit stellten die Schüler in unterschiedlicher Weise vor; mit Pla-

katen, Comics und Videos.

Aber neben den kreativen Ergebnissen konnten die Schüler auch mit einem genauen Ergebnis punkten, denn den überwältigenden Teil der Wahlergebnisse prognostizierten sie richtig.

Am Ende des School Election Projekts stand jedoch ein eindeutiger Sieg für Barack Obama.



US-Botschafter Philip D. Murphy gratuliert Teilnehmer/innen des Election School Project

# FALSCHER ANNAHME ZUM PFLEGE BEDARF

## GESUNDHEIT UND PFLEGE INTERKULTURELL

Der Anteil von Senioren mit Migrationsgeschichte an der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren steigen. Die Annahmen, dass die älteren Migrantinnen und Migranten nach dem Erwerbsleben in ihre Herkunftsländer zurückkehren und bei ihnen ein geringerer Pflegebedarf besteht, haben sich als falsch erwiesen. Die Gesundheits-, Pflege- und Alteneinrichtungen müssen deshalb ihre Angebote und Leistungen auf die zunehmende kulturelle und ethnische Vielfalt der Bevölkerung ausrichten.

Mit der Frage, wie dies umgesetzt werden kann, beschäftigte sich eine Fachkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbunds und des Gesprächskreises Migration und Integration der FES am 28. November 2012 in Berlin. Annelie Buntenbach, vom DGB-Bundesvorstand, wies darauf hin, dass nach wie vor die soziale Lage und die Arbeitsbedingungen entscheidend für die gesundheitliche Situation der Menschen verantwortlich sind.

In einer gezielten Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Beschäftigten zur Vermittlung interkultureller Kompetenzen, sieht Mechthild Rawert, MdB und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages einen wichtigen Schritt. Mo-

nika Lücke, die neue Integrationsbeauftragte Berlins, will einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Situation älterer Migrantinnen und Migranten legen, deren Anteil in einigen Stadtteilen in den letzten Jahren sehr deutlich gestiegen ist.

## EINBLICKE FÜR FES-NACHWUCHS

Im Rahmen des Trainee- und Projektassistent/innen-Programms führt die Personalabteilung in Zusammenarbeit mit dem Archiv der sozialen Demokratie der FES Veranstaltungen mit Hinterlegern zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen durch. Ende September diskutierten Ministerpräsidentin a. D. Heide Simonis und Prof. Dr. Malte Faber, ehemaliger Direktor des Alfred-Weber-Instituts für Sozial- und Staatswissenschaft der Universität Heidelberg, mit den wissenschaftlichen Nachwuchskräften der FES zum Thema „Die wirtschaftswissenschaftlichen Ursachen der Finanzkrise und ihre philosophischen und politischen Aspekte“. Im Foyer der FES Bonn wurde aus diesem Anlass die Archiv-Vitrine mit Exponaten aus den Deposita Heide Simonis und Malte Faber gestaltet.

Entwicklungsprognose

Kurznotiert

# MAX DIAMANT: SOZIALIST, EXILANT, GEWERKSCHAFTER

## EXILFORSCHUNG UND GEWERKSCHAFTSGESCHICHTE

Ein internationales Symposium über den Sozialisten, Exilanten und bedeutenden Gewerkschafter der Nachkriegszeit Max Diamant, wurde Ende September vom Kooperationsprojekt „Jüngere und jüngste Gewerkschaftsgeschichte“ der Hans-Böckler-Stiftung und der FES sowie dem Archiv der sozialen Demokratie veranstaltet.

Die Tagung mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Spanien, Belgien, Russland sowie der Türkei stellte das Wirken Max Diamants in den Rahmen lokaler, regionaler, nationaler wie internationaler Kontexte. Ziel war es, Exilforschung mit Gewerkschaftsgeschichte zu verbinden und so die Kontinuitätslinien vom antifaschistischen Widerstand bis zur internationalen Solidarität in der Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit zu beleuchten.

Diamant, 1908 in Lodz geboren, wurde schon jung Gewerkschafter und Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, bevor er 1924 mit seinen Eltern in die Sowjetunion übersiedelte. Die Zeit in der Sowjetunion, der Konflikt mit der kommunistischen Nomenklatura und die Rückkehr nach Mannheim im Jahre 1927 gehören zu den ersten Prägungen, denn er

entschied sich zur Abkehr vom orthodoxen Kommunismus und wurde Mitglied der SPD. 1933 flüchtete er nach Straßburg. Die Stationen seines Exils führten ihn von dort über Paris in den spanischen Bürgerkrieg. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war er in mehreren französischen Lagern interniert und übte danach bedeutende Hilfstätigkeiten in der Fluchthilfe für deutsche und spanische Flüchtlinge aus. 1942 emigrierte er nach Mexiko, wo er Einfluss auf die dortigen Exildebatten nahm. Nach 1945 war er Mitbegründer einer Gruppe deutschsprachiger Sozialisten.

Max Diamant knüpfte bereits in den 1950er Jahren als Korrespondent der SPD- und Gewerkschaftspresse wieder wichtige Kontakte in die Bundesrepublik Deutschland. 1962 kehrte er zurück und arbeitete bis 1973 als Leiter der Abteilung „Ausländische Arbeitnehmer“ beim Vorstand der IG-Metall.

Die Tagung zeigte Kontinuitäten vom antifaschistischen Exil zum gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Wirken Diamants in der Nachkriegszeit ebenso auf wie die antitotalitären Abwendung vom orthodoxen Kommunismus.

# BOTSCHAFTER DER AUSSÖHNUNG

## GEORG ECKERT ZUM 100. GEBURTSTAG

Der Ethnologe und Historiker Georg Eckert (1912–1974) hatte sein Netzwerk aus zahllosen Kontakten gänzlich in den Dienst der Völkerverständigung gestellt, um Deutschland mit seinen ehemaligen Kriegsgegnern auszusöhnen. Den Geburtstag Georg Eckerts, der sich am 14. August 2012 zum 100. Mal jährte, nahm das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Anlass, sich an eine Persönlichkeit zu erinnern, die bis heute nichts von ihrer Bedeutung verloren hat. Dr. Heike Christina Mätzing würdigte Leben und Werk Georg Eckerts.

Als Professor für Geschichte und ihre Methodik gründete Eckert 1951 in Braunschweig das heute nach ihm benannte Internationale Schulbuchinstitut. 1964 wählte ihn die Deutsche UNESCO-

Kommission zu ihrem Präsidenten. Die so begründete Personalunion bot Georg Eckert noch stärkere Möglichkeiten, die von ihm betriebene internationale Schulbuchrevision mit der auswärtigen deutschen Kulturpolitik zu verzahnen. Meilensteine auf diesem Weg waren und sind bis heute die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen von 1975, die durch die Neue Ostpolitik Willy Brandts ermöglicht worden waren.

Außerdem hatte sich Eckert nach dem Zweiten Weltkrieg als einer der ersten Historiker Deutschlands der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zugewandt. 1961 gründete er das im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Jahrbuch „Archiv für Sozialgeschichte“, für das er bis 1969 die alleinige Verantwortung trug.



# EUROPA UND DIE WELT

## VERNETZEN

## TRANSATLANTISCHE WECHSELWIRKUNGEN

*Dialogprogramm*

### FES-WASHINGTON UND DIE U.S. PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Im U.S. Präsidentschaftswahljahr 2012 kreuzte sich in der Arbeit des FES Büros in Washington das traditionell hohe Interesse deutscher und europäischer Politiker an den zentralen Themen des amerikanischen Wahlkampfs mit einem steigenden Interesse amerikanischer Partner an der Rolle Deutschlands im Kontext der Euro-Krise. In Washington waren viele überzeugt, dass keine Einzelperson auf die Wahlaussichten Präsident Obamas so viel Einfluss habe, wie die deutsche Kanzlerin. Hochrangige deutsche Besucher von Peer Steinbrück über Andrea Nahles, Michael Vassiliadis und Thomas Oppermann bis zu Matthias Machnig waren folglich gefragte Gesprächspartner und es gelang ebenso von US-Seite, hochrangige Partner in den Dialog einzubinden, darunter Finanzminister Geithner und Chris van Hollen, den stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Repräsentantenhaus.

Die Dialogprogramme erlaubten einen kritischen Diskurs sowohl zu Fragen der Euro-Krise und ihre Auswirkungen auf Europas Zukunft als auch zur amerikanischen Haushaltslage und Steuerpolitik mit ihren Rückwirkungen auf

Amerikas globale Rolle. Daneben wurden viele Aspekte des Präsidentschaftswahlkampfs diskutiert: die politischen Agenden der Demokraten und Republikaner, Wahlkampffinanzierung und der ungeheure personelle und materielle Aufwand der demokratischen und republikanischen Kampagnen. Amerikanische Politiker, Wirtschaftsexperten, Gewerkschafter, Journalisten und Umfrageexperten zeichneten ein vorsichtig optimistisches Bild von der gestiegenen Akzeptanz progressiver Politik in der amerikanischen Bevölkerung. Wie der Wahlausgang belegte, haben die Ansätze der Demokraten zu Steuerpolitik und sozialer Gerechtigkeit, zu Investitionen in Bildung und Infrastruktur, zu den Bürgerrechten Homosexueller, zur Gleichstellung und Selbstbestimmung von Frauen sowie zur Integration von Einwanderern heute knappe Mehrheiten. FES Washington begleitete die Wahlen zudem mit zahlreichen Analysen und Kommentaren im Rahmen der „Spotlight“-Serie.

MEHR ZUM THEMA  
[www.FESDC.org](http://www.FESDC.org)

## Rückblicke

**„OHNE KRISE KOMMEN WIR NICHT AUS“****50 JAHRE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT**

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten Charles de Gaulle und Konrad Adenauer im Elysée-Palast den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Der französische Staatspräsident hatte die Hand zur Versöhnung gereicht und damit beiden Ländern eine neue Zukunft eröffnet.

Fünfundzwanzig Jahre später kennt die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich mehr Organisationen, Institutionen und Akteure als alle anderen vergleichbaren bilateralen Kooperationen. Seit 1963 haben über acht Millionen

Jugendliche an 300.000 Austauschprogrammen des deutsch-französischen Jugendwerkes teilgenommen, und es gibt über 2.200 Partnerschaften zwischen Städten, Departements und Regionen. Neben regelmäßigen Ministertreffen finden halbjährige Gipfeltreffen beider Regierungen statt, deutsche und französische Beamte arbeiten in den Ministerien des jeweils anderen Landes, und es gibt eine deutsch-französische Brigade als integrierte militärische Einheit. Trotz dieser eindrucksvollen Bilanz gibt es auch Kritik an der deutsch-französischen Kooperation, die bisweilen als nicht mehr zeitgemäß, verkrustet und für junge Menschen wenig attraktiv bezeichnet wird. Um im Vorfeld des 50-jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrages Erfahrungen und Gedanken über Stärken und Schwächen der heutigen Situation auszutauschen, luden das Goethe-Institut, das Deutsch-Französische Institut, die Fondation Charles Léopold Mayer, die Universität Paris-Sorbonne und das Pariser FES-Büro am 13. November 2012 Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft ein.

An der Tagung nahmen rund 50 Vertreter aus Institutionen, Verbänden und Gemeinschaften beider Länder teil. Die abschließende Podiumsdiskussion stand unter dem provokanten Titel „Ohne Krise kommen wir nicht aus: über deutsch-französische Befindlichkeiten“.

## Kurz notiert

**STRATEGIEGESPRÄCHE**

Gemeinsam mit dem Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS) veranstaltete das Pariser Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung die 24. Deutsch-Französischen Strategiegelgespräche. Auf der Agenda des diesjährigen „Cercle stratégique franco-allemand“ standen die Situation und die sicherheitspolitischen Optionen in der Sahelzone, Syrien und das regionale Gleichgewicht sowie die Perspektiven für Afghanistan nach dem Rückzug der ISAF-Truppen. Der Präsident der französischen Nationalversammlung, Claude Bartolone, hob in seiner Eröffnungsrede hervor, dass die drei geopolitischen Brennpunkte die Notwendigkeit der deutsch-französischen Zusammenarbeit verdeutlichten.

## Diskussion

**KEIN WOHLSTAND OHNE SOZIALSTAAT****DAS SKANDINAVISCHES MODELL**

Kann das skandinavische Modell ein Vorbild für Polen oder sogar ganz Europa sein? Eine Konferenz der FES, der Warschauer Wochenzeitschrift „Polityka“ und der Lassalle-Gesellschaft fragte nach der Zukunft des Sozialstaats.

**Der Soziologe Joakim Palme** (Bild), der Sohn des 1986 ermordeten schwedischen Regierungschefs Olof Palme, war nach Warschau gekommen, um an der Panel-Diskussion über „Die Zukunft des Sozialstaats“ teilzunehmen. Palme machte deutlich, dass

der Erfolg des schwedischen Sozialstaatsmodells nicht vom Himmel gefallen sei. „Das ist das Resultat einer konkreten Politik. Wir haben durch gezielte Investitionen in die Familien vor allem

die Frauen gestärkt und mobilisiert. Wir haben in Bildung investiert und setzen auf lebenslanges Lernen“. Er wies darauf hin, dass jene Länder in Europa, die über gut organisierte Sozialsysteme verfügen, wirtschaftlich am erfolgreichsten sind. Sein Fazit: „Der Sozialstaat sichert und erhöht den Wohlstand.“



# MEHR EIGENVERANTWORTUNG GEFRAGT

## NACHWUCHSPOLITIKER AUS DEM WESTLICHEN BALKAN IN BRÜSSEL

Nach Island und der Türkei hat im Juli Montenegro Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen, Serbien erhielt im März Beitrittsstatus, mit Mazedonien hat die EU trotz der ungelösten Namensfrage einen „Beitrittsdialog“ begonnen und Kroatien wird im Juli 2013 der Europäischen Union als 28. Mitglied beitreten. Trotzdem herrscht bei den Menschen in den Ländern des westlichen Balkans die Befürchtung vor, dass die EU vor dem Hintergrund der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise eine „Erweiterungspause“ einlegen könnte.

Um die europäische Zukunft ihrer Länder im Gespräch mit Brüsseler Entscheidungsträger/innen auszuloten, versammelten sich 12 junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Kroatien, Kosovo und Serbien in Brüssel.

Die drohende Restriktion der jüngst erworbenen Visafreiheit war eines der zentralen Themen ebenso wie die vermeintliche Erweiterungsmüdigkeit bei den EU-Partnern. Die innereuropäische Krise ist dafür jedoch nur ein Grund. Die seit Jahren schleppenden Re-

formfortschritte – bei Korruptionsbekämpfung, Justizreform, Rechtsstaatlichkeit – ungelöste bilaterale Konflikte und wachsender Ethno-Nationalismus lassen Zweifel an der politischen Europareife der Partner im Westbalkan aufkommen und sind Öl im Feuer der „Erweiterungsgegner“. Mehr „ownership“ im Sinne von Eigenverantwortung für die Entwicklungen im eigenen Land anzunehmen, eine politische Kultur des Kompromisses zu entwickeln und Politik in den



Informationsaustausch über ihre europäische Zukunft: Junge Gäste aus dem Balkan in Brüssel

Dienst der Gesellschaft zu stellen, dies wurde von den Teilnehmer/innen als die größten Herausforderungen für den politischen Nachwuchs im Westbalkan definiert.

# LÖSUNGSANSATZ ODER LUFTSCHLOSS?

## HERAUSFORDERUNGEN IN FRIEDENSMISSIONEN

Das Prinzip des „Local Ownership“, der verstärkten lokalen Mitbestimmung und Eigenverantwortung wird gemeinhin als zentraler Faktor im Prozess der Staatsbildung nach internationalen Interventionen angesehen. Um der Frage nachzugehen, welche Faktoren für den Erfolg notwendig sind, hat die FES in Kooperation mit der London School of Economics drei Fallstudien betroffener Länder durchgeführt: Bosnien-Herzegowina, Afghanistan und Kosovo. Die Ergebnisse dieser Analysen wurden am 18. Oktober in Brüssel Experten und Entscheidungsträgern aus den europäischen Institutionen vorgestellt.

Die Autorinnen und Autoren hoben bei der Vorstellung ihrer Studien hervor, dass das Thema mit einer starken emotionalen Komponente behaftet ist. Dies resultiert aus mangelndem Ver-

trauen und Respekt der kooperierenden Seiten sowie gegenseitigen Schuldzuweisungen.

Augenblicklich wird die Übergabe von Kompetenzen lediglich im Kontext eines möglichst baldigen Rückzugs der internationalen Einsatzkräfte betrachtet.

Mithilfe einer neuen Kommunikationsstrategie sollten klare Kompetenzzuweisungen geschaffen, realistische Ziele ausgewiesen und die emotionale Dimension des Themas berücksichtigt werden. Als größte Herausforderung in Friedensmissionen weisen die Studien jedoch den Bedarf nach einer besseren Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und internationalen Verantwortlichen aus. Hierbei sollte frühzeitig ein nachhaltiger Dialog sichergestellt werden, um einen für alle Seiten würdevollen Prozess zu ermöglichen.

Vortrag

## POLITISCHE KRISE IN RUMÄNIEN

### MIRCEA GEOANA ZU GAST IN BERLIN

Im Sommer 2012 war der Sozialdemokrat Victor Ponta Ministerpräsident Rumäniens geworden. Der letztlich gescheiterte Versuch, den konservativen Präsident Traian Basescu des Amtes zu entheben, hatte heftige internationale Kritik am Vorgehen der Regierung Ponta hervorgerufen. „Die Wiederherstellung des Rufes und der Glaubwürdigkeit Rumäniens wird einige Zeit dauern und kein leichtes Unterfangen sein. Die Wiederaufnahme von Regierungs- und parlamentarischen Kontakten mit Deutschland und den anderen europäischen Ländern ist von hoher Priorität für die kommende Zeit“, so der ehemaligen Außenminister Rumäniens Mircea Geo-

ana bei seinem Besuch am 21. November 2012 in Berlin.

Auch die großen strukturelle Probleme Rumäniens wie Armut und Ungleichheit, eine nur schwach wettbewerbsfähige Wirtschaft, mangelnde Effizienz und Transparenz sowie ausgeprägte Korruption kamen bei der Fachdiskussion im politischen Club der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Sprache.

#### ANALYSE

„Rumänien vor den Wahlen. Politische Krise offenbart grundlegende Demokratieprobleme“  
von Matthias Jobelius, [www.fes.de/lnk/jz](http://www.fes.de/lnk/jz)

Zustands-  
beschreibung

## MOLDAU STREBT NACH EUROPA

### PARLAMENTSPRÄSIDENT LUPU ZU GAST IN BERLIN

Die Republik Moldau, ehemalige Sowjetrepublik und seit 1991 unabhängig, hat einen Kurs der europäischen Integration eingeschlagen. Für das Jahr 2013 wird der Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union

erwartet, dazu ein Freihandelsabkommen und Visaerleichterungen. Am 27. November 2012 war der **Parlamentspräsident der Republik Moldau, Marian Lupu**, zu Gast bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin und stellte vor 150



Gästen dar, wie weit sein Land auf diesem Weg nach Europa inzwischen vorangekommen und wie wichtig dieser Fortgang für den innenpolitischen Reformprozess der Republik Moldau ist. Noch erfülle sein Land viele EU-Standards in den Bereichen Justiz, in der Kommunalverwaltung, im Bildungs-, Sozial- und Rentensystem nicht, räumte der Parlamentspräsident jedoch ein.

Kurz notiert

### NORDISCH-DEUTSCHE PERSPEKTIVEN

„Nordisch-Deutsche Perspektiven zur gemeinsamen Sicherheit- und Verteidigungspolitik (GSVP) in Europa“ suchte eine Fachtagung am 25. Oktober in Berlin. Deutsche Politiker wie Franz Thönnies, Dietmar Nietan und Niels Annen diskutierten mit ihren Kollegen aus Schweden, Finnland und Norwegen. Sicherheits- und Verteidigungsfragen haben angesichts der

Wirtschafts- und Finanzkrise derzeit wenig Priorität und im Bereich der GSVP mangelt es an politischen Initiativen. Gibt es dann überhaupt gemeinsame Deutsch-Nordische Ansätze zur Zukunft der GSVP? Kleine Schritte seien derzeit politisch bevorzugt. Aus der nordischen Perspektive wäre eine regionale Kooperation, beispielsweise im Ostseeraum, ein erster Schritt. Offen bleibt nur die Frage: wer ergreift die Initiative?

## EUROPATHEMEN IM JOURNALISMUS

Eine Gruppe deutscher Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten hatte während eines viertägigen Aufenthalts im FES-Europabüro in Brüssel Gelegenheit, in Gesprächen mit Brüsseler Korrespondenten Einblicke in deren Arbeitserfahrungen zu erhalten. Dabei wurde deutlich, dass eine zentrale Hürde für die EU-Berichterstattung darin besteht, sehr komplexe Themen vereinfacht darzustellen und einen Bezug zum Alltagserleben einer breiten Öffentlichkeit herzustellen. Weitere Hintergrundgespräche bildeten die Grundlage für eigene Beiträge im Rahmen einer Schreibwerkstatt unter professioneller Anleitung.

## EUROPA-OPTIMIST

„Er gehört zu den exzellenten Unternehmensberatern in Deutschland mit der tiefsten Kenntnis über Europa“, so begrüßte Florian Gerster, Vorsitzender des Managerkreises Rhein-Main, den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Roland Berger Strategy Consultants, Prof. Burkhard Schwenker. „Mein Optimismus zu Europa ist ungebrochen!“, bekannte der Unternehmensberater vor den rund 100 Gästen des Managerkreises Rhein-Main. Europa zeichne sich nicht nur durch die industrielle Kompetenz sowie seine Handwerks- und Konsenskultur aus, sondern vor allem durch die Fähigkeit, sie erfolgreich umzusetzen.

## WILLY-BRANDT-LESUNG IN Breslau

Die Vergabe des Friedensnobelpreises an die Europäische Union verdeutlicht nicht nur die Wertschätzung für ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens, sondern ist auch ein Ansporn, härter für die Weiterentwicklung der Idee eines gemeinsamen Europa zu arbeiten, so Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Gastrednerin der jährlichen Willy-Brandt-Lesung in Breslau unterstrich, dass zur wirksamen Bekämpfung der Krise die nationalen Interessen zurückgesteckt werden müssen: „Nur gemeinsam sind wir stark“.

## KROATIEN VOR DEM EU-BEITRITT

Anfang 2012 hat die kroatische Bevölkerung mehrheitlich für einen EU-Beitritt gestimmt. Die vielfältigen Auflagen des Beitrittsverfahrens hat das 4,5-Millionen-Einwohner-Land auf dem Balkan erfüllt. Kroatien wird 2013 das 28. Mitglieds-

land der EU. Was dieser Beitritt für das Land bedeutet, welche Chancen aber auch Erwartungen damit geweckt werden, darüber referierte **der kroatische Ministerpräsident Zoran Milanovic** (Bild) bei der FES in Berlin. Der Beitritt hat seinen Preis, so der Ministerpräsident: „Kroatien wird in diesem Jahr wahrscheinlich ein negatives Wachstum aufweisen. Aber wir werden stabile Finanzen haben.“



(Foto: Geeck)

## SPANIENS UNBEWÄLTIGTE VERGANGENHEIT

Bis heute sind die Gräueltaten der Franco-Diktatur in Spanien weder juristisch noch gesellschaftlich aufgearbeitet. Im Rahmen der Veranstaltung „Schatten der Vergangenheit – Spaniens Umgang mit dem Erbe Francos“ zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung Ende Oktober ins Berliner Kino Babylon eingeladen hatte, wurde zunächst der Dokumentarfilm „Los colonos del caudillo“ („Francos Siedler“) von Dietmar Post und Lucía Palacios gezeigt. Im Anschluss stellte sich ein hockkarätig besetztes Podium den Fragen des Publikums: **Felipe González, Ministerpräsident Spaniens von 1982 bis 1996** (Bild), Emilio Silva, Vorsitzender der Vereinigung zum Wiedererlangen des historischen Gedächtnisses (ARMH) und Carlos Castresana, Generalstaatsanwalt am spanischen Obersten Gerichtshof, beschrieben die Auswirkungen dieser unbewältigten Vergangenheit auf die spanische Gesellschaft.



(Foto: Schicke)

*Kurz notiert*

# ERWARTUNG TRIFFT AUF REALITÄT

## DIE TÜRKISCHE AUSSENPOLITIK IN ZEITEN DES UMBRUCHS

Lange Zeit getreuer Verbündeter des Westens und der NATO, hat die Türkei in den 90er Jahren begonnen, ihre eigenen außenpolitischen Interessen zu definieren. Bald war die Rede von der Abwendung vom Westen. Als eine regionale Wirtschaftsmacht mit großen politischen Ambitionen hat die Türkei nicht nur die Aufmerksamkeit der Nachbarländer, sondern auch Europas und der USA auf sich gezogen. Angesichts des arabischen Frühlings erwartete man von der Türkei eine führende Rolle im Prozess der Demokratisierung des Nahen Ostens. Mittlerweile ist das Land auf dem harten Boden der nahöstlichen Realität angekommen. Die Beziehungen

zu Syrien, einstmals exemplarisch für eine positive Nachbarschaftspolitik, sind fast in einen Krieg im Wartezustand übergegangen.

In mehreren Konferenzen, Seminaren und Hearings in Istanbul, Brüssel, Washington und Berlin widmete sich die FES in Zusammenarbeit mit internationalen Think Tanks (MIT, Princeton, SWP) Fragen der türkischen Außenpolitik. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit dem türkischen Think Tank TESEV im vierten Jahr in Folge eine Meinungsumfrage zu den brennendsten außen- und sicherheitspolitischen Themen in 14 Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas durchgeführt.

# NOCH VIELE HÜRDEN ZU ÜBERWINDEN

## DER IRAK AUF DEM WEG ZU MEHR DEMOKRATIE

Der Irak befindet sich in einem wackeligen demokratischen Übergangsprozess. Trotz jüngster Erfolge – die weitestgehend freien Wahlen 2010, die wiedererlangte Souveränität des Irak als Mitglied der Arabischen Liga und die verstärkte Zusammenarbeit mit der EU – gilt es, im Transformationsprozess zu einer Demokratie noch zahlreiche Hürden zu überwinden. Auf Einladung der FES kamen Bushra Husain al-Obaidi, Mitglied der Hohen Kommission für Menschenrechte im Irak und Jassim al-Helfy, Leiter des Information Center for Research and Development in Bagdad im September nach Berlin und Brüssel, um ihre Einschätzungen vorzustellen. Der Irak brauche eine starke nationale Identität, so die Gäste. Dennoch bliebe die größte Sorge nicht die Teilung des Iraks, sondern das Abdriften in eine erneute Diktatur.

Vor allem die Situation der Freiheitsrechte und der Gleichstellung von Männern und Frauen seien kritisch und das Justizsystem bedürfe einer grundlegenden Reform.

Großes Interesse weckten in Brüssel insbesondere die Ausführungen zu der im April 2012 gegründeten Hohen Kommission für Menschenrechte im Irak. Die unabhängige Kommission soll zum Schutz und der Einhaltung der Menschenrechte im Land beitragen und die Arbeit des Menschenrechtsministeriums, der Justiz, des Rats der Repräsentanten, der Exekutivorgane und Nichtregierungsorganisationen unterstützen. Leider könne die Kommission ihre Aufgabe bisher nur eingeschränkt wahrnehmen, erklärten die beiden irakischen Gäste.

# KOMMUNALWAHLEN IN DER WESTBANK

Zum ersten Mal seit 2007 hatte die palästinensische Bevölkerung der Westbank am 20. Oktober 2012 wieder die Gelegenheit, bei Kommunalwahlen ihre Stimme abzugeben. Allerdings wurde nur in 93 von 353 Distrikten gewählt. Durch den Wahlboykott der Hamas, konnten die in Gaza lebenden Palästinenser nicht von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen.

Trotz dieser Einschränkungen kam den Kommunalwahlen große Bedeutung zu. Die FES Ost-Jerusalem konzipierte mit dem Partner Health, Development, Information and Policy Institute (HDIP) ein Projekt zur Wahlbeobachtung sowie der Mobilisierung der Wahlberechtigten. Die 36 Wahlbeobachter kamen zu dem Schluss, dass die Wahlen überwiegend fair und frei abgelaufen sind.



# ENTTÄUSCHT, ABER VOLLER ENERGIE

## HOFFNUNGEN UND ÄNGSTE ARABISCHER FRAUEN

Seite an Seite kämpften Frauen und Männer während der Massenproteste in der arabischen Welt für Brot, Menschenrechte und Würde. Weniger als zwei Jahre nach den politischen Umbrüchen scheint sich die Hoffnung der arabischen Frauen nach einem selbstbestimmten Leben jedoch ins Gegenteil zu verkehren. „Die neuen Regimes nutzen den politischen Wandel, um der Frau ihre Rechte zu rauben“, beurteilt Dr. Inas Abou Youssef, Medienwissenschaftlerin an der Universität Kairo, die aktuelle Lage.

Um die Rolle von Frauen in der neuen arabischen Welt zu analysieren, lud die FES-Ägypten Anfang Oktober 2012 Aktivistinnen aus zwölf arabischen Ländern nach Kairo ein. Die FES engagiert sich hier seit den neunziger Jahren mit lokalen Partnerorganisationen im Bereich der Frauenförderung. So erhielten bei der Konferenz „Arab Spring and Women's Issues“ über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, ihre Erfahrungen in Zeiten des Arabischen Frühlings auszutauschen. An drei Tagen diskutierten Algerierinnen und Jemenitinnen, Universitätsprofessorinnen und Grasroot-Aktivistinnen, Musliminnen und Christinnen vor allem über die Angst vor einer zunehmenden

Diskriminierung unter dem Deckmantel des politischen Islam. In Arbeitsgruppen suchten die Konferenzteilnehmer, Frauen wie Männer gleichermaßen, nach Wegen zur Gleichberechtigung. „Unsere Frauen waren die Beschützer der Revolution“, erklärt der ägyptische Menschenrechtsaktivist Ahmad Hussain Hani. „Sie haben



*Bilanz des Arabischen Frühlings aus Sicht der Frauen: 50 Aktivistinnen aus zwölf arabischen Ländern in Kairo*

ganz vorne an der Frontlinie mitgekämpft und dadurch oftmals die Polizei von Übergriffen auf die Demonstranten abgehalten“.

Die Konferenzteilnehmerinnen übten auch mutig Selbstkritik. Der Arabische Frühling habe die Schwächen der Frauenbewegung aufgedeckt: Während der Massenproteste wären die einzelnen Aktivistinnen und Organisationen nicht geeint aufgetreten, sondern hätten eine Chance verpasst, sich für ihre Rechte stark zu machen.

# NICHT ALLE ZIELE ERREICHT

## KAMPF DER FRAUEN IM JEMEN

„Wir lassen uns nicht von Islamisten ausgrenzen!“ Sarah Al-Shaghdari sitzt auf dem Podium der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin und spricht mit ruhiger Stimme. Gerade wurde Ihr Dokumentarfilm zum Kampf der Frauen auf dem Change-Square zum ersten Mal in Europa aufgeführt. Sie spricht über das für den Jemen bislang unbekanntes gesellschaftspolitische Engagement, das Frauen während der Jugendrevolution 2011 bewiesen haben. Es waren im Jemen oft Frauen, die ihre Familien zu den Demonstrationen geholt haben, Frauen, die für einen Rechtsstaat und für Demokratie auf die Straße gegangen sind und Frauen, die dafür sowohl von Islamisten als auch von Regimekräften misshandelt wurden.

Doch die jemenitische Revolution hat nicht alle ihre Ziele erreicht. Zwar musste der ehemalige Präsident nach 33 Jahren an der Macht zurücktreten. Die Übergangsregierung setzt aber nur langsam Reformen um und scheint mehr mit der Verteilung von Posten beschäftigt zu sein, als mit dem Aufbau eines neuen Jemen. Im Kabinett gibt es nur zwei Frauen, obwohl eine nationale Frauenkonferenz im Juni eine Quote von 30% in allen politischen Entscheidungsebenen festgelegt hat. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt Frauen dabei, eine starke Rolle beim Aufbau des neuen Jemens zu spielen. Frauen haben die Veränderung maßgeblich initiiert – nun geht es darum, dass sie ihre starke Rolle auch in den Institutionen erhalten.

*Delegations-  
besuch*

## ZWEI-STAATEN-LÖSUNG NUR DURCH VERHANDLUNGEN

### INTERNATIONALE VERNETZUNG VON PALÄSTINENSISCHEN POLITIKERN

Seit dem 29. November haben die Palästinenser Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Nach dem gescheiterten Mitgliedschaftsantrag

reisten vier Mitglieder der Fatah Kommission für Außenbeziehungen auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung nach Berlin.



*Die palästinensischen Politiker trafen auch mit der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles zusammen.*

im vergangenen Jahr ist dies zwar vor allem ein symbolischer Akt, aber dennoch ein wichtiger Schritt für die Palästinenser auf dem langen Weg zur Staatlichkeit. Wenige Wochen vor der Abstimmung in der UN-Generalversammlung

me von Verhandlungen einnehmen könne. Alle Gesprächspartner machten deutlich, dass die deutsche Position unverändert auf dem Erreichen einer Zwei-Staaten-Lösung durch direkte Verhandlungen mit Israel basiert.

Im Rahmen dieses Besuchs fand der vereinbarte „Strategische Dialog“ zwischen Fatah und SPD statt. Diese Plattform soll die internationale Vernetzung und Kontakte mit deutschen Entscheidungsträgern stärken, sowie den Reformprozess in der Fatah durch politische Impulse unterstützen. Thematisiert wurde auch, welche unterstützende Rolle Europa für die Wiederaufnahme

*Dialogforum*

## ALLE VOLKSGRUPPEN BETEILIGEN

### DIALOG ZUR LÖSUNG DER KRISE IN MALI

In der Nacht vom 21. auf den 22. März 2012 putschte ein Teil des malischen Militärs gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Touré, den sie für sein unentschlossenes und schwaches Vorgehen im Kampf gegen verschiedene Tuareg-Gruppen im Norden Malis verantwortlich machten. Im Zuge des Putsches brach die Kommandostruktur des Militärs zusammen; höhere Offiziere wurden überwiegend verhaftet bzw. unter Hausarrest gestellt. Zudem desertierten viele Soldaten und schlossen sich den Rebellen an. So konnten die Rebellen Ende März innerhalb nur weniger Tage alle größeren Städte im Norden ohne Widerstand der malischen Armee erobern. Anfang April rief die MNLA (Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad), eine kleine säkulare malische Tuareg-Gruppe, den unabhängigen »Staat Azawad« aus. Dieser erhält zwar international keine Anerkennung, dennoch ist damit die de facto-Teilung Malis erfolgt.

Am 1. und 2. Dezember führte die FES-Mali ein Dialogforum zur Lösung der Krise im Norden in Kooperation mit COLEN (Collectif des Elus

du Nord), einem neu gegründeten Netzwerk der Mandatsträger aus dem Norden (Abgeordnete im Parlament in Bamako, den drei Regionalparlamenten sowie Bürgermeister aus allen drei Regionen des Nordens) durch. Den Politikern wurde so zum ersten Mal Gelegenheit geboten, sich über die Lösung der Krise auszutauschen; über 100 Vertreter aus allen drei Regionen nahmen das Angebot an.

Man war sich einig, dass die Anliegen der Rebellen nicht zu unterstützen sind. Insbesondere der Forderung der MNLA nach Unabhängigkeit bzw. „Selbstbestimmung“ wurde eine klare Absage erteilt: Auch die Tuareg unter den Teilnehmern sprachen sich deutlich dagegen aus. Der bereits seit Jahren laufende Prozess der Dezentralisierung soll hingegen verstärkt fortgesetzt werden. Darüber hinaus forderten die Teilnehmer einen Dialogprozess unter Einbeziehung von Vertretern aller im Norden lebenden Volksgruppen. Für tragfähige und nachhaltige politische Lösungen ist die Beteiligung von Vertretern gemäßiger Tuareg sowie anderer Volksgruppen essentiell.

# STRATEGIEN GEGEN MACHTVAKUUM

*Regionalkonferenz*

## EXPERTEN DISKUTIEREN ÜBER SICHERHEIT IN NORD- UND WESTAFRIKA

Libyen, Somalia, Mali. Wenn es Afrika so kontinuierlich wie in letzter Zeit auf deutsche Titelseiten schafft, muss etwas Größeres im Gange sein. Radikale Islamisten werden am einen Ende der Welt bekämpft, um am anderen Ende wieder aufzutauchen. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen um mehr Demokratie in den Staaten Nordafrikas sind nicht entschieden. In einer von unzureichender Staatlichkeit geprägten und von organisierter Kriminalität unterwanderten Region entsteht ein Machtvakuum.

Die deutsche Debatte um einen Bundeswehreinmarsch in Mali vollzieht eine Diagnose nach, die längst gestellt wurde: Die Region Sahel-Sahara geht uns alle an, Europa insbesondere. Themen wie Ernährungssicherheit und Flüchtlingsströme bleiben akut, aber es geht um mehr als humanitäre Hilfe. Einige Staaten und regionale Organisationen tun ihr Bestes, um in Mali einen komplizierten Konflikt zu entschärfen.

Die FES hat es sich in Westafrika zur Aufgabe gemacht, Stimmen Gehör zu verleihen, die die mittel- und langfristigen Auswirkungen sicherheitspolitischer Entscheidungen stärker im Blick haben als Regierungen. Mit diesem Ziel vor Augen, veranstaltete das Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Abuja, Nigeria, in Kooperation mit dem nigerianischen National Defense College vom 20. bis 22. November 2012 den „Abuja Dialogue“. Parlamentarier und Nichtregierungsorganisationen aus der Region diskutierten langfristige Trends mit Experten aus Europa, Nord- und Westafrika und mit Repräsentanten von UN und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere schwa-

che Institutionen und schlechte Regierungsführung, Korruption und die daraus resultierende Armut, wesentliche Ursachen für Unsicherheit darstellen. Das vorhandene Potential einer jungen, wachsenden Bevölkerung und des Reichtums an Bodenschätzen wird nicht in Entwicklung und Wohlstand transformiert. Daher, so Dr. Kwesi Aning vom Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC) in Accra, Ghana, sei eine Situation wie derzeit in Mali auch in anderen Ländern der Region zu befürchten: „Echte Perspektivlosigkeit treibt insbesondere die Jugend in die Kriminalisierung und zunehmend auch in die Radikalisierung.“

Über sicherheitspolitische Herausforderungen in Nord- und Westafrika, hatten sich bereits am 14. und 15. November Vertreter/innen sozialdemokratischer Parteien aus West- und Zentralafrika



*Sicherheitspolitik in Westafrika: Engagierte Diskussionen auf regionaler Ebene*

sowie Abgeordnete des Parlaments der ECOWAS ausgetauscht. Auch dabei wurde deutlich, dass die meisten Länder vor ähnlichen Problemen stehen, die regionalen Kooperationsstrukturen jedoch bislang nicht zu ihrer Bewältigung ausreichen. Hier setzt die FES mit ihrem Netzwerk an und fördert den Austausch über eine demokratische Gestaltung der Sicherheitspolitik auf nationaler wie regionaler Ebene.

## WER SPRICHT FÜR AFRIKA?

*Fachgespräche*

### SICHERHEITSKOOPERATION ZWISCHEN AFRIKA UND DER EU

Ob am Horn von Afrika oder zukünftig in Mali: In sicherheitspolitischen Fragen spielt die Kooperation zwischen Europäischer Union und afrikanischen Staaten, sowie der Afrikanischen Union (AU) und den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften eine immer wichtigere Rolle. Eine

gemeinsame Afrika-EU-Strategie gibt es bereits seit dem EU-Afrikagipfel 2007 in Lissabon, einen neuen Aktionsplan seit dem Jahr 2010. Sicherheitsexpertinnen und Experten aus Südafrika, Mosambik, Botswana, Nigeria und Äthiopien, die auf Einladung der FES an einem Dialogpro-

gramm zum „Africa-EU Partnership on Peace and Security“ teilnahmen, erhielten nicht nur einen Einblick in die Entscheidungsprozesse der EU-Institutionen, sondern hatten auch Gelegenheit zu einem intensiven Meinungsaustausch mit europäischen Experten über die verschiedenen Sichtweisen auf die Kooperation der beiden Kontinente.

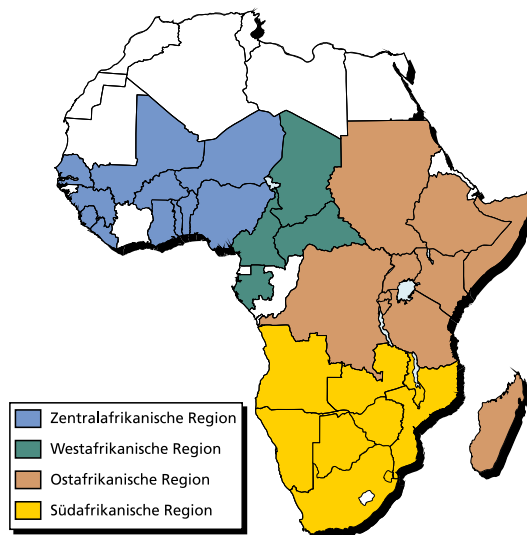
Die sicherheitspolitische Rolle der regionalen Mächte Nigeria, Südafrika und Äthiopien stand im Mittelpunkt eines Fachgesprächs zum Thema „Wer spricht für Afrika?“.

Insgesamt wurde die Zusammenarbeit zwischen EU, Afrikanischer Union und den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften kritisch bewertet:

Die beiden Kontinente seien nicht vollkommen gleichberechtigte Partner, so die afrikanischen Sicherheitsexperten, auch wenn die EU die Suche nach „afrikanischen Lösungen für afrikanische Probleme“ fördern wolle.

An der AU wurde hingegen bemängelt, dass diese es auch zehn Jahre nach ihrer Gründung im Jahr 2002 nicht geschafft habe, sich vollständig durch ihre Mitgliedsstaaten zu finanzieren. Die Tatsache aber, dass die Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur immer noch größtenteils extern, u.a. durch die EU, finanziert werde, trage dazu bei, dass der Status der AU als gleichberechtigter Verhandlungspartner eingeschränkt bleibe.

*Erstmals trafen Aktivisten zivilgesellschaftlicher Organisationen aus allen afrikanischen Regionen in Botswana zusammen. Die Vertreter der Dachverbände aus West-, Zentral-, Ost- und dem Südlichen Afrika wollen gemeinsame Strategien entwickeln, um die regionale und kontinentale Integration zu beeinflussen. Langfristiges Ziel ist, gebündelt die Positionen der Zivilgesellschaft in die Organe der*



*Afrikanischen Union und der regionalen Entwicklungsgemeinschaften einzubringen. „Lasst uns unsere Kräfte vereinen, um die Regierungen mit den legitimen Forderungen nach Beteiligung zu konfrontieren.“ Mit diesen Worten begrüßte Ram Nookadee, Vorsitzender des NGO-Dachverbandes in der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika, am 17. Oktober die Delegierten.*

*Handlungsempfehlungen*

## UNGEREGELTE LANDNAHME

### EIN RAHMENDOKUMENT DER FES-KAMERUN

Landnahme bzw. die Übertragung von Nutzungsrechten an immensen Flächen fruchtbaren Bodens bildet in zentralafrikanischen Ländern zunehmend sozialen Sprengstoff. Oft ohne ausreichende rechtliche Grundlagen ausgestattet, sehen sich Regierungsbeamte zunehmend mit Anfragen von Großinvestoren aus dem agroindustriellen Sektor, aber auch Bergbau- und Forstunternehmen konfrontiert, die Tausende Hektar Land pachten wollen. In Kamerun werden derzeit zwischen 2 und 3 Millionen Hektar Land nachgefragt. Ohne Landnutzungspläne und ohne zentrale Anlaufstelle kommen immer öfter Verträge zustande, durch die Menschen von ihren Lebensgrundlagen abgeschnitten und unzu-

reichend kompensiert werden. Zudem können die getroffenen Vereinbarungen mittelfristig nationalen Entwicklungsanstrengungen im Wege stehen. Empfehlungen für einen besseren rechtlichen Rahmen für die Länder Zentralafrikas auszusprechen, war das erklärte Ziel einer Initiative der FES-Vertretung für Kamerun und Zentralafrika in Zusammenarbeit mit kamerunischen Partnern. Sechs Länderstudien bilden die Grundlagen für eine Reihe von Handlungsempfehlungen an die Staaten der Region. Gefordert werden die Sicherung traditioneller Nutzungsrechte, die Erstellung von Landnutzungsplänen sowie die Notwendigkeit der Zustimmung der Bevölkerung zu solchen Investitionsprojekten.

## WANDEL IN ZENTRALAFRIKA

„Es muss uns gelingen, ein alternatives Entwicklungsmodell für das Kongobecken nicht nur zu erarbeiten, sondern damit auch für demokratischen Wandel in Zentralafrika zu werben“, so der Vorsitzende der kongolesischen Partei Convergence Citoyen, Buenaventura Mbaya während einer Strategietagung bei der FES in Jaunde, der Hauptstadt Kameruns. Die Rahmenbedingungen für ein solches Engagement sind alles andere als einfach, in einer der am wenigsten entwickelten Regionen der Welt, in der sich Autokraten mit Gewalt sowie dem Ausverkauf der natürlichen Reichtümer an der Macht halten und oppositionelle Parteien verfolgt bzw. korrumpiert werden. Rund 35 Vertreterinnen und Vertreter von Parteien und Zivilgesellschaft aus acht Ländern der Region waren zusammengekommen, um drei Tage lang über mögliche Allianzen mit sozialen Initiativen und die Vorbereitung von Wahlen zu beraten. Inspiriert wurden die Teilnehmer durch Berichte über die sozialen Bewegungen in Bolivien, die Strategien der Arbeiterpartei in Brasilien und die mühsame Konsolidierung der Demokratie in Tunesien.

## ZUNEHMENDE SPANNUNGEN

*Gesprächskreise*

### EIN JAHR NACH DER AUFSPALTUNG DES SUDAN

Die Beziehungen zwischen dem nördlichen Sudan und Südsudan ein Jahr nach der offiziellen Teilung waren Gegenstand zweier Gesprächskreise der FES in Brüssel und Berlin.

Die Teilung des Sudans, vollzogen im Juli 2011, hat erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige wirtschaftliche und politische Entwicklung der beiden neuen Staaten sowie ihre bilateralen Beziehungen. Wichtige Fragen, wie die Aufteilung der Ressourcen und Öleinnahmen, Grenzverlauf oder Staatsangehörigkeit, sind ungelöst. Vielmehr sind die Beziehungen zwischen beiden Staaten ein Jahr nach der Unabhängigkeit des Südens von zunehmenden Spannungen und Grenzkonflikten geprägt.

Obwohl im August dieses Jahres mit einer Einigung über die Gebühren für den Öltransport ein

erster Schritt gemacht wurde, haben die Vermittlungsbemühungen der Afrikanischen Union noch keine dauerhaften Lösungen in weiteren konfliktreichen Fragen gebracht.

In den Brüsseler Gesprächen wurde zwar auf das schwierige – auch historisch bedingte – Verhältnis der ehemaligen Staatsteile verwiesen, gleichzeitig setzt das Comprehensive Peace Agreement (CPA) von 2005 nach wie vor den Rahmen für die Beziehungen beider Staaten und damit auch für die Verhandlung der noch ausstehenden Fragen. Die Rolle der internationalen Gemeinschaft wurde sowohl positiv als auch negativ beurteilt: zum einen zwingt internationaler Druck die Verhandlungen fortzusetzen. Zum anderen könnten sich die dabei erzielten Ergebnisse als Papiertiger erweisen, die dann nicht umgesetzt werden.

### SICHERHEIT AM HORN VON AFRIKA

Die seit 2005 jährlich stattfindende Konferenz zu regionalen Sicherheitsfragen am Horn von Afrika fand 2012 in Istanbul statt. Ansätze für eine Beilegung des Konflikts zwischen Nord- und Südsudan sowie Interventionsstrategien für Somalia bildeten die Schwerpunkte der FES-Konferenz. Die rund 30 Teilnehmer aus der Region waren sich mit Vertretern des türkischen Außenministeriums, der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sowie von Wirtschaftsverbänden einig, dass die Türkei ein großes Potential besitzt, einen Beitrag zur politischen Stabilisierung und weiteren Entwicklung am Horn von Afrika zu leisten.

### SCHLEPPENDE AUSSÖHNUNG

Nach der über ein Jahrzehnt dauernden tiefen politischen Krise in der Côte d'Ivoire, kommt der Aussöhnungsprozess nur schleppend in Gang. Im November gelang der FES in Abidjan in Zusammenarbeit mit dem Audace Institut Afrique eine Premiere: Erstmals seit dem Bürgerkrieg wurden acht der wichtigsten politischen Parteien zu einem Dialog zusammen gebracht. Grundlage des Austauschs war die UN-Resolution 2062, die klare Orientierungen für die Gestaltung des Aussöhnungsprozesses in der Côte d'Ivoire formuliert. Dieser Dialog soll zu gemeinsamen Positionen und Empfehlungen führen.

*Kurz notiert*

## KARTOGRAPHEN DES KONFLIKTES

### PAKISTANISCHE „TRIBAL UNION OF JOURNALISTS“ ERHÄLT DEN MENSCHENRECHTSPREIS 2012 DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

„Ohne Informanten ist man abgeschnitten von der Wahrheit. Die Berichte der „Tribal Union of Journalists“ haben für mich daher grundsätzlich mehr Glaubwürdigkeit als Regierungsberichte

In der anschließenden Podiumsdiskussion machten der pakistanische Journalist Rahimullah Yusufzai und Ulrich Tilgner deutlich, wie sehr die Medienmaschinerie im Westen inzwischen



Safdar Dawar, Vorsitzender der Tribal Union of Journalists nahm stellvertretend für seinen Journalistenverband den Preis entgegen (Foto: Schicke).

auf unsichtbare Helden wie die Journalisten der „Tribal Union of Journalists“ angewiesen ist. Diese seien die „einzigen Kartographen des Konfliktes“, so Peter Struck, in seiner Eröffnungsrede. Die Reporter aus den Stammesgebieten haben bisher keine internationale Anerkennung für ihre gefährliche Arbeit erhalten. Johannes Pflug, Abgeordneter des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Taskforce Afghanistan/Paki-

stan der Bundestagsfraktion der SPD ehrte in seiner Laudatio die besonderen Verdienste des Verbandes für die Unterstützung von verfolgten Journalisten und unterdrückten Medien: „Jede Gesellschaft, möchte sie eine freie Gesellschaft sein, bedarf solcher Menschen wie der Stammesjournalisten. Menschen, die sich trauen ihre Stimme zu erheben, Unrecht anzuprangern und Verantwortliche beim Namen zu nennen. Angesichts ihres Mutes bleibt uns nichts anderes, als uns mit großer Bewunderung und Hochachtung vor ihnen zu verbeugen.“

aus den Stammesgebieten. Es gibt Leute in Pakistan, die ganz konsequent unter einem unheimlich großen Risiko arbeiten, die nicht bezahlt werden und genau diese verdienen solch einen Preis“, so Ulrich Tilgner, Kriegsberichterstatter und Auslandskorrespondent des Schweizer Fernsehens während der Verleihung des Menschenrechtspreises 2012 der Friedrich-Ebert-Stiftung am 31. Oktober in Berlin. Der Preis würdigt die außerordentlichen Verdienste der „Tribal Union of Journalists“, ein Journalistenverband aus den abgeschotteten pakistanischen Stammesgebieten. Die Stammesgebiete zählen zu den gefährlichsten Konfliktgebieten weltweit. In den letzten zwei Jahren wurden in Pakistan 26 Journalisten wegen ihrer kritischen Berichterstattung getötet.

stan der Bundestagsfraktion der SPD ehrte in seiner Laudatio die besonderen Verdienste des Verbandes für die Unterstützung von verfolgten Journalisten und unterdrückten Medien: „Jede Gesellschaft, möchte sie eine freie Gesellschaft sein, bedarf solcher Menschen wie der Stammesjournalisten. Menschen, die sich trauen ihre Stimme zu erheben, Unrecht anzuprangern und Verantwortliche beim Namen zu nennen. Angesichts ihres Mutes bleibt uns nichts anderes, als uns mit großer Bewunderung und Hochachtung vor ihnen zu verbeugen.“

#### MEHR INFORMATIONEN

[www.fes.de/themen/menschenrechtspreis/](http://www.fes.de/themen/menschenrechtspreis/)

## ARMUT WIRKSAMER ABBAUEN

Im Mittelpunkt der weltweiten Entwicklungspolitik steht die Bekämpfung von Armut. Vor fast 15 Jahren wurde in den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) das Ziel formuliert, die Zahl der Menschen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben, zu halbieren. Mit den MDGs gelang es auch, öffentliches Bewusstsein und politisches Handeln zusammenzuführen und eine bisher nicht dagewesene Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen. Die Erfolge bei der Armutsbekämpfung können jedoch nicht zufriedenstellen, denn das weltweite Wirtschaftswachstum kommt nicht bei den Ärmsten an. Das Europabüro der FES widmete sich in einer Konferenz dem Ansatz der EU, Armut wirksamer durch soziale Sicherungssysteme in der Entwicklungszusammenarbeit abzubauen. Andris Piebalgs, EU-Kommissar für Entwicklungszusammenarbeit, will das Thema in den politischen Dialog mit Partnerländern aufnehmen und Unterstützung anbieten. Er unterstrich, dass sozialer Schutz gesellschaftlichen Zusammenhalt stärke, also über die individuelle Bedeutung für Betroffene hinausginge.

# ENORME POTENTIALIALE

## ZWEITER DEUTSCH-VIETNAMEISCHER NACHHALTIGKEITSDIALOG

Im Zentrum des zweiten deutsch-vietnamesischen Nachhaltigkeitsdialogs standen Aspekte des deutschen dualen Ausbildungssystems und die Nutzung erneuerbarer Energien. Zur Vertiefung dieser Themen kam eine 16-köpfige Delegation unter der Leitung von Dinh The Huynh, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) vom 9. bis 16. September 2012 zu einem Informationsbesuch nach Deutschland.

Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung im Paul-Löbe-Haus, an der auch die Bundestagsabgeordnete Edelgard Bulmahn teilnahm, entspannen sich Debatten über die Frage, wie zen-

tralistisch oder dezentral die Energieversorgung eines Landes organisiert werden sollte.

Sehr anschaulich wurde die Energiewende für die Delegationsteilnehmer in Rheinland-Pfalz, wo Besuche bei der auf erneuerbare Energien spezialisierten Firma juwi, dem Umweltcampus Birkenfeld und der Energielandschaft Morbach auf dem Programm standen. Da sich in Fachgesprächen bestätigte, dass Vietnam ein enormes, jedoch bisher weitgehend ungenutztes Potential für Wind- und Solarenergie besitzt, zeigten die besuchten Energiefirmen großes Interesse an einer baldigen Zusammenarbeit mit der aufstrebenden Wirtschaftsmacht.

# DEM VOLK AUFS MAUL SCHAUEN

## CHINAS MEINUNGSFORSCHER GEWINNEN AN BEDEUTUNG

Auch in China nimmt die Bedeutung von Meinungsforschung zu: Zwar kennt das politische System der Volksrepublik keine freien Wahlen auf Zentralregierungsebene; jedoch ist die chinesische Führung zur Sicherung ihrer Legitimität mehr und mehr darauf angewiesen, durch bürgernahes Handeln soziale Spannungen abzubauen und Repräsentativität zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete die FES in Kooperation mit der Shanghai-Parteihochschule im September 2012 eine internationale Fachtagung über politische Meinungsumfragen. Vor allem Mitglieder der Shanghai-Parteihochschule, aber auch Wissenschaftler von anderen chinesischen und internationalen Hochschulen sowie Meinungsforschungsinstituten nahmen daran teil.

Lange als „dekadentes Werkzeug des Kapitalismus“ abgelehnt, etablierten sich in der Volksrepublik seit den Reformjahren Mitte/Ende der achtziger Jahre mehrere Demoskopieinstitute. Das 1986 in Peking gegründete „China Survey Center“ gilt als das erste und größte regierungsunabhängige Meinungsforschungsinstitut des Landes. Heute gibt es eine Vielzahl verschiedener Meinungsforschungsinstitute in China. Neben kommerziellen privaten Einrichtungen untersteht die Mehrheit jedoch direkt oder in-

direkt Regierungsministerien und -behörden. So wurden seit 2004 landesweit in den Statistikämtern Meinungsforschungszentren eingerichtet. Viele Demoskopien sind zudem Universitäten und Forschungsinstituten angegliedert oder gehören zu Medienunternehmen.



*Demoskopie im internationalen Vergleich: Welche Bedingungen benötigen Neutralität und Transparenz?*

Die Konferenz diskutierte sowohl die Unabhängigkeit von Meinungsforschungsinstituten als auch die Schwierigkeiten bei der Wahrung von Neutralität und Herstellung von Transparenz. Beispiele aus China, Taiwan, den USA, Russland und Deutschland verdeutlichten zudem die Bedeutung eines offenen und kritischen Dialogs zwischen Politikern und Meinungsforschern. Ein Themenschwerpunkt widmete sich der zunehmenden Bedeutung von „Social Media“ in China. Die vielfältigen Meinungsäußerungen im Internet üben immer mehr Druck auf die Regierung aus und nehmen „Watchdog“-Funktionen ein.

# AUF DEM WEG ZUR WELTMACHT

## BRASILIENS ROLLE IN DER NEUEN GLOBALEN ORDNUNG

Mehr Mut, mehr Engagement und mehr Ernsthaftigkeit – diese Forderungen stellt **Luiz Inácio Lula da Silva, ehemaliger Präsident Brasiliens** (Bild), an die internationale Politik des 21. Jahrhunderts. Am 7. Dezember diskutierte Lula in der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem **SPD-Frakti-**



**onsvorsitzenden und ehemaligen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier** (Bild).

Lula betonte eingangs seine tiefe Verbundenheit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, die ihn schon als Gewerkschafter der CUT, später dann als Kandidat der PT auf seinem Weg ins Präsidentsamt begleitet hatte. Frank-Walter Steinmeier beschrieb Brasiliens rasante Entwicklung der letzten Jahre als eine große Reise, zu deren Erfolg die Wirtschafts- und Sozialpolitik Lulas entscheidend beigetragen hätten. Das krisengeschüttelte Europa könne in dieser Hinsicht von Brasilien lernen: Wirtschaftliche Konsolidierung sei nicht durch bloße Sparpolitik möglich, sondern müsse immer auch auf Strukturreformen und Investitionen bauen. Lula verwies im Gegenzug auf den europäischen Wohlfahrtsstaat und die Schaffung großen Wohlstands in Europa, und appellierte an die europäischen Politiker, diese für die Menschheit historischen Errungenschaften zu verteidigen.

# AUFSCHAUKELN VON SPANNUNGEN VERHINDERN

## PERUANISCH-CHILENISCHE BEZIEHUNGSPFLEGE

Die Stärkung guter nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen Chile und Peru ist das Ziel einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützten Dialogreihe. Anlass ist das am Internationalen Gerichtshof in Den Haag laufende Verfahren zur Festlegung der umstrittenen Seegrenze zwischen den beiden Staaten. Dieser Konflikt reicht bis zum Pazifik- (Salpeter-) Krieg von 1879 zurück.

An der Eröffnungsveranstaltung des zweiten Treffens im Rahmen des peruanisch-chilenischen Dialogs in Lima, nahmen der peruanische Außenminister Rafael Roncagliolo, die Innen- und Verteidigungsminister Perus, der chilenische Botschafter sowie die Präsidenten des peruanisch-chilenischen Wirtschaftsrats teil. Die Dialogreihe geht auf eine Anregung des peruanischen Außenministers zurück, der bei einem Besuch beim FES-Partner „Chile 21“ deutlich gemacht hatte, dass es im Interesse beider Staaten liegen müsse, ein Aufschaukeln der

historischen Spannungen mit allen Kräften zu verhindern.

Die Gesprächsatmosphäre war in beiden Treffen durch eine große Offenheit, gegenseitigen Respekt und den Willen geprägt, die künftigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern konstruktiv zum gemeinsamen Vorteil zu gestalten. Beide Regierungschefs haben mehrmals öffentlich erklärt, das Urteil von Den Haag akzeptieren zu wollen. In einer gemeinsamen Erklärung benannten die Teilnehmer des Treffens eine Reihe von Aktionsfeldern, in denen Regierungen und Zivilgesellschaft zu einer positiven Gestaltung der Beziehung beitragen können: Jugendaustauschprogramme, Aufbau eines Entwicklungspools in der Grenzregion Arica-Tacna, Integration der Energieversorgung, eine gemeinsame Migrationspolitik, der gemeinsame Schutz des Meeres sowie die kulturelle Zusammenarbeit. Sowohl in Chile als auch Peru wurde die Initiative von einem positiven Medienecho begleitet.



# SO NICHT, ABER WIE DENN DANN?

## SUCHE NACH ALTERNATIVEN ANSÄTZEN DER DROGENPOLITIK

Der internationale Kampf gegen Drogenkriminalität ist gescheitert. Diese Einsicht setzt sich zunehmend durch. Allerdings wird kontrovers diskutiert, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Nicht nur, aber vor allem in Lateinamerika. Noch immer wird dort häufig schlicht eine Fortführung der bisherigen repressiven Strategien gefordert. Auf der anderen Seite wächst jedoch auch die Offenheit für eine Diskussion über alternative Ansätze der Drogenpolitik.

Im Rahmen eines regionalen Parlamentarier-treffens in Bogotá, Kolumbien, stand das Thema im Zentrum der Debatte. Es folgten Gespräche in Brüssel und Deutschland zwischen lateinamerikanischen und europäischen Expertinnen und Experten sowie mit Abgeordneten nationaler Parlamente und des Europaparlaments. Betont wurde dabei, dass das Thema in Europa zunehmend auch als sicherheits- und entwicklungspolitisches Problem verstanden werden müsse. Die lateinamerikanischen Gesprächspartner ermutigten Deutschland und die EU, sich international bei der Kontrolle des Waffenhandels, der Geldwäsche und der Standards im Ressourcenabbau und -handel noch stärker einzubringen. Auch müsse die zivile, demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors eingefordert werden.

Als Teil einer Strategie gegen die Organisierte Kriminalität ist in vielen Ländern eine Polizeireform erforderlich. Bei einer Konferenz in Mexiko wurde ein Handbuch zur Polizeireform vorgestellt, das die FES in Zusammenarbeit mit dem von ihr initiierten Observatorium Organisierte Krimina-

lität in Lateinamerika und Karibik erstellt hatte. Die zumeist noch wenig konkreten Vorschläge, die darüber hinaus in Richtung teilweiser Legalisierung von Drogenanbau, -handel und -konsum gehen, werden derzeit in einer FES-Studienreihe untersucht. Ende Februar 2013 sollen die Ergebnisse der Studien im Rahmen einer Fachkonferenz in Berlin vorgestellt werden.

MEHR ZUM THEMA

[www.seguridadregional-fes.org/](http://www.seguridadregional-fes.org/)

## SICHERHEITSEKTOR AUF DEN PHILIPPINEN

Die FES arbeitet seit einigen Jahren mit dem Sicherheitssektor der Philippinen zusammen. In diesem Zusammenhang kam eine hochrangige Delegation des philippinischen Militärs zu Gesprächen über die demokratische Kontrolle der Streitkräfte nach Europa. Darunter die Staatssekretärin des National Security Councils, der Oberkommandierende des Heeres und der Leiter der Militärakademie. Höhepunkte waren die Begegnung mit Peter Struck als ehemaligem Verteidigungsminister, Gespräche mit Mitgliedern des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, mit EU-Parlamentariern sowie ein Workshop mit dem Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces. Der Delegationsbesuch konnte dazu beitragen, die bisherigen Erfolge einerseits zu würdigen, aber auch kritisch zu hinterfragen.

*Kurz notiert*

## MENSCHENRECHTE IN GUATEMALA

Die speziellen Bedürfnisse der Maya-Frauen in Guatemala stellen die Grundlage eines politischen Bildungsprogramms, das die FES zusammen mit der Gruppe Tz'ununija' entwickelt hat. Die Teilnehmerinnen kommen meist aus dem ländlichen Raum und üben eine soziale Funktion in ihren Gemeinschaften aus. Anlässlich des „Universal Periodic Review“, dem sich Guatemala diesen Herbst im UN-Menschenrechtsrat stellen musste, unterstützte die FES die Tz'ununija' in der Erstellung eines „alternativen“ Menschenrechtsberichtes. Dieser legt das Augenmerk auf die hohen sozialen und ökologischen Kosten die mit der Ausbeutung natürlicher Ressourcen verbunden sind. In dem Bericht fordern die Frauen u. a., dass der guatemalteckische Staat ihre Rechte besser schützt und den Willen der indigenen Bevölkerung anerkennt, wenn es um den Abbau von Rohstoffen auf ihrem Territorium geht. Zwischen dem 23. und 30. Oktober kamen zwei Vertreterinnen der Gruppe auf Einladung der FES nach Genf, um ihren alternativen Menschenrechtsbericht vorzustellen.

# NEUE PUBLIKATIONEN DER FES

[WWW.FES.DE/SETS/S\\_PUB.HTM](http://www.fes.de/sets/s_pub.htm)

## ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Buggeln, Marc - Das System der KZ-Außenlager: Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt  
<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/09292.pdf>

Schmeitzner, Mike - Eine totalitäre Revolution?: Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert  
<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/09337.pdf>

## POLITISCHER DIALOG

### FORUM BERLIN

Henßler, Vera; Zeuner, Nicole (Hrsg.) - Keine Diskussion auf Augenhöhe!: Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Kommunalpolitik  
<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09354.pdf>

Melzer, Ralf (Hrsg.) - „Tunnel Licht Blicke“: aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“  
<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09376.pdf>

### FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT

Degele, Nina; Janz, Caroline - Hetero, weiß und männlich?: Fußball ist viel mehr! (2. Auflage)

Saaro, Daniela; Friedel, Sabine; Lehmann, Yvonne - Kommunalpolitik verstehen: für junges Politikverständnis

Schimeta, Julia - Einsam an der Spitze: Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor

Wehr, Nicole - Mehr Partizipation wagen

### LANDESBÜROS

Hurrelbrink, Peter (Red.) - Privatisierung? - Nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger! Julius-Leber-Forum – <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/hamburg/09443.pdf>

Ein ganz normaler Staat?: Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR; 23. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen

## POLITISCHE AKADEMIE

Reschke, Michael; Dahm, Jochen (Red.) - Geschichte der Sozialen Demokratie. Lesebuch der Sozialen Demokratie

Haller, Anne; Lange, Valérie - Diversitätspolitik: Strategien für mehr kulturelle Vielfalt in politischen Mitgliederorganisationen – <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/mup/09293.pdf>

Juchems, Brigitte (Red.) - Menschenwürde und Asylrecht: Dokumentation von zwei Zukunftswerkstätten in Würzburg

Körner, Matthias - Niemanden zurücklassen!: Für ein Umdenken in der Berufsbildungspolitik

Landesbüro Hessen – <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/hessen/09507.pdf>

Mansury, Homaira - „Auf Augenhöhe“: Integration zum kommunalen Thema machen Werte und Politik: Begleitmaterial zur Veranstaltung Werte und Politik, der Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung, 18./19. Oktober 2012, Berlin

Spengler, Andreas - Morgen soll die Schule besser sein! – Fritz-Erler-Forum

Schwemmlé, Michael; Wedde, Peter - Digitale Arbeit in Deutschland: Potenziale und Problemlagen  
<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/09324.pdf>

Ehmer, Philipp - Sichere Beschäftigungsverhältnisse in Hessen?: Spezifische Wirtschaftsstruktur und trübe Konjunkturaussichten sprechen derzeit dagegen, Landesbüro Hessen – <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/hessen/09384.pdf>

## MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT- STIFTUNG

Stuwe, Alexander, Weiß, Mirko; Philliper, Jürgen - Ratingagenturen: sind sie notwendig, überflüssig, notwendiges Übel oder schädlich?

## INTERNATIONALE ARBEIT

Fingscheidt, Annette; Krennerich, Michael; Schubert - Schützen statt verfolgen!: Die schwierige Lage von Verteidiger/innen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte Forum Menschenrechte (auch auf Spanisch und Englisch)

Müller, Julia (Hrsg) - Zeit für Gerechtigkeit!: Eine internationale Themenwoche der FES in Rückblick (auch auf Englisch)

### INTERNATIONALE POLITIKANALYSE

Bahr, Egon - Unzeitgemäßes zur Freiheit Europas  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09037.pdf>

Crossley-Frolick, Katy A. - Between modest ambitions and limited resources: an outside perspective on German conflict prevention policy

Busch, Klaus - Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell: wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht

Fischer-Lescano, Andreas; Möller, Kolja - Soziale Rechtspolitik in Europa  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09344.pdf>

Grassi, Sergio - Diamonds - China's best friends?: Chinesische Außenpolitik in Simbabwe jenseits von Grand Strategy und Koordinierung  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09300.pdf>

Puschra, Werner - Fixing finance is not enough: the social consequences of monetary and financial policies

Kollatz-Ahnen, Matthias - A growth programme for Europe  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09306.pdf>

Koschmieder, Carsten - Piraten und Possenreißer statt Politiker und Populisten: eine Analyse der Anti-Establishment- und Anti-Parteienbewegungen in Europa  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09323.pdf>

Nikitin, Alexander - Russia as a permanent member of the UN Security Council

„Presence with a Purpose“: die Neuausrichtung der US-Sicherheitspolitik, der Aufstieg Chinas und die Auswirkungen auf die Rolle der USA in Europa (auch auf Englisch)  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09333.pdf>

Steffen, Dorothea - Eine neue Farbenlehre für Labour?: Die Debatte über die programmatische Neuausrichtung der Labour-Partei in Großbritannien  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09309.pdf>

Puschra, Werner - Sustainable development in an unequal world - how do we really get “the future we want?”

### STUDIE

Daimon, Masahiko - Die Gewerkschaften in Japan

Dimitrov, Jordan - Youth unemployment in Bulgaria

Ibsen, Christian Lyhne - Trade unions in Denmark

Janíčko, Pavel - Youth employment in the Czech Republic: and the standpoint of the Czech-Moravian Confederation of Trade Unions (ČMKOS)

Kohlrausch, Bettina - Youth unemployment in Germany: skill biased patterns of labour market integration

Lefresne, Florence - Youth unemployment and youth employment policy: lessons from France

McMahon, Edward R. - The Universal Periodic Review: a work in progress; an evaluation of the first cycle of the new UPR mechanism of the United Nations Human Rights Council  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/09297.pdf>

Namuth, Michaela - Gewerkschaften in Italien  
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09340.pdf>

Olofsson, Jonas; Wadensjö, Eskil - Youth, education and labour market in the Nordic countries: similar but not the same

Pastore, Francesco - Youth unemployment in Italy at the time of the new great depression

Polakowski, Michał - Youth unemployment in Poland

Rocha Sánchez, Fernando - Youth unemployment in Spain: situation and policy recommendations

Tubadji, Annie - Youth unemployment in Greece: economic and political perspectives

Unt, Marge - Boom and bust effects on youth unemployment in Estonia

#### PERSPEKTIVE

Agnew, John - Is US security policy "pivoting" from the Atlantic to Asia-Pacific?: A critical geopolitical perspective  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/09318.pdf>

Aiginger, Karl; Leoni, Thomas - Einheitssacht: Deutschland braucht einen neuen Wachstumspfad (auch auf Englisch)  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09364.pdf>

Fichter, M - Arbeitsbeziehungen globalisieren: mit Rahmenabkommen auf Kurs gebracht?

Bullmann, Udo; Roth, Michael; Schäfer-Gümbel, Thorsten - Von der Krisenunion zur Solidaritätsunion: mehr Mut; mehr Politik; mehr Europa

Charap, Samuel - Developing a more comprehensive Russia policy: lessons learned from the German and US experiences  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/09214.pdf>

Dauderstädt, Michael; Keltek, Cem - Eurocrisis: inequality is growing again in Europa  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09331.pdf>

Friesendorf, Cornelius; Krempel, Jörg - Sicherheitssektorreform und Friedensförderung: internationale Trends und deutsche Möglichkeiten

Hofmann, Katharina; de Souza Martins, Adrian - Einheitssacht: Ressourcenfunde in Mosambik (auch auf Portugiesisch)  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09356.pdf>

Kollatz-Ahnen, Matthias - Politik gegen die Krise in Europa: für Strukturreformen und ein groß dimensioniertes Investitionsprogramm  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09305.pdf>

Meyer-Rix, Ulf - Gemeinschaftswährung mit Kreislaufkollaps: ohne Kurswechsel hat der Euro keine Chance mehr  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09322.pdf>

Rotmann, Philipp - Sicherheitssektorreform und die Vereinten Nationen: Erfahrungen und Chancen für deutsches Engagement

Sakkaf, Nadia al - Yemen's women and the quest for change: political participation after the Arab revolution

Schmidt, Axel - Alter Wein in neuen Schläuchen?: Der ANC überarbeitet sein Parteiprogramm  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09299.pdf>

## WISO DISKURS

Aiginger, Karl; Leoni, Thomas - Ein neuer Wachstumspfad für Deutschland: Strukturpolitik für soziales Wachstum

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09325.pdf>

Bögenhold, Dieter; Fachinger, Uwe - Neue Selbständigkeit: Wandel und Differenzierung der Erwerbstätigkeit

Bosch, Gerhard; Weinkopf, Claudia - Wirkungen der Mindestlohnregelungen in acht Branchen

Brüggemeier, Josef - Vom blauen Himmel zur Blue Economy: fünf Jahrzehnte ökologische Strukturpolitik

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09385.pdf>

Burckhardt, Gisela - Soziale Indikatoren in Nachhaltigkeitsberichten: freiwillig, verlässlich, gut?

Busemeyer, Marius R. - Reformperspektiven der beruflichen Bildung: Erkenntnisse aus dem internationalen Vergleich

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09329.pdf>

Bormann, René - Frühzeitige Bürgerbeteiligung für eine effizientere Verkehrsinfrastrukturplanung

Dullien, Sebastian; van Treek, Till - Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für einen neuen sozial-ökologischen Regulierungsrahmen

Foroutan, Naika - Muslimbilder in Deutschland: Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte

Handler, Heinz; Pitlik, Hans; Schratzenstaller, Margit – Effizienz und Effektivität von Staatsausgaben

Heinze, Rolf G; Hoose, Fabian - Perspektiven der Wirtschaftsförderung für den Kultur- und Kreativsektor

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09366.pdf>

Isfort, Michael; Weidner, Frank; Von der Malsburg, Andrea; Lungen, Markus – Mehr als

Minutenpflege: Was brauchen ältere Menschen, um ein selbstbestimmtes Leben in ihrer eigenen Häuslichkeit zu führen?

Kocher, Eva; Welti, Felix; Paschke Christian – Wie lässt sich ein Anspruch auf Weiterbildung rechtlich gestalten? Rechtliche Instrumente im Arbeits- und Sozialrecht.

Klemisch, Herbert; Vogt, Walter - Genossenschaften und ihre Potenziale für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftsweise

Kruppe, Thomas – Organisation und Finanzierung von Qualifizierung und Weiterbildung im Lebenslauf

Leimeister, Jan Marco; Peters, Christoph - Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen:- soziale Innovationen denken lernen

Pitlik, Hans- Determinanten der Entwicklung der Staatsausgaben

Reichwein, Alfred; Khadidja, Rashid - Interkulturelle Öffnung in Kommunen und Verbänden

Schratzstaller, Margit – Für ein produktiven und solide finanzierten Staat: Determinanten der Entwicklung der Abgaben in Deutschland

Schulte, Bernd – Indikatoren als Steuerungsinstrumente in Gesetzen

## WISO DIREKT

Anselmann, Christina; Krämer, Hagen - Wer wird Millionär?: Erklärungsansätze steigender Top-Managergehälter

Anselmann, Christina; Krämer, Hagen - „Denn wer da hat, dem wird gegeben“: Spitzeneinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09319.pdf>

Burmeister, Kai - Leiharbeit 2012: zwischen gewerkschaftlichem Erfolg, unternehmerischen Ausweichmanövern und politischer Verantwortung  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09334.pdf>

Dauderstädt, Michael; Dreyer, Jane - Deutschlands Industrie: Wachstumsmotor oder Wachstumsmythos?

Dauderstädt, Michael; Keltek, Cem - Eurokrise: die Ungleichheit wächst wieder in Europa  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09283.pdf>

Huth, Susanne – Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund: Barrieren und Türöffner

Krawinkel, Holger – Die Energiewende verbraucherfreundlich gestalten

Marterbauer, Markus; Feigl, Georg - Die EU-Fiskalpolitik braucht gesamtwirtschaftlichen Fokus und höhere Einnahmen  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09284.pdf>

Schreck, Hans G.; Thomas, Uwe - Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit durch junge Unternehmen

Sieling, Carsten; Tack, Kestin - Verbraucher auf Augenhöhe: ein Finanzmarktwächter zur Stärkung der Marktteilnehmer

Tiefensee, Wolfgang, Kuhlen, Jan - Honorarberatung als Weg aus dem Provisionsdilemma?

## STUDIENFÖRDERUNG

Borgwardt, Angela - Internationaler, besser, anders?: Die Strukturen des Wissenschaftssystems nach 2017 - Schriftenreihe des Netzwerk Exzellenz an Deutschen Hochschulen – <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/09380.pdf>

Erdsiek-Rave, Ute (Hrsg.) - Nationale Bildungsstrategie - Schriftenreihe des Netzwerk Bildung – <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/09429.pdf>



Oliver Decker / Elmar Brähler / Johannes Kiess  
**Die Mitte im Umbruch**

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012  
Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung  
von Ralf Melzer

144 Seiten, Broschur  
9,90 Euro  
ISBN 978-3-8012-0429-7

*Wie demokratiefähig ist die Mitte der Gesellschaft in Zeiten des Umbruchs? Wie wirken sich Belastungen und Bedrohungsgefühle aus? Wie reagieren die Menschen auf globale Herausforderungen und wo droht der Demokratie Gefahr?*

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung wird seit 2002 im Zwei-Jahres-Rhythmus die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland empirisch erfasst. Auf Grundlage bundesweiter Repräsentativerhebungen entsteht so ein Barometer antidemokratischer Einstellungen in Verbindung mit Ursachenanalysen und Interventionsstrategien. Erfasst werden unter anderem verschiedene Formen von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit sowie andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Das Forscherteam der Universität Leipzig um Oliver Decker und Elmar Brähler geht auch der Frage nach dem Strukturwandel der Öffentlichkeit nach: Wo befindet sich heute der Ort demokratischer Auseinandersetzung? Mehr und mehr im virtuellen Raum des Internets? Und welche Konsequenzen hat das für gesellschaftliche Partizipation? Auf breiter empirischer Basis beschreiben die Autoren die aktuelle Situation und leiten daraus Handlungsoptionen für Politik und Zivilgesellschaft ab.

**Oliver Decker**

geb. 1968, PD Dr. phil. habil., seit 2010 Vertretungsprofessor für Sozialpsychologie und Organisationspsychologie an der Universität Siegen, Privatdozent an der Philosophischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover, seit 2012 Fellow an der University of London, Birkbeck College.

**Elmar Brähler**

geb. 1946, Prof. Dr., ist Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig und u. a. Mitglied im Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten.

**Johannes Kiess**

geb. 1985, Politikwissenschaftler,  
seit 2011 Promotion am Lehrstuhl für Sozialpolitik, Institut für Soziologie, Universität Leipzig.

**Ralf Melzer**

geb. 1967, Dr. phil., Leiter des Projekts „Gegen Rechtsextremismus“ im Forum Berlin der Abteilung Politischer Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung.